

IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE
UMSCHAU

DOPPELAUSGABE
HEFT 11/12



August 2002



Konrad
-Adenauer-
Stiftung



IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE
UMSCHAU

Heft 11/12 - August 2002

INHALT

■ Editorial	2
<i>Anton Pfeifer, MdB, Staatsminister a.D. Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.</i>	
■ Berichte aus der Kulturpolitik:	4+45
<i>Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</i>	4+45
<i>Aus den Ländern</i>	7
■ Kulturpolitik in der Presse	24+57
<i>Deutschland/Allgemeine Trends</i>	24+57
<i>Kulturpolitik im Bund</i>	28+62
<i>Finanzierung/Sponsoring allgemein</i>	32+62
<i>Auswärtige Kulturpolitik</i>	34+66
<i>Beutekunst</i>	35+66
<i>Intellektuelle/Künstler</i>	35
<i>Kulturpolitik in den Ländern</i>	36+65
<i>Kulturpolitik im Ausland</i>	42
<i>Personalien</i>	42+66
<i>Zitate</i>	42+66
<i>Aus kulturpolitischen Beiträgen</i>	44+67
<i>Veranstaltungen</i>	44
<i>Letzte Meldungen</i>	68
■ Termine	69
■ Hinweis der Redaktion	69

IMPRESSUM

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
HA Innenpolitik und
Soziale Marktwirtschaft
Rathausallee 12
D-53757 Sankt Augustin
Telefon (02241) 246-302 + 246-475
Telefax (02241) 246-694
E-Mail: barbara.kretschmer@kas.de
Internet: <http://www.kas.de>

Redaktion

Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger
(verantwortl.)
Barbara Kretschmer

Satz u. Layout

Barbara Kretschmer

Die Zeitschrift erscheint in unregelmäßiger Folge

ISSN 1439-7188

EDITORIAL

Die Ausgestaltung des Kulturföderalismus ist durch die Gründung einer Bundeskulturstiftung und der damit ausgelösten Debatte über die „Entflechtung“ der Zuständigkeiten des Bundes und der Länder im Bereich der Kulturpolitik erneut auf die Tagesordnung der aktuellen kulturpolitischen Entwicklung in Deutschland gekommen. Gewiß stellt niemand den historisch gewachsenen deutschen Kulturföderalismus grundsätzlich in Frage. Weiterhin unbestritten ist auch, dass Bund und Länder die Wahrung und die Pflege des nationalen Kulturerbes, die Darstellung des Kulturstaates Deutschland im In- und Ausland und die Förderung herausragender Ereignisse und Einrichtungen in der aktuellen Kulturentwicklung als gemeinsame politische Aufgabe begreifen und vor allem dafür ausreichende Mittel organisieren sollten, dass Bund und Länder – wenn auch in unterschiedlichen Kompetenzen – in der Verantwortung stehen für den Kulturstaat Deutschland und dass die im Grundgesetz verankerten Zuständigkeiten der Länder für die Kulturpolitik grundsätzlich nicht geändert werden soll. Aber unübersehbar ist auf der anderen Seite, dass im linken politischen Spektrum unseres Landes mehr und mehr zentralistische Tendenzen deutlich vernehmbar artikuliert werden. Es begann mit den Angriffen des ersten Kulturbeauftragten der derzeitigen Bundesregierung auf den Kulturföderalismus.

Der vorläufig letzte Höhepunkt ist, dass als Konsequenz aus den Ergebnissen der sog. Pisa-Studie die Bundesregierung und die SPD mehr Kompetenzen des Zentralstaates in der Schul- und Bildungspolitik fordern, als ob dies auch nur das Geringste zur Aufarbeitung der Defi-

zite im Bildungswesen, vor allem sozialdemokratisch regierter Länder beitragen könnte. Der Ruf nach mehr Zentralismus wird lauter.

Ob es vor diesem Hintergrund neuer Kompetenzbegehrlichkeiten des Zentralstaates ein guter Einfall war, die Entflechtung der Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern ausgerechnet im Kulturbereich zu beginnen, ist eine offene Frage. Viel wichtiger wäre es im Augenblick, wo der Bund eine Ausweitung seiner Kompetenzen in der Kulturpolitik betreibt, ihn mit der Frage zu konfrontieren, ob er dort, wo er unbestritten Kompetenzen besitzt, seiner Verantwortung überhaupt gerecht wird. Die Defizite beispielsweise in der auswärtigen Kulturpolitik sind erheblich. So hat der erstmals veranstaltete Weltkongreß der Deutschen Schulen im Ausland Anfang April in Mexiko diese Mängel und Defizite aus den Jahren der rot-grünen Bundesregierung schonungslos aufgedeckt. Nichts von den Versprechungen am Beginn der rot-grünen Koalition hat sich erfüllt. Die Situation für die Deutschen Schulen im Ausland hat sich erheblich verschlechtert. Das ist nur ein Beispiel für viele.

Insgesamt ist jedenfalls in der Finanzausweisung des Bundes für den Kulturretat von der einstens versprochenen kulturpolitischen Priorität, wie sie in den Verdreifachungen dieser jährlichen Finanzausweisungen in den Regierungsjahren von Helmut Kohl sichtbar wurde, nichts mehr übrig geblieben.

Es wird deshalb von großer politischer Bedeutung sein, wie sich nicht nur einzelne Länder, sondern die Länder insgesamt diesmal zu dem Ruf nach mehr Zentralismus in der Kul-

tur- und Bildungspolitik stellen. Als in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts in der alten Bundesrepublik bereits einmal ähnliche Tendenzen sichtbar wurden, haben die Länder geschlossen und mit Erfolg dagegen Front gemacht und damit den im Kulturföderalismus verankerten kulturellen Reichtum und die kulturelle Vielfalt der deutschen Städte und Landschaften und ihre Entwicklungschancen ungeschmälert gewahrt.

Statt erweiterte Kompetenzen zu fordern, sollte der Bund erst einmal seiner bestehenden Verantwortung wieder gerecht werden. Die Mitwirkung des Bundes beispielsweise für her-

ausragende Einrichtungen und Ereignisse im Kunst- und Kulturbereich ist unverzichtbar. Aber sie darf sich nicht mehr und mehr nur auf die Hauptstadt Berlin und die Bundesstadt Bonn konzentrieren. Und von nicht geringer politischer Bedeutung wird es werden, ob und inwieweit die neue Kulturstiftung des Bundes einen eigenen, inhaltlichen überzeugenden Weg entwickeln und am Ende nicht mehr oder weniger zum Lückenbüßer für Vorhaben und Einrichtungen wird, die an anderer Stelle des Bundeshaushaltes gekürzt worden sind.

*Anton Pfeifer, MdB, Staatsminister a.D.
Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*



BERICHTE AUS DER KULTURPOLITIK

Berichtszeitraum Oktober 2001 bis Mitte März 2002

Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Absenkung bei Spätaussiedlern

Für die Unterstützung der deutschen Spätaussiedler und deutscher Minderheiten in den MOE- und GUS-Staaten wurden entsprechende Gelder abgesenkt. In 2002 stehen nur noch knapp 1,3 Milliarden DM an Unterstützungsleistungen zur Verfügung. Der letzte Haushalt der unionsgeführten Bundesregierung stellte 1998 hierfür noch über 2 Milliarden DM bereit. Auch für die Bleibeperspektive wurden die Mittel erheblich abgesenkt: standen im Jahr 1998 hierfür noch 140 Millionen DM zur Verfügung, so will die jetzige Bundesregierung nur noch 58 Millionen DM aufwenden. Auf diesen Sachverhalt verwiesen anlässlich der Verabschiedung des Bundeshaushalts für 2002 am 27. November 2001 die Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion, Eva-Maria Kors, MdB, und Hartmut Koschyk, MdB, hin: "Trotz viel Etatkosmetik und zahlreicher Luftbuchungen geht der Bundeshaushalt 2002 bei den Zuwendungen für die deutschen Heimatvertriebenen und die deutschen Spätaussiedler an die Substanz. Wie gering der Stellenwert dieser gesellschaftlichen Gruppen für die rot-grüne Koalition ist, verdeutlicht die Tatsache, dass SPD und Grüne in den Ausschussberatungen zum Entwurf des Bundes-

haushalts 2002 die Anträge der Unionsfraktion in diesen Bereichen durchgängig abgelehnt haben."

Kritik an Mittelkürzung für auswärtige Kulturpolitik

In der Bundestagsdebatte vom 24. Januar 2002 zum Bericht der Bundesregierung über die auswärtige Kulturpolitik kritisierte der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Dr. Norbert Lammert, MdB, dass der Anteil des Etats für auswärtige Kulturpolitik am Bundeshaushalt 2002 nur noch 0,22 % betrage. 1997 habe der Anteil am Bundeshaushalt noch 0,26 % betragen. Anspruch und Wirklichkeit klappten weit auseinander, so Lammert zum Postulat des Außenministers, der auswärtigen Kulturpolitik komme im Kontext der Außenpolitik ein besonderer Stellenwert zu. Als Beispiel nannte Lammert die deutschen Auslandsschulen, massive Einsparungen in zweistelliger Millionenhöhe könne dieses Netz des kulturellen Dialogs nicht verkraften, schon gar nicht Jahr für Jahr. Nach der mittelfristigen Finanzplanung soll an den Auslandsschulen im Jahre 2003, unter Berücksichtigung nicht ausgeglichener Steigerungen und Währungsrelationen, effektiv über ein Drittel weniger Mittel zur Verfügung stehen als 1998. Auch die

Berichterstatteerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Erika Schuchardt, MdB, wies darauf hin, es gehe jetzt um die den deutschen Auslandsschulen gestellte Dialogaufgabe. Daher hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Antrag "Zukunft der deutschen Auslandsschulen" eingebracht.

Nach Zahlen, die Hartmut Koschyk, MdB, in der Debatte am 24. Januar 2002 vorlegte, werden an den 119 schulischen Einrichtungen im Ausland zur Zeit rd. 100.000 Schüler von 1.400 Lehrern unterrichtet. Dazu kommen weitere 130.000 Schüler, die vornehmlich in Mittel- und Osteuropa und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten staatliche und private Schulen mit deutschem Unterricht oder Deutsch als Fremdsprache besuchen. Durch die 12 bis 13 Jahre währende Ausbildung von ca. 100.000 Schülern werden Bindungen zu Deutschland geschaffen, die durch andere Instrumente auswärtiger Kulturpolitik kaum erreicht werden können. Das Ziel wird jedoch durch Kürzungen, die die rot-grüne Bundesregierung allein in den Jahren 2000/2001 in einer Größenordnung von 10,84 Millionen Euro vorgenommen hat, und die sich in der gesamten Legislaturperiode auf 20,45 Millionen Euro belaufen, in ganz erheblichem Umfang gefährdet.

Die Entwicklung des Schultitels des Auswärtigen Amtes verzeichnet einen Rückgang von 193,78 Millionen Euro im Jahre 1998 auf 172,30 Millionen Euro im Jahre 2002, wobei in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2004 ein weiterer erheblicher Rückgang auf 169,74 Millionen Euro geplant

ist. Deshalb schlägt die deutsche Wirtschaft, vertreten durch den Deutschen Industrie- und Handelskammertag, zu Recht Alarm: "Weder der Bericht der Bundesregierung über die auswärtige Kulturpolitik im Jahre 2000 noch der Koalitionsantrag lassen auch nur ansatzweise ein Gesamtkonzept für die Entwicklung der Auslandsschulen erkennen, aus dem klar hervor geht, welche Rolle die Auslandsschulen in der auswärtigen Kulturpolitik in Zukunft spielen sollen", so Koschyk.

Mehr Filmförderung

Der Medienpolitiker Bernd Neumann, MdB, setzte sich am 1. Februar 2002 in der Bundestagsdebatte zu den Rahmenbedingungen des deutschen Films dafür ein, den deutschen Film stärker als bisher zu unterstützen. Deutschland müsse Filmproduktionsstandort bleiben und brauche eine funktionsfähige Filmwirtschaft, sagte Neumann. Der deutsche Film dürfe nicht schlecht geredet werden. "Wir haben gute deutsche Filme, hochbegabte Regisseure, Schauspieler, Drehbuchautoren und Kameraleute", sagte der Kulturexperte.

Die Vernachlässigung der Filmförderung in den letzten Jahren habe dazu geführt, dass der Marktanteil des deutschen Films in den deutschen Kinos nur bei 10 bis 16 Prozent liege. Nur im letzten Jahr sei dieser Anteil durch den Film "Der Schuh des Manitu" deutlich höher gewesen, stellte Neumann fest.

In Deutschland stünden einem Film durchschnittlich nur 4 Millionen Euro (3,45 Millionen US-Dollar) zur Verfügung, in den

USA dagegen 50 Millionen US-Dollar. Diese Zahlen machten den ungleichen Wettbewerb deutlich. "Die öffentliche Förderung deutscher Filme ist unverzichtbar", unterstrich Neumann. Dies sei uneingeschränkt vertretbar, denn der Film sei ein wichtiges öffentliches Kulturgut, gleichrangig mit dem Theater und der Oper. Vielfalt lasse sich mit dem Markt allein nicht erreichen. Die Verantwortung für den Stand des deutschen Films liege jedoch bei der Filmwirtschaft selbst.

Der Bundesanteil von 15 Millionen Euro bei einem Gesamtvolumen der Filmförderung in Deutschland von 185 Millionen Euro sei gering, den größten Teil bringen die Länder auf. Forderungen aus der Regierung nach mehr Kompetenz des Bundes und Zentralismus seien angesichts dieser Zahlen fehl am Platze, stellte Neumann klar.

Angesichts des Kino-Sterbens sprach sich Neumann auch gegen eine Erhöhung der Kinoabgabe von 2 % mit einem Volumen von 18 Millionen Euro aus. Dies könne von den zum größten Teil mittelständischen Unternehmen nur schwer verkraftet werden.

Grenzüberschreitende Kulturarbeit

Der vertriebenenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hartmut Koschyk, MdB wies in einer Debatte am 14. Februar 2002 darauf hin, dass seit Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung die Bundesförderung der Pflege des Kulturgeschichtserbes der deutschen Heimatvertriebenen als Steinbruch im Kulturretat des Bundes diene. Die von der rot-

grünen Bundesregierung verantworteten drastischen Kürzungen in diesem Bereich von 46 Millionen DM im Jahre 1998 auf 33 Millionen DM im Jahre 2002 haben zu einem erheblichen Flurschaden bei den Kultureinrichtungen geführt. Es drängt sich – so Koschyk – der Verdacht auf, dass der Bund seine Verpflichtungen aus dem Bundesvertriebenenengesetz nicht mehr als ernst zu nehmen bereit ist. Anlass dieser Intervention war die Verweigerung einer sachgerechten Prüfung der Förderanträge des Arbeitskreises Schlesische Musik e. V.

Keine überzeugenden Konturen

Anlässlich der Plenardebatte vom 22. Februar 2002 zur Großen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion "Bestandsaufnahme und Perspektiven der Rock- und Popmusik in Deutschland" erklärte der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Haushaltsausschuss, Steffen Kampeter, MdB mit der Antwort der Bundesregierung sei kein plausibles Konzept für diesen Bereich der Kreativwirtschaft zu erkennen. Die CDU/CSU-Fraktion erwarte folgende Schritte:

1. die Vorgaben der Europäischen Union gegen das illegale Kopieren in nationales Recht umsetzen,
2. die Konzentrationszendenzen auf dem deutschen Tonträgermarkt kritisch beobachten,
3. die Sicherung der musikalischen Grundbildung als Erwartung an die KMK und,
4. die Unterstützung der Bun-

desregierung zur Einrichtung eines Musikexportbüros, um den Anteil deutscher Musik auf den wichtigen Auslandsmärkten zu steigern.

Zur Zukunft des deutschen Zentrums für Fotografie (DCP) in Berlin

Zur Antwort der Bundesregierung auf diese Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion äußerte Norbert Lammert, MdB, den Eindruck, es gebe offenbar keine politische Lobby für die Fotografie in Deutschland. Die Bundesregierung mache bei der Frage nach dem DCP einen eher unbeteiligten, wenn nicht uninteressierten Eindruck. Nach wie vor fehlt es in Deutschland, so Lammert, an einer Institution, die die Geschichte der Fotografie von ihrer Entstehung bis heute historisch, ästhetisch und konservatorisch aufarbeitet und erforscht.

Union hat sich beim Urheberrecht weitgehend durchgesetzt

Zur abschließenden Lesung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zum Urhebervertragsrecht im Deutschen Bundestag erklärten der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis, MdB, sowie der zuständige Berichterstatter der Bundestagsfraktion, Norbert Röttgen, MdB:

Die Bundesjustizministerin hat dem sachlichen und politischen Druck nachgegeben und ihren Gesetzentwurf zum Urhebervertragsrecht in wesentlichen Bereichen nachgebessert. Dies betrifft insbesondere folgende Punkte:

Ein eigenständiger gesetzlicher Anspruch auf angemessene Vergütung wurde fallengelassen. Es bleibt insoweit bei der Vertragsfreiheit.

Die Frage der Angemessenheit der Vergütung wurde den wirtschaftlichen Erfordernissen im Kultur- und Medienbereich angepasst. Angemessen ist, was der redlichen Branchenübung entspricht.

Es besteht kein rechtlicher Zwang mehr, gemeinsame Vergütungsregeln von Urhebervereinigungen und Werknutzern (Verlage, Theater, Filmproduzenten) zu akzeptieren.

Gewerkschaftliche Einflussnahme im Bereich der Selbständigen wurde dadurch zurückgefahren.

Die Vertragspartner können sich nun darauf verlassen, dass die Grundlagen der vertraglichen Vereinbarung nicht durch nachträgliche Veränderungen der Umstände in Frage gestellt wird. Ausnahme bleibt eine Anpassung der Vergütung bei Werken, die sich unerwartet zu Bestsellern entwickeln.

Auf die beabsichtigte Rückwirkung der Neuregelungen auf alle Verträge der vergangenen 20 Jahre wurde aus Gründen der Rechtssicherheit verzichtet.

Lizenznehmer von Werken können nunmehr wieder verlässlicher kalkulieren, weil sie keinen Nachforderungsansprüchen der Urheber mehr ausgesetzt sind. Diese müssen sich vielmehr an ihre Vertragspartner halten.

Das neue Kündigungsrecht für Urheber nach 30 Jahren wurde fallen gelassen.

Vorgesehene Einschränkungen für die Filmwirtschaft wurden ebenfalls weitgehend fallen gelassen. Im Zweifel liegen nunmehr wieder sämtliche filmische Verwertungsbefugnisse in der Hand des Produzenten. Weitgehende Einspruchsrechte der ausübenden Künstler und anderer Urheber auf Änderungserfordernisse bei der Filmproduktion werden zurückgenommen.

Nachdem die Bundesjustizministerin ihr Gesetzesvorhaben somit weitgehend zurückgenommen hat, kann die CDU/CSU-Fraktion – guter Tradition im Bereich des Urhebervertragsrechtes entsprechend – zu einer breiten Zustimmung zur neuen gesetzlichen Regelung beitragen.

Information:

*Dr. Norbert Lammert, MdB,
Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Kultur und Medien der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion/Olaf S. Gehrke
Tel. (030) 227-52 712*

Aus den Ländern

Nordrhein-Westfalen

“Eine neue Kulturpolitik für NRW”

(*Neues Grundsatzpapier der CDU-Fraktion im Landtag NRW*)

I. Kulturpolitik muss der Kunst die Freiheit lassen

Im Mittelpunkt der Kunst steht der Mensch mit seinen Sorgen und Nöten, seinen Erinnerungen und Visionen, seinen Ängsten und Träumen, seinen Konflikten und erfüllten Begegnungen, seiner Würde und seinen Erniedrigungen. Leben, Sühne und Tod werden hier inszeniert und thematisiert. Kunst und Kultur zählen zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Sie sind einer der sinnfälligsten Ausdrücke dafür, dass sich das Leben des Menschen nicht in Materialismus, Profitstreben, technischem Machbarkeitswahn und anderen Nützlichkeits-erwägungen erschöpft. Die Kunst lebt von ihrer Freiheit. Ihre Attribute sind Vielfalt, Kreativität, Spontaneität, Sensibilität, Aufklärung und Humanität.

Kunst provoziert. Sie konfrontiert uns häufig mit dem Unge-wohnten, mit dem Anderen. Sie stößt an und kann auch anstößig sein. Sie sucht die Auseinander-setzung. Sie verkündet keine Ge-wissheiten, sie stellt in Frage. Sie

gibt dem Menschen aber auch Halt. Sie veranlasst ihn, über sich nachzudenken, vermittelt ihm Wertorientierung, stellt die Frage nach dem Sein und Sinn des Lebens und bietet nicht zuletzt Unterhaltung.

Kulturpolitik ist Zukunftspoli-tik. Nirgendwo sonst kündigen sich gesellschaftliche Veränderun-gen so frühzeitig an wie in der Kunst. Wie in einem Brennglas bündeln sich hier die großen Her-ausforderungen, die sich Staat und Gesellschaft stellen. In einem gleichsam fiktiven Raum stellt die Kunst auf ihre Weise die Fragen von Morgen und erprobt Antwor-ten darauf.

Kultur trennt nicht zwischen Na-tionalitäten und ethnischen Zuge-hörigkeiten. Sie akzeptiert frem-de Kulturen um ihrer Selbst Wil-len als Gleichberechtigt und schlägt auf diese Weise Brücken zum ge-genseitigen Verständnis und zur Integration von Ausländern.

Kunst und Kultur brauchen Förderung. Die Förderung durch Private genügt nicht. Das Land und die Kommunen sind zur För-derung von Kunst und Kultur ver-pflichtet. Diese Pflicht hat Verfas-sungsrang. Die politische Pflege und Förderung von Kunst und Kultur muss die der Kunst eigen-tümliche Freiheit respektieren. Sie darf die von der Kunst ausgehen-de ästhetische und sittliche Wir-kung nicht instrumentalisieren, in-dem sie einengende Rahmen zu setzen versucht, die künstlerischen Formen und Inhalte mitzu-bestimmen trachtet und sie durch inszenierte Projektförderungen in den Landesdienst stellt, um sie zu

steuern. Dies gleicht dem Ver-such, der Quelle, die zum Fluss wird, das Bett vorzugeben. Lan-deskulturförderung heißt nicht Re-gulierung und Indienstnahme.

Landeskulturförderung heißt: Rahmenbedingungen schaffen, die Vielfalt, Kreativität und Spon-taneität ermöglichen, den Kultur-austausch und die Begegnung mit der Kultur nicht nur in den regio-nalen Metropolen, sondern auch im ländlichen Raum sicherstellt.

Kulturpolitik darf nicht länger vornehmlich als Haushalts- und Ressortpolitik betrachtet werden. Sie muss sich vielmehr als Teil eines Netzwerks begreifen, das von ihr befruchtet, aber nicht ma-jorisiert oder dominiert wird.

Wir brauchen eine stärkere und qualitativ andere Förderung der Kunst und der kulturellen Einrich-tungen in den Städten und Krei-sen durch das Land. Dabei darf das Förderungsprinzip nicht Zen-tralismus heißen, sondern Subsidiarität und Autonomie. Nicht das Land, sondern die Menschen in Städten und Gemeinden müssen gemeinsam mit den Kulturinstitutio-nen, den Künstlern, Schriftstel-tern, Musikern und allen anderen Kulturschaffenden über notwen-dige und mögliche Förderungen entscheiden.

Kulturpolitik ist mehr als die fi-nanzielle Förderung von Kunst und Kultur. Sie ist vor allem auch die Kommunikation zwischen Kultur und Politik. Eine Politik, die sich an die Schriftsteller und Künstler hauptsächlich dann erin-tert, wenn es darum geht, politi-sche Events zu arrangieren oder

Wahlkämpfe zu managen, wenn also die Kunst und Kultur für politische Zwecke dienstbar gemacht werden sollen, ist keine Kulturpolitik. Die Politik braucht den offenen Dialog mit Kunst und Kultur, um ihrer eigenen Aufgabe der Gestaltung einer menschlichen Zukunft gerecht werden zu können.

Kulturpolitik heißt:

- Stärkung der kulturellen Einrichtungen und Initiativen als Orte der Kommunikation, der Bildung, des Lernens und der Unterhaltung.
- Verbesserung der Förderung einzelner Künstlerinnen und Künstler durch Preise, Stipendien, Aufträge und Projekte.
- Intensivierung der ästhetischen, musischen und literarischen Bildung für Jung und Alt. Dies gilt für das kulturelle Erbe ebenso wie für die zeitgenössische Kunst aller Sparten.

II. Kulturpolitik muss die Jugend auf neue Weise für Kunst und Kultur gewinnen

Für eine neue Kulturpolitik in NRW hat das Thema "Kultur und Jugend" oberste Priorität. Im schulischen Bereich ist die Vernachlässigung der musischen Bildung nicht zu verantworten. Im außerschulischen Bereich darf es nicht länger darum gehen, Kunst und Kultur in der bisherigen Weise an die Jugend "heranzutragen". Wir brauchen neue Formen des Dia-

logs. Es müssen Möglichkeiten und Anreize geschaffen werden, dass sich Jugendliche die Kultur selbst erobern und etwa in Diskussionen mit Künstlern und Kulturverantwortlichen selbst bestimmen können, in welchen Formen dies geschieht. Wir brauchen Netzwerke zwischen bildenden Künstlern, Musikern, Schauspielern, Literaten und Jugendlichen.

In den letzten Jahren ist ein alarmierendes Desinteresse jüngerer Leute am klassischen Kulturangebot, an Konzerten und Theaterveranstaltungen, zu verzeichnen. Ganz offensichtlich sind es die Medien, die einen immer größeren Einfluss auf Kinder und Jugendliche ausüben und deren Interesse auf ganz andere Dinge lenken als Beethoven und Brecht.

Hier muss die Politik gegensteuern. Der Jugend muss die Sprache der Kunst wieder vermittelt werden. Zu einer lebendigen Kultur gehört, dass die Kinder das Vokabular der Kunst lernen. Dazu ist ein Umdenken in der Schulpolitik erforderlich. Einsparungen dürfen nicht länger zu Lasten der musisch-literarischen Fächer gehen. Denn der Unterricht in diesen Fächern schafft nicht nur Kompetenz im Umgang mit gestalterischen Möglichkeiten, sondern auch Kompetenz im Umgang mit den Medien. Dies ermöglicht eine kritische Distanz zu den vielfach festzustellenden Manipulationsstrategien in unserer Zeit. Vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, dass etwa der Musikunterricht in NRW über Jahre hinweg sträflich vernachlässigt wurde, dass Unterrichtsausfälle und fachfremd erteilter Unterricht an der Tagesordnung sind.

Die Defizite des Bildungswesens im musikalischen Bereich beispielsweise können bis zu einem gewissen Grad von der Laienmusik aufgefangen werden. Hier haben kulturinteressierte Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich in Form aktiven Gestaltens mit Kunstwerken auseinanderzusetzen und auf diese Weise die Sprache der Musik beherrschen zu lernen. Aus diesem Grund erfüllt die Laienmusik eine wichtige Funktion innerhalb unserer Kultur und Gesellschaft. Es erscheint gerade in der gegenwärtigen Situation unbedingt erforderlich, die Vereine finanziell zu fördern.

Das Land hat sich in den vergangenen Jahrzehnten auch in unverantwortlicher Weise aus der Förderung von Musik-, Kunst- und Theaterschulen zurückgezogen. Damit ist die Chance vertan worden, Kreativitätspotentiale im Rahmen kultureller Bildungsangebote schon im Kinder- und Jugendalter gezielt zu fördern. Vor dem Hintergrund des Konsolidierungsdrucks in den öffentlichen Haushalten kann es heute nicht mehr um die Errichtung neuer, ausschließlich von der öffentlichen Hand getragener Kunstschulen gehen. Vielmehr sollte auch hier der Netzwerkgedanke wegweisend sein: So können etwa junge Künstler ein Netzwerk bilden, dezentral in ihren Ateliers, in Schulen oder Jugendeinrichtungen unterrichten, so dass die öffentliche Hand dieses Netzwerk lediglich durch Hilfestellungen bei der Beschaffung zentraler und dezentraler Räume, bei der Werbung und Verwaltung sowie bei der

Qualitätskontrolle unterstützen muss. Hierbei stehen Kommunen und Land in einer gemeinsamen Verantwortung.

Die CDU fordert,

1. die Einsparungen zu Lasten der musisch-literarischen Fächer an den Schulen zu beenden,
2. Pflichtstundenzahlen für Musik und Kunst in allen Schulformen festzuschreiben,
3. für den Bereich der Grundschule, in dem rund 80 % aller Musikstunden fachfremd unterrichtet werden, sachgerechte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die unterrichtenden Lehrer anzubieten,
4. ein Konzept zur Zusammenarbeit und Vernetzung schulischen Musik- und Kunstunterrichts mit dem Angebot kommunaler und privater Musik- und Kunstschulen vorzulegen,
5. ein Programm "Künstler aller Sparten in die Schulen" zu entwickeln,
6. den Aufbau von Netzwerken zwischen Schulen, Schülern und anderen Jugendlichen auf der einen und Kulturinstituten, Künstlern und sonstigen Kulturverantwortlichen auf der anderen Seite zu fördern,
7. Musik- und Kunstschulen sowie entsprechende Privatinitiativen oder Public-Private-Partnerships verstärkt zu fördern,
8. den Dialog zwischen den

Generationen zu fördern: Gerade auch in der Kultur kann die Generation der Großväter und -mütter viel für die Enkelkinder bewirken und selber von deren Innovationskraft und Neugier profitieren. Gemeinsam wird es ihnen hier und da auch gelingen, Fehlentwicklungen zu korrigieren, für die der dazwischen stehenden Generation der Blick fehlt. Nicht zuletzt gehört hierzu auch die fast verloren gegangene Kultur des Erzählens, die den heutigen Jugendlichen wieder ein ausgesprochenes Bedürfnis ist.

III. Kulturpolitik muss kulturelle Angebote und Institutionen vernetzen

Die Anziehungskraft unseres Landes wächst mit der Ausstrahlung seines kulturellen Lebens. Bei der Förderung dieses kulturellen Lebens ist zu berücksichtigen, dass hierarchische Strukturen der Kommunikation durch eher horizontale Strukturen der Teamarbeit und der Organisation in Netzwerken abgelöst werden. Die Landeskulturpolitik muss sich in Zukunft als Initiator und Dialogpartner solcher Netzwerke begreifen und nicht länger als oberste Regulierungsbehörde. Wir brauchen Netzwerke zwischen Künstlern, Wissenschaftlern, Bürgern, Wirtschaft und öffentlicher Hand.

a) Die Rolle der Kommunen

Die Kommunen stellen die wichtigste kulturpolitische Handlungsebene dar. Aus der Selbstverwal-

tungsgarantie des Grundgesetzes leitet sich auch die Zuständigkeit örtlicher Kulturkompetenz ab. Dabei handelt es sich bei den kommunalen Kulturaufgaben um freiwillig übernommene Selbstverwaltungsaufgaben, d.h. die Städte, Gemeinden und Kreise entscheiden eigenverantwortlich, wie und in welchem Umfang sie diese Aufgaben erfüllen.

Die Kommunen sind im wesentlichen darauf angewiesen, ihre vielfältigen kulturellen Aufgaben aus den allgemeinen Steuern und Finanzaufweisungen des Bundes und der Länder zu bestreiten.

Vor dem Hintergrund bundes- und landespolitischer Vorgaben stehen die Kommunen Nordrhein-Westfalens aber vor massiven Finanzproblemen, die sie häufig dazu zwingen, ihre Zuwendungen an die Kultur zu kürzen, um überhaupt ihre Pflichtaufgaben wahrnehmen zu können. So leisten die deutschen Kommunen nach dem "Jahrbuch für Kulturpolitik" mit 6,8 Milliarden DM nur noch einen Anteil von 44% aller öffentlichen Kulturhaushalte von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Länder sind mit 7,4 Milliarden DM und einem Anteil von 47% mittlerweile der wichtigste Finanzträger der Kultur. Zusammen mit den Bundesmitteln i.H.v. 1,4 Milliarden DM, was einem Anteil von 9% entspricht, öffnet sich die Schere zwischen den Ausgaben von Bund und Ländern auf der einen Seite sowie kommunalen Ausgaben für Kultur auf der anderen immer weiter. Bei einer Fortsetzung dieses Trends, so ist zu befürchten, werden die Kommunen in wenigen Jahren auf einem

ihrer wenigen originären Politikfelder in der Bedeutungslosigkeit versinken.

Kommunale Kulturpolitik ist im wesentlichen dezentrale Kulturarbeit. In den Ortsteilen besteht die Gelegenheit, persönliche Kommunikation zwischen Künstlern und Bürgern herzustellen und zu vertiefen, wobei Ausstellungen, Stadtteilstadtteilfesten und dergleichen ein ideales Forum darstellen.

aa) Stärkung der Kultursekretariate

Die Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen ist gekennzeichnet durch zahlreiche Kooperationsformen und Zusammenschlüsse von Städten, um kulturelle Aufgaben auf höchstmöglichem Niveau gemeinsam wahrzunehmen. Die beiden Kultursekretariate in Wuppertal und Gütersloh sind als Zweckgemeinschaften der Städte und Gemeinden beispielhaft für die Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen, die in vielerlei Hinsicht auf Zusammenarbeit angewiesen ist. Als Mittlerorganisationen zwischen den Kommunen und dem Land übernehmen sie eine Moderatorenrolle, wobei sie nicht als Geldverteilungsanlage, sondern als Motor und Impulsgeber für die Spitzenkultur in Nordrhein-Westfalen erfolgreich fungieren. Sie haben sich als erste Adresse erwiesen, wenn es um Initiativen für die Künste geht. Sie haben sich seit über 2 Jahrzehnten bewährt bei der Organisation, Koordination und Veranstaltung von Theater- und Musikprogrammen unterschiedlichster Art und Trägerschaft, von Projekten der Literatur und der

bildenden Kunst bis hin zur Fortbildung beim Management solcher Veranstaltungen.

Die CDU fordert,

1. die Rolle der Kultursekretariate als Zweckgemeinschaften der Kommunen deutlich zu stärken, damit sie ihre Vernetzungsfunktion effektiv wahrnehmen können,

2. mit den Kommunen in Verhandlungen darüber einzutreten, inwieweit eine Umwandlung der Kultursekretariate in GmbHs unter Beteiligung des Landes in Betracht kommt, um so eine sachliche und finanzielle Kooperation zwischen Land und Kommunen zu gewährleisten.

bb) Bekräftigung der regionalen Kulturarbeit der Landschaftsverbände...

cc) Kommunen und Region

Die Ziele interkommunaler kultureller Zusammenarbeit werden heute massiv überlagert von dem Zwang zu Kosteneinsparungen und Forderungen nach einem gerechten Kulturlastenausgleich, insbesondere zwischen Stadt und Umland. Dahinter steht die Sorge um vorhandene Strukturen in ihrer Vielfalt und Qualität, insbesondere solche, die nicht nur für die einzelne Kommune, sondern überörtlich von Interesse sind. Regionale Partnerschaft setzt das Bewußtsein des Aufeinanderangewiesenseins voraus, das in der Bereitschaft mündet, gemeinsam Verantwortung zu tragen und re-

gionale kulturelle Profile gemeinsam zu gestalten. Dies bedeutet u.U. die gemeinsame Trägerschaft von Kultureinrichtungen da, wo die Kraft einzelner Kommunen zum Erhalt bedeutender Kulturstätten nicht reicht.

Das Instrument der sog. "Regionalen Kulturpolitik" steht zu Recht in der Kritik. Die z.T. willkürlich zugeschnittenen Kulturregionen missachten historische und menschliche Verbindungen. So wie die Landesregierung es anlegt, greift sie durch die Gewährung oder Ablehnung von Zuschüssen für bestimmte Projekte bis in die einzelne Gemeinde durch. Richtig dagegen wäre es, den Kommunen vor Ort größere Handlungsspielräume zu verschaffen, im Sinne einer praktizierten Subsidiarität.

Die CDU fordert,

1. im Gegensatz zu der von der Landesregierung favorisierten regionalen Kulturpolitik die Selbstverwaltungshoheit der Kommunen als tragendes Prinzip der Kulturförderung in der Region zugrunde zu legen. Es geht nicht an, dass das Land über den Weg einer regionalen Förderung seinen Einfluß auf die kommunale kulturelle Selbstverwaltung verstärkt. Kultur ist einer der wenigen den Kommunen verbliebenen Gestaltungsspielräume und gerade deshalb Grundlage regionaler Identität. Diese darf nicht ausgehöhlt werden.

2. in der schwierigen finanziellen Situation der Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens

vorrangig die vorhandene kulturelle Infrastruktur der Städte, der Regionen und des Landes zu sichern und ihre Innovationskraft zu stärken, damit auf dieser Basis der Netzwerkgedanke realisiert werden kann.

b) Freie Szene und Soziokultur

Zum kulturellen Spektrum unseres Landes gehören zahlreiche soziokulturelle Zentren und Initiativen. Die Zentren arbeiten flächendeckend und dezentral. Sie sind in allen Regionen Nordrhein-Westfalens zu finden. Sie sind Treffpunkte, Beratungsgremien und initiiierende Akteure regionaler kulturpolitischer Entwicklungen. Speziell im ländlichen Raum tragen sie wesentlich die Kulturarbeit vor Ort: kulturell engagierte Bürgerinnen und Bürger gestalten Programme und Aktionen, greifen Anregungen aus dem gesellschaftlichen Umfeld auf und berücksichtigen insbesondere auch die Bedürfnisse sozial benachteiligter Menschen. So schaffen es die soziokulturellen Zentren, Verständnis für andere kulturelle Ausdrucksformen zu wecken. Sie sind Treffpunkt für Jung und Alt und fördern damit den Dialog zwischen den Generationen.

Soziokultur hat sich zu einer wichtigen Schnittstelle von Kultur- und Gesellschaftspolitik entwickelt. Die soziokulturellen Zentren haben sich dabei als zentrales Element erwiesen. Sie können für die lokalen und regionalen Szenen der Initiativ- und Selbsthilfegruppen, unterschiedlichste Projekte unterstützen und als Kristallisationspunkt für die Sammlung von Interessengruppen dienen so-

wie Ressourcenfunktionen für Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen wahrnehmen. Sie können auch eine Vernetzungsfunktion für regionale Projekte- und Initiativeszenen erfüllen.

Die CDU fordert,

1. sich dafür einzusetzen, dass freie Träger künstlerischer Aktivitäten Zugang zu öffentlicher Unterstützung erhalten und nicht durch den staatlichen und kommunalen Kulturbetrieb verdrängt werden,

2. zu überprüfen, inwieweit das Land künstlerisches Engagement im Rahmen der freien Kulturszene unterstützen kann, etwa durch Bereitstellung von Proberäumen oder Beiträgen zum Ausgleich finanzieller Belastungen von Vereinen.

IV. Kulturpolitik muss das kulturelle Erbe pflegen und seine Fortentwicklung fördern

Tradition ist nicht die Anbetung der Asche, sondern das Weitertragen des Feuers. Die kulturelle Tradition prägt das Selbstverständnis und die Identität einer Gesellschaft. Sie darf nicht museal werden, sondern muss wachgehalten werden, um sich erneuern und wirksam bleiben zu können.

1. Theater

Nordrhein-Westfalen ist gekennzeichnet durch eine farbige Thea-

terlandschaft. Das reiche Angebot an kommunalen und privaten Theatern zeigt ein hohes Leistungsniveau. Die Musik- und Sprechtheater sowie Orchester des Landes stehen indes unter zunehmendem Finanzdruck. Die öffentlichen Zuschüsse werden zu einem erheblichen Teil abgesenkt, zu einem Teil zumindest eingefroren. Gleichzeitig sind die Theater den üblichen Kostensteigerungen ausgesetzt. In dieser Situation muss das Land die Probleme der theatertragenden Städte stärker als bisher zur Kenntnis nehmen. Es geht dabei darum, die einzigartige Theaterlandschaft Nordrhein-Westfalens zu erhalten.

Die Förderung eines unterschiedlichen Angebots der Theaterlandschaft in Nordrhein-Westfalens ist Aufgabe staatlicher Theaterpolitik.

Die CDU fordert,

1. ein Ende der ständigen Plünderungen des Haushaltsansatzes für die Förderung kommunaler Theater zugunsten von Projekten der Landesregierung,

2. die nichtstaatlichen Theater auch außerhalb der Ballungszentren kontinuierlich und verlässlich zu fördern,

3. kommunale oder private Initiativen zur Verdichtung des Theaterangebots in bisher wenig versorgten Gebieten zu unterstützen,

4. ein besonderes Augenmerk auf die Weiterentwicklung öffentlicher wie privater Kinder- und Jugendtheater zu richten,

5. die qualifizierte Verdichtung der Ausbildung des Bühnennachwuchses, um so bessere Berufschancen für junge Bühnenkünstler zu schaffen.

2. Museen

Die gesellschaftliche Aufgabe der Museen und Sammlungen liegt heute nicht nur darin, die bestehende Sammlung zu pflegen und das kulturelle Erbe für künftige Generationen zu bewahren. Als der gesamten Öffentlichkeit zugewandte Bildungseinrichtungen müssen sie vielmehr konkrete Bezugspunkte zu Geschichte und Gegenwart bieten. Jedes Museum kann in der vielzitierten virtuellen Scheinwelt, in der wir leben, mit originellen Ausstellungsstücken dazu beitragen, den Sinn für die greifbare Realität zu schärfen.

Über den Auftrag, Bildung zu vermitteln, darf aber auch der Unterhaltungsaspekt nicht vernachlässigt werden. Als wichtigste Gründe für einen Museumsbesuch werden nämlich nicht überwiegend Bildungsvermittlung, sondern "Lustgewinn", "Wissensbestätigung" und "Selbstbestätigung" genannt. Das Museum wird also nicht als reine Bildungsinstanz, sondern als Ort freien, aktiven und genussreichen Handelns und Aufnehmens gesehen. Darüber darf freilich nicht vergessen werden, das Kunst und Kultur auch kritisch und provokant sein und nicht nur passiv konsumiert werden sollen, sondern vom Betrachter Interesse und Bereitschaft, sich in einem konstruktiven Dialog auch in Frage stellen zu lassen, verlangen. Vor diesem Hintergrund sind auf das Publi-

kum zugeschnittene zugkräftige Dauer- und Sonderausstellungen, originelle und medienträchtige "Events" und ein attraktives Umfeld, das zum Verweilen einlädt, künftig von herausragender Bedeutung.

Die wichtigsten Einnahmequellen der Museen und Sammlungen sind nach wie vor Steuermittel und Eintrittsgelder. Daher muss ständig darauf hingewirkt werden, dass die Museen und Sammlungen ihre vielfältigen Aufgaben möglichst effizient erfüllen.

Angesichts der gegenwärtigen angespannten Haushaltslage des Staates muss verstärkt über andere Finanzierungsmöglichkeiten wie die Ausgliederung von Museen aus dem Bereich der öffentlichen Hand, der Schritt zur "Public-Privat-Partnership" und eine Öffnung für betriebswirtschaftliche Professionalität nachgedacht werden. Die Frage nach der am besten geeigneten Rechts- und Organisationsform lässt sich pauschal nicht beantworten. Verwaltungsreform, neue Steuermodelle und die Änderung des Stiftungsrechts werden im Bereich der staatlichen Museen größere Flexibilität und Synergieeffekte schaffen, Budgetierung und die ihr nachfolgende Kosten- und Leistungsrechnung die Selbstständigkeit und damit die Handlungsfähigkeit der Häuser erhöhen.

Die CDU fordert,

1. ein Konzept zur effizienteren Aufgabenwahrnehmung von Museen und Sammlungen vorzulegen, etwa im Hinblick auf neue

Finanzierungsmöglichkeiten, Ausgliederung von Museen aus dem Bereich der öffentlichen Hand und eine Öffnung für betriebswirtschaftliche Professionalität,

2. staatliche Anreize zu neuen Formen des Museumsbetriebs zu entwickeln,

3. die Förderung von besucherorientierten Dauer- und Wechselausstellungen,

4. die Sicherstellung der Sammlungskontinuität unserer Museen durch entsprechende Haushaltsansätze.

3. Öffentliche Bibliotheken

Öffentliche Bibliotheken spielen eine herausragende Rolle im Prozess der Entstehung einer Wissensgesellschaft. Gegenwärtig sind kommunale wie Hochschulbibliotheken zunehmend nicht mehr in der Lage, den Bestand an internationalen Zeitschriften zu halten und neue Bücher anzuschaffen. Nach Angaben des Deutschen Kulturrats mussten bereits 30% der Zeitschriften abbestellt werden. Die Katastrophe sei nur durch eine Soforthilfe von 80 Millionen DM zugunsten der Bibliotheken einzudämmen.

Eine durchgängige Versorgung der Bevölkerung mit Literatur hat eine zentrale Bedeutung. Öffentliche Bibliotheken gehören zu den Einrichtungen der kulturellen Daseinsvorsorge. Sie dienen nicht nur der Literatur- und Medienversorgung der gesamten Bevölkerung, sondern sind auch Stät-

ten der geistigen Auseinandersetzung und menschlicher Begegnungen. Die Bibliotheken unterstützen die freie Meinungsbildung und leisten wichtige Hilfen bei der Selbstfindung und der sozialen Orientierung. Mit ihrem Angebot vielfältiger Medien nehmen sie positiven Einfluss auf die Freizeitgestaltung der Bürger.

Eine Schlüsselrolle kommt den Bibliotheken in der Leseförderung zu. Gemeinsam mit den Eltern und den Lehrern sollten sie ein positives Leseklima schaffen. Dazu gehört auch, dass nicht die Konkurrenz der Medien propagiert wird, sondern ein sinnvoller Medienverbund.

Gerade die Büchereien, die Tonkassetten, Compactdiscs, Videos und vieles andere anbieten, können den spezifischen Stellenwert dieser Medien sichtbar machen und zu einer kritischen, d.h. auswählenden Mediennutzung anleiten.

In den vergangenen Jahren hat sich das öffentliche Bibliothekswesen in Nordrhein-Westfalen nachteilig entwickelt. Der Konsolidierungsdruck hat bei den Kommunen dazu geführt, dass die Schließung von Büchereien erforderlich wurde.

Die CDU fordert,

1. den Kommunen bedarfsgerechte finanzielle Zuwendungen bei der Errichtung von Büchereien und bei der laufenden Beschaffung von Büchern und anderen Medien zu gewähren,
2. das Angebot der Bibliotheken

zu sichern und gezielt auszubauen mit einem qualifizierten Angebot an Büchern und anderen Medien,

3. die gewachsene Vielfalt bei den Büchereiträgern zu sichern und vor allem die Büchereien im ländlichen Raum zu stärken,

4. ein Konzept zur verbesserten Kooperation der Büchereien untereinander und mit den schulischen und außerschulischen Kultur- und Bildungseinrichtungen vorzulegen,

5. eine verstärkte Einbindung der Bibliotheken in alle Maßnahmen zur Leseförderung und zum kritischen, selbstverantwortlichen Gebrauch von Medien zu fördern.

5. Bildende Kunst

Öffentliche Kunstförderung hat allen Richtungen der bildenden Kunst Chancengleichheit einzuräumen. Deshalb ist es Aufgabe einer sachgerechten Förderpolitik, nicht nur dem Zeitgeist zu folgen und der „Mode“ nachzugehen. Sie hat Ausgewogenheit und Gerechtigkeit in der öffentlichen Förderung zu garantieren.

Der Förderung durch Private kommt gerade in den Bereichen „Bildhauerei“ und „Malerei“ besondere Bedeutung zu.

Die CDU fordert,

1. den geistigen und kulturellen Austausch zwischen Künstlern

und dem kunstinteressierten Publikum zu unterstützen, den besonders die zeitgenössische bildende Kunst braucht,

2. privates Mäzenatentum dadurch zu fördern, dass größeres Interesse an zeitgenössischem Kunstschaffen geweckt wird,

3. steuerliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu setzen, die privaten Ankauf zeitgenössischer Kunst nicht nur für wenige Begüterte und für Wirtschaftsunternehmen möglich macht.

6. Literatur

Gerade im Multimedia-Zeitalter dürfen die Literatur und ihr traditionelles und wichtigstes Medium, das Buch, ihre Bedeutung für das kulturelle Leben nicht verlieren. Neue Medien, Film und Fernsehen können die Literatur ergänzen, nicht aber ersetzen.

Das beweist zum Beispiel die derzeit entstehende Internet-Literatur. Die breite Palette an literarischen Themen und Gestaltungsformen – von der Unterhaltungsliteratur über Mundarttexte bis hin zu experimenteller Sprachgestaltung – stellt einen kulturellen Reichtum dar, den es dauerhaft zu pflegen und zu fördern gilt.

Die Literaturförderung darf nicht hinter der Förderung anderer Künste zurückstehen. Zu den Leitlinien der Literaturförderung muss die Unterstützung der Arbeit der Schriftsteller und die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen gehören.

Von staatlicher Seite müssen Fördermaßnahmen ergriffen werden, etwa die Verleihung von Literaturpreisen, die Gewährung eines Ehrensoldes über Stipendien und die Bezuschussung von Autorenlesungen bis zur Unterstützung von literarischen Veranstaltungen.

Die CDU fordert,

1. in den Lehrplänen der Schulen der Literatur größeres Gewicht einzuräumen,
2. einen Literaturfonds aufzulegen, aus dem Nachwuchsautoren Arbeitsstipendien gewährt werden können,
3. Mittel für die Vergabe staatlicher Förderpreise für junge Schriftsteller unter Einbeziehung von Sachbuchautoren und Übersetzern bereitzustellen,
4. Autorenlesungen als geeigneten Beitrag zu den Bemühungen um eine verstärkte Leseförderung, die insbesondere die Jugend zur Literatur hinführen soll, zu unterstützen.

V. Landes-Kulturpolitik muss Eigenständigkeit gegenüber Bundes- und Europäischer Kulturpolitik behalten

Kulturpolitik in Deutschland ist zunächst Kommunal- dann Landes- und schließlich Bundespolitik. Immer wichtiger wird in der Zukunft auch eine europäische Kulturpolitik. Die Verankerung der Kulturpolitik bei den Kommunen

und Ländern unterscheidet die Bundesrepublik von anderen europäischen Mitgliedsstaaten. In Art. 30 Grundgesetz ist die Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern geklärt. Das GG sieht nur abgestufte Einzelzuweisungen von Zuständigkeiten für bestimmte Sachgebiete an den Bund vor. Alle nicht ausdrücklich im GG genannten Sachgebiete sind in der alleinigen Zuständigkeit der Länder.

Zu den Zuständigkeitsbereichen des Bundes gehört besonders die Auswärtige Kulturpolitik sowie die Gesetzgebungskompetenz im Bereich Urheberrecht, Recht der Wirtschaft und der Steuer- und Sozialgesetzgebung. In diesen die Kultur existentiell berührenden Bereichen wird der Bund mittelbar über seine Gesetzgebungskompetenz kulturpolitisch tätig. Eine unmittelbare Zuständigkeit hat der Bund lediglich hinsichtlich des Schutzes deutschen Kulturgutes gegen die Abwanderung ins Ausland, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und der Beteiligung an der Finanzierung von Forschungsmuseen im Rahmen der sogenannten Gemeinschaftsaufgaben.

Vor diesem Hintergrund sind die Bestrebungen der Bundesregierung zur Gründung einer Bundeskulturstiftung mit Distanz zu sehen. Dabei ist nämlich aus verfassungsrechtlicher Sicht zu berücksichtigen, dass es zwischen Bund und Ländern keine Doppelzuständigkeit für den gleichen kulturellen Bereich geben darf. Der Bund darf nur für Vorhaben eintreten, die über die Ebene der Länder hinausgehen und die Bundesrepublik Deutschland als ganzes betreffen.

Naturgemäß berühren diese kulturellen Gesamtinteressen des Staates auch die Interessen der Länder und Kommunen. Es muss deswegen sichergestellt sein, dass die Gründung einer Bundeskulturstiftung nur in enger Kooperation mit den Bundesländern sowie Städten und Gemeinden erfolgt.

Bei der strikten Trennung der Kulturkompetenzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen ergibt sich ein weiteres Problem aus der immer stärkeren Annäherung der europäischen Staaten aneinander. Im Vertrag von Maastricht wurde in Art. 128 a das Subsidiaritätsprinzip festgeschrieben. Danach darf die EU nur solche Aufgaben wahrnehmen, die die Mitgliedsstaaten nicht selbst besser übernehmen könnten. Dieses Prinzip gilt selbstverständlich auch für die Kulturpolitik der Europäischen Union. Aber ebenso wie der Bund hat auch die EU mittelbare kulturpolitische Kompetenzen, die gegenwärtig etwa in den Bereichen Urheber-, Steuer- und Wettbewerbsrecht für die Kultur, konkret beispielsweise auch in der Diskussion um die Buchpreisbindung und die Gemeinnützigkeit von Vereinen, vehement zu verspüren sind.

Die CDU fordert,

1. deutlich zu machen, dass die verfassungsrechtlich verbürgte Kulturhoheit der Länder Kernbestandteil der föderalistischen Struktur der Bundesrepublik ist,
2. bei der Einrichtung einer Kulturstiftung des Bundes etwaige verfassungsrechtliche Grenzen

sorgfältig einzuhalten und sowohl Bundesländer als auch Kommunen einzubinden; als Alternative bietet sich die Übertragung von Zuständigkeiten auf die Kulturstiftung der Länder an,

3. den nach Art. 23 GG für EU-Angelegenheiten federführenden Bund zu einer strikten Einbindung der Länder über den Bundesrat in kulturpolitischen Angelegenheiten zu veranlassen,

4. auf EU-Ebene dafür Sorge zu tragen, dass das Wettbewerbsrecht nicht als Instrumentarium gegen die Kultur eingesetzt wird.

VI. Kulturpolitik muss freiwilliges Engagement und Ehrenamt stärker einbeziehen

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts brauchen wir ein neues Selbstverständnis von Bürger und Staat, von Rechten, Pflichten und freiwillig übernommenen Aufgaben. Viele Bürgerinnen und Bürger sind bereit, sich freiwillig zu engagieren. Zwischen der bestehenden Bereitschaft der Bürger, sich in die Gesellschaft einzubringen, und den ihnen dazu gebotenen Möglichkeiten, hat sich in den letzten Jahrzehnten eine deutliche Schieflage entwickelt. Der Staat hat zu viele Aufgaben übernommen. Dadurch werden die Kräfte des Einzelnen und der Gesellschaft geschwächt. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement können den Sozialstaat, die Familie und die Erwerbsarbeit nicht ersetzen. Aber sie bieten den Menschen sinnvolle Tätigkeiten, qualifizieren sie in der Kommunikation sowie in der Organisation

für Führungs- und Leitungsaufgaben. Sie tragen bei zur Reform des Wohlfahrtsstaates und zur Erneuerung der Demokratie durch eine aktive Bürgergesellschaft.

In Deutschland engagiert sich jeder 3. Bundesbürger über 14 Jahren ehrenamtlich, insgesamt also 22 Millionen Bürger in Vereinen und Verbänden, in Initiativen und Selbsthilfegruppen, in Gewerkschaften und Parteien.

Nach einer Umfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW haben zahlreiche Kommunen die Mittel im Bereich Kultur gekürzt, gleichzeitig aber versucht, auch durch neue Organisationsformen das kulturelle Angebot aufrecht zu erhalten. Offensichtlich ist, dass die Sparbemühungen der Kommunen im Bereich der freiwilligen Aufgaben zu Einschnitten führten, so dass sich die Frage stellt, welche Strategie Politik und Verwaltung verfolgen, um das Niveau kultureller Veranstaltungen konstant zu erhalten oder noch zu erhöhen. Nach der Umfrage des Städte- und Gemeindebundes reduzierten zahlreiche Kommunen bei der Kultur die Sach- und Personalkosten. Vielerorts wurden die Personalkosten durch stärkere Beteiligung der örtlichen Vereine gesenkt.

Nach Auffassung der CDU kann es indes nicht sinnvoll sein, ehrenamtlich tätige Bürger als Lückenbüßer für Aufgaben heranzuziehen, die die verschlankte Verwaltung nicht mehr wahrnehmen kann. Indes bieten sich Chancen, unter einer stärkeren Bürgerbeteiligung die öffentlichen finanziellen Ressourcen besser zu nutzen. Es ist geboten, dass die Kom-

munen Maßnahmen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ergreifen. So bietet sich die Chance, die Kulturarbeit vielerorts durch eine stärkere Verknüpfung von Kultur, Verwaltung und Vereinen zu bereichern, die Identifikation der Bürger mit den Kulturinstitutionen ihrer Gemeinde zu erhöhen und die Angebote bürgernäher zu organisieren.

Die CDU fordert,

1. die Schlüsselzuweisungen an die Städte und Gemeinden zu erhöhen, damit auch hier die ehrenamtlichen Tätigkeiten in geeigneter und angemessener Weise dauerhaft unterstützt werden können,

2. einen "Ehrenamtspass" einzuführen, mit dem ehrenamtlich Tätige Vergünstigungen bei kommunalen und auch bei Landeseinrichtungen etwa bei Sport- und Kulturveranstaltungen erhalten,

3. im örtlichen Bereich die Bereitstellung ausreichender räumlicher Angebote für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger zu fördern.

VII. Kulturpolitik muss der Unterrepräsentation von Künstlerinnen entgegenwirken

Frauen haben am kulturellen Leben einen signifikanten und weiterhin zunehmenden Anteil. Dennoch sind Künstlerinnen aufgrund einer langen Tradition der Diskriminierung, des Ausschlusses und der Verdrängung auf dem gesam-

ten Kunst- und Kulturbereich auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen in ihrer künstlerischen Entwicklung und Karriere immer noch benachteiligt und in den einschlägigen Institution und Gremien zu wenig vertreten.

Die Herstellung von wirklicher Chancengleichheit für Frauen, insbesondere eine stärkere Berücksichtigung der künstlerischen Leistungen von Frauen muss deswegen ein wichtiges Anliegen der Kulturpolitik sein. Deshalb ist es zunächst erforderlich, eine genaue Analyse der Sachlage und der Hintergründe vorzulegen, um gezielt gegensteuern zu können.

Es ist zu erwarten und zu hoffen, dass die in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegene Zahl von weiblichen Absolventen in den Kunstberufen sich auch positiv auf den Frauenanteil im Bereich der staatlichen Förderung, der Lehre und der Führungspositionen auswirken wird. Eine verbesserte Repräsentanz von Frauen und deren künstlerischem Wirken würde die Vielfalt und Lebendigkeit unserer Kulturlandschaft intensivieren und bereichern.

Die CDU fordert,

1. ein öffentliches Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Künstlerinnen beim Verkauf ihrer Kunstwerke stark unterrepräsentiert sind,
2. an nordrhein-westfälischen Universitäten im Bereich von Kunst und Kultur frauenspezifische Schwerpunkte zu schaffen und zu fördern.

VIII. Kulturpolitik muss neue Formen der Kulturfinanzierung fördern

Die Kultur steht in ihrer bildenden und unterhaltenden Funktion anderen öffentlichen Aufgaben an Bedeutung nicht nach. Auch im Zeichen zunehmenden Drucks auf die öffentlichen Haushalte sind Aufwendungen für Kunst, Bildung und Unterhaltung Zukunftsinvestitionen mit erheblichen positiven Folgewirkungen auf die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass die notwendige Konsolidierung der kommunalen Haushalte über Streichungen im ohnehin relativ geringen Kulturhaushalt möglich ist. Der Umgang mit den Mitteln zugunsten der Kultur in Zeiten knapper werdender finanzieller Ressourcen wirft die Grundsatzfrage auf, wie viel der Gesellschaft die Kultur wert ist.

Bei den vorhandenen Kulturangeboten ist zu unterscheiden zwischen solchen, die sich unabhängig von öffentlicher oder privater Trägerschaft aufgrund der Nachfrage, der Kosten oder der Erzielbarkeit von Sponsorenmitteln rechnen oder sogar Gewinn abwerfen und anderen, die sich wirtschaftlich nicht rechnen, sondern einen Zuschussbedarf haben, woher auch immer er kommen mag. Viele dieser zuschussbedürftigen Kulturangebote lassen sich noch in einem gewissen Maße so optimieren, dass der Zuschussbedarf sinkt, ohne dass deswegen die Inhalte oder die Qualität, geschweige denn die Freiheit der Kunst berührt würden. Die öffentlich finanzierte Kultur muss sich

nach dem Subsidiaritätsprinzip richten:

- auf die Sicherung der Freiheit, insbesondere auf die Bereitstellung von Orten und Möglichkeiten zu deren freier Entfaltung,

- auf die Sicherung der Freiheit der kommunikativen Selbstbestimmung, insbesondere durch die Bereitstellung von Orten und Möglichkeiten der ästhetischen Erziehung,

- auf die Sicherung der Förderung dessen, was es auf dem der Mode unterliegenden Kulturmarkt noch schwer hat,

- auf die Sicherung des kulturellen Gedächtnisses der Gesellschaft, wie es tagtäglich in unseren Museen, Archiven, Bibliotheken, Theatern, Konzertsälen etc. bewahrt, gepflegt und immer wieder von der Gesellschaft gefordert wird.

Alle vorgenannten Aufgaben lassen sich auch unter Beteiligung der Wirtschaft erfüllen, sofern dabei die zu vereinbarenden Spielregeln die Garantenstellung der öffentlich organisierten Kultur sicherstellen. Dies bedeutet, dass eine dann bestimmende "Mehrheitsbeteiligung" der Wirtschaft ebensowenig in Betracht kommt, wie ein Rückzug der öffentlichen Hände aus diesen Aufgaben.

Nicht nur die private Wirtschaft kann von der öffentlich finanzierten Kultur, sondern diese von ersterer lernen. Wie diese müssen die Häuser z.B. ziel- und zielgruppenorientierter denken und arbeiten als bisher, Marketing-Strategien entwickeln und Ent-

scheidungen dezentralisieren. Auch öffentlich finanzierte Kultur kann wirtschaftlicher arbeiten als bisher üblich und sollte sich nicht scheuen, in Teilsegmenten ihres Marktes sogar wirtschaftlichen Gewinn zu erzielen. Mit "Ausverkauf der Kultur" hat das nichts zu tun. Erforderlich ist, dass die Kulturverwaltungen ihre Berührungspunkte überwinden und Kontakte zur Wirtschaft knüpfen. So belegen viele Beispiele eine erfolgreiche und publikumswirksame Kooperation von Kunst und Wirtschaft. Wer Vielfalt erhalten will, darf Kooperationen und neue Betriebsformen nicht ausschließen. Nötig ist ein kommunales Kulturmanagement, das sich neben kulturpolitischen Inhalten einer betriebswirtschaftlichen Professionalität öffnet.

Die CDU fordert,

1. zu berücksichtigen, dass sich die öffentlich finanzierte Kultur nach dem Subsidiaritätsprinzip richten muss,
2. ein Konzept zu einer innovativen Kulturfinanzierung zu entwerfen unter Einbeziehung der Untersuchung möglicher neuer Betriebsformen,
3. den Kommunen Anreize zur Gründung von gemeinnützigen GmbHs und sonstigen Formen von kulturellen Public-Private-Partnerships zu geben, sich an solchen Rechtsformen zu beteiligen bzw. Anschubfinanzierungen zu gewähren.

Information: Richard Blömer, Mdl, Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW/Dr. Michael Reitemeyer, Tel.: (0211) 8 84-21 83

Rheinland-Pfalz

Der Rechnungshof und die Stiftungen

Der Rechnungshof hat es glasklar festgestellt: Vorwürfe, die die CDU-Fraktion mit Blick auf die verschiedenen (vor allem der Kultur zugute kommenden) Stiftungen des Landes immer wieder erhoben hat, waren berechtigt. Die Kritik des Rechnungshofes betrifft zum Beispiel die mangelhafte Transparenz bei Zuwendungen und bei der Bereitstellung von Personal- und Sachmitteln. Bemängelt wird auch die fehlende Abgrenzung von Aufgaben zwischen Stiftungen und dem zuständigen Ministerium bei vergleichbaren Programmen. Themen im Rechnungshof-Bericht sind auch die nicht vorhandene Trennung von Vorstands- und Aufsichtsratsfunktionen, und die mangelhafte externe Kontrolle.

Aus der Haushaltsvorlage für 2002/2003 ging freilich nicht hervor, dass die Landesregierung sich die Kritiken zu Herzen genommen hatte. Das gleiche Schicksal ereilte in den Abstimmungen jenen CDU-Antrag, der verdeutlichte, dass die Vorwürfe, die vom Rechnungshof erhoben werden, das Parlament in seiner Stellung gegenüber der Regierung betreffen und deshalb entsprechende Kontrollmechanismen einforderte. Die Landesregierung brachte bei den Mehrheitsfraktionen ihren Haushalt auch ohne Transparenz beim Personaleinsatz in Ministerien und Stiftungen durch. . .

Weniger Geld für Kultur

"Die Kultur in Rheinland-Pfalz ist besser als ihr Ruf." Der grundsätzlichen Aussage des zuständigen Ministers kann die CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag eigentlich nur zustimmen. Tatsächlich gibt es kulturelle Aktivitäten in Rheinland-Pfalz überall in den unterschiedlichsten Formen. Aber: Vieles genügt sich selbst! Überregionale Aufmerksamkeit, besonders über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinaus, wird selten erreicht. Diese zwei Sätze lassen das Einschränkende des Wörtchens "eigentlich" greifbar werden.

Eine Begründung dafür lieferte der Kulturfinanzbericht, der für das Jahr 2000 zum ersten Mal vom Statistischen Bundesamt vorgelegt worden ist. Die Werte, die für Rheinland-Pfalz genannt wurden, stellen dem Land ein miserables Zeugnis aus.

Insgesamt 55,6 Prozent der öffentlich erbrachten Mitteln stammt von den Gemeinden, 44,4 Prozent vom Land. Die Ausgaben von Land und Kommunen zusammen umfassen mit 1,2 Prozent den niedrigsten Anteil am Gesamthaushalt aller Bundesländer und die geringsten Pro-Kopf-Ausgaben aller Bundesländer, nämlich 84 DM pro Person. Rheinland-Pfalz ist Schlusslicht bei Theater- und Musikausgaben, nicht wissenschaftlichen Bibliotheken, Museen, Sammlungen und Ausstellungen.

Der Vergleich über mehrere Jahre zeigt zudem: der Anteil der Gemeinden an den Ausgaben für die Kultur im Lande war früher deutlich höher - Anfang der 90er Jahre beispielsweise betrug er rund

65 Prozent. Das ist ein klarer Beweis für die Auswirkungen der kommunalfeindlichen Politik dieser Landesregierung. Sie hat zu den Kürzungen im Bereich der freiwilligen Leistungen bei den Kommunen geführt.

Speziell die Kultur wurde im Doppelhaushalt 2002/2003 des Landes erneut geschröpft. Denkmalpflege, Bibliotheken und Museen werden in Zukunft aus dem kommunalen Finanzausgleich finanziert. Das bedeutet weniger allgemeine Zuweisungen und weniger andere Zweckzuweisungen und damit letztendlich weniger Geld für die Kultur in den Gemeinden.

Unternehmer stiftet Otto-Dill-Museum

In Paris und in Wien, in Budapest und in den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen, in der Pfalz-galerie Kaiserslautern, dem Wilhelm-Hack-Museum in Ludwigshafen, dem Landesmuseum Mainz, der Kunsthalle Mannheim, der Städtischen Galerie in Nürnberg oder den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden finden sich Gemälde von Otto Dill (1884-1957). Eine Dauerausstellung seines umfangreichen Werkes fehlte bislang.

Seit März 2002 gibt es in des Künstlers Geburtsstadt Neustadt an der Weinstraße das Otto Dill-Museum. Die Lücke geschlossen hat der in Zülpich ansässige Unternehmer Manfred Vetter, der ebenfalls aus Neustadt an der Weinstraße stammt. Seine Dill-Sammlung ist mit derzeit 92 Ölgemälden, 59 Zeichnungen und Aqua-

rellen sowie Skizzenbüchern und einem Familienarchiv aus Fotos, Briefen, Postkarten und Handzeichnungen die umfangreichste ihrer Art.

Otto Dills umfangreiches Schaffen wurde bisher nicht vollständig erfasst, zumal etliche Werke im Krieg verloren gingen oder nach Amerika verkauft wurden. Das von Manfred Vetter erstellte Werkverzeichnis mit 950 Positionen ist ein Anfang, es soll durch die Forschungsarbeit des Museums mit dem Aufbau eines Dill-Archivs fortgesetzt werden.

Getragen wird das Otto Dill-Museum von der "Manfred Vetter-Stiftung für Kunst und Kultur", die der Unternehmer im Frühjahr 2001 mit einem Kapital von über 510 000 Euro gegründet hat und der er seine auf 1,34 Millionen Euro geschätzte Sammlung überantwortet hat. Der Museumsbau hat rund 870 000 Euro gekostet, noch einmal über 100 000 Euro mussten für die Ausstattung mit Vitrinen und Beleuchtung aufgebracht werden. Die Räume werden dem Museum von der Stiftung kostenlos zur Verfügung gestellt. Auch die laufenden Kosten werden weitgehend von ihr übernommen – die Stadt Neustadt an der Weinstraße wird das Museum mit maximal 15 000 Euro jährlich unterstützen. Betreut wird die Ausstellung mit ehrenamtlichen und bezahlten Kräften. Über seine Stiftung unterstützt Mäzen Manfred Vetter neben dem Museum auch Konzerte in der Remise seines Zülpicher Wasserschlosses sowie den Denkmalschutz, dem Vetter auch bei seinen zahlreichen Renovierungsprojekten historischer

Bauten in Neustadt an der Weinstraße besonders verpflichtet ist.

Manfred Vetter, der als junger Mann aus der Pfalz ins Rheinland zog, entschloss sich zu diesem starken privaten Engagement, um sein Lieblingsprojekt in weit gehender Unabhängigkeit von der öffentlichen Hand realisieren zu können. Vetter wollte auf jeden Fall verhindern, dass die Sammlung vielleicht einmal zerschlagen würde. Die ersten fünf Dills, die er aus seinem Elternhaus mitnahm, hatte die Familie noch vom Maler selbst bekommen - als Entgelt für Schreinerarbeiten oder Möbellieferungen. Nachdem der Neustadter als Unternehmer im Rheinland Fuß gefasst hatte – seine Firma mit rund 80 Mitarbeitern hält zahlreiche Patente in Rettungs- und Umwelttechnik – baute Manfred Vetter diesen künstlerischen Grundstock aus.

*Information: Lutz Frisch, MdL,
Kulturpolitischer Sprecher
der CDU-Landtagsfraktion
Rheinland-Pfalz
Tel. (06131) 208-22 13*

Sachsen-Anhalt

Aus der Antwort der Landesregierung: Große Anfrage der Fraktion der CDU - Drs. 3/4793;

Zur Kulturpolitik des Landes Sachsen-Anhalt (Auszug)

I. Kulturpolitik

- Wie schätzt die Landesregierung die Zukunftsfähigkeit des Kulturföderalismus in der Bundesrepublik Deutschland ein?

Antwort

Die Kulturhoheit der Länder wird aus Artikel 30 Grundgesetz abgeleitet. Sie hat sich seit Bestehen der Bundesrepublik bewährt, hat zur Entfaltung kultureller Vielfalt beigetragen und ist eine Stütze des föderalen Staatsaufbaus. Die Landesregierung sieht im Kulturföderalismus ein geeignetes Instrument, auf die kulturelle Entwicklung zu reagieren und sie im Rahmen der geltenden Gesetze und unter Berücksichtigung der Kommunalhoheit fördernd zu begleiten.

Unabhängig davon ist auf die Regelungen im Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (Bundesgesetzblatt II S. 885) zu verweisen, mit denen der Bund seine Verpflichtung anerkannt hat, im Zuge des Einigungsprozesses für eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auch im kulturellen Bereich zu sorgen. Damit hat der Bund auch seine finanzielle Mitverantwortung für die Erhaltung

der kulturellen Substanz in den neuen Ländern ausdrücklich anerkannt und durch die verschiedenen Förderprogramme seit 1991 bis zum heutigen Zeitpunkt unteretzt. Die Landesregierung sieht in diesen Programmen keine Gefährdung des Kulturföderalismus.

- Wie und in welchen Abständen verschafft sich die Landesregierung einen Überblick über den Bestand und die Entwicklung der kulturellen Infrastruktur?

Antwort

Die Landesregierung wird fortlaufend im Zuge des Bewilligungsgeschehens und fachbereichsbezogen auch von den institutionell geförderten Fachverbänden über den Bestand und die Entwicklung der kulturellen Infrastruktur unterrichtet.

Regelmäßige statistische Erhebungen führt die Landesregierung nicht durch. Die Landesregierung nutzt die Erkenntnisse ihrer Fachbehörden und steht mit den Fachverbänden im Dialog, um sich zu den jeweiligen Fachthemen beraten zu lassen. In Einzelfällen wird für ausgewählte kulturelle Bereiche der jeweilige Bestand gesondert erhoben, um daraus Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung des Fachbereiches zu ziehen. Derzeit wird der Bestand soziokultureller Infrastruktur einschließlich der Kinder- und Jugendkultur in Sachsen-Anhalt durch die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V. (LKJ) im Rahmen eines Modellprojektes erhoben, um daraus Schlussfolgerungen für die längerfristige Strukturentwicklung

ziehen zu können. Erkenntnisse aus solchen Erhebungen sind für den Denkmalpflegebereich in das unter I.6 erwähnte "Memorandum", für den Museumsbereich und den Bibliotheksbereich in Entwicklungspläne eingeflossen.

Durch Mitwirkung in beratenden Gremien auch außerhalb der Landesregierung (z.B. Händelbeirat der Stadt Halle, Kuratorium Mitteldeutsche Barockmusik), durch Teilnahme als Gast an Vorstands- bzw. Präsidiumssitzungen, an Klausurtagungen der landesweit arbeitenden Fachverbände, durch Wettbewerbe und Projekte zur Präsentation ausgewählter Zielgruppen bzw. Kunst- oder Kulturbereiche verschafft sich die Landesregierung ebenfalls einen Überblick.

Darüber hinaus nutzt die Landesregierung die seit 1997 ein- bis zweimal jährlich stattfindenden Kulturkonferenzen, um sich einen themenspezifischen Überblick über den Bestand und die Entwicklung kultureller Infrastruktur zu verschaffen. Eine umfangreiche Bestandsanalyse wird die Landesregierung mit den Untersuchungen im Zusammenhang mit der Vorlage eines Landeskulturkonzeptes erhalten. Aber auch durch bisherige Gutachten in ausgewählten Einzelfällen (vgl. Antwort zu Frage I.6) und durch die bedarfsbezogene Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden erhält die Landesregierung einen Überblick.

Im Übrigen gelten die in der Antwort zur Großen Anfrage von 1997 (vgl. 1.7) gemachten Ausführungen weiterhin.

- Welche beratenden Gremien besitzt bzw. besaß die Landesregierung?...

- Welche Änderungen der Behördenstrukturen im Bereich der Kulturpolitik plant die Landesregierung aus welchen Gründen im Zuge einer möglichen Verwaltungsreform?

Daneben prüft die Landesregierung im Zuge der Verwaltungsreform die Möglichkeit einer Eingliederung der oberen Denkmalschutzbehörden, die bislang in den Regierungspräsidien angesiedelt sind, in die Denkmalfachämter. Desweiteren wird auch die Möglichkeit einer Zusammenlegung der Denkmalfachämter selbst (Landesamt für Denkmalpflege, Landesamt für Archäologie) geprüft. Die bisherigen Aufgaben der oberen Denkmalschutzbehörden sollen in diesem Zusammenhang bis auf die Vergabe von Fördermitteln, die Fachaufsicht und die Mitwirkung an kommunale Grenzen überschreitende Planungsvorhaben kommunalisiert werden.

Im Zuge der Verwaltungsreform ist auch eine Neustrukturierung der Fachstellen für öffentliche Bibliotheken vorgesehen (vgl. auch Frage XI.10).

- In welcher Form hat die Landesregierung in ihrer Kulturpolitik aktuellen gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen entsprochen?

Antwort

Davon ausgehend, dass Kunst und Kultur das Leben und Erle-

ben des Menschen bereichern und unverzichtbarer Bestandteil der Lebensgestaltung des Einzelnen sind, soll die Kulturpolitik der Landesregierung Rahmenbedingungen schaffen, unter denen sich kulturelle Kreativität, Initiative und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger möglichst gut entwickeln können. Dazu ist es für die Landesregierung unerlässlich, auf aktuelle gesellschaftliche und technische Entwicklungen sachgerecht zu reagieren. Die Kulturpolitik im engeren Sinne betreffend, sollen exemplarisch dafür folgende Beispiele genannt werden:

- Die Bedeutung der Medienkompetenz als einer Schlüsselqualifikation der Informationsgesellschaft ist in kürzester Zeit erheblich gewachsen. Dieser Tatsache wird in der Kulturpolitik durch die Landesregierung Rechnung getragen. Dabei darf Medienkompetenz nicht einseitig auf Beherrschung oder Verfügbarkeit neuer Medientechnik reduziert werden. Im Einzelnen wird auf die Antworten zum Fragenkomplex XIX. verwiesen.

- Mit den Aktionsprogrammen der Landesregierung "Gegen Rechts" soll der Orientierungslosigkeit insbesondere unter Jugendlichen entgegengewirkt werden. Im weiteren Sinne dient auch das Freiwillige Soziale Jahr in der Denkmalpflege bzw. in der Kultur sowie die besondere Aufmerksamkeit, die die Landesregierung der kulturellen Bildung im Schulbereich zukommen lässt, diesem Ziel. In diesem Zusammenhang wird auf die Beantwortung des Fragenkomplexes VI. verwiesen.

- Ein weiteres Beispiel für die Reaktionen seitens der Landesregierung auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen ist die Einführung des gender mainstreaming, um Chancengleichheit in allen Lebensbereichen – so auch im Bereich von Kunst und Kultur – herzustellen.

DIE WEITEREN FRAGEN UND ANTWORTEN BEZIEHEN SICH AUF DIE II. KULTURFINANZIERUNG, DIE III. PRIVATE FÖRDERUNG VON KUNST UND KULTUR (U.A. STIFTUNGSRECHT), IV. FÖRDERUNG VON KUNST UND KULTUR DURCH DIE KOMMUNEN, DEN BUND UND DIE EU, V. KOMMUNALE KULTURHOHEIT, VI. KULTURELLEN BILDUNG, DORT LIEGT EIN BESONDERER SCHWERPUNKT:

- Wie unterstützt die Landesregierung die musikalische und bildnerische Früherziehung von Kindern in den Kindertagesstätten?

Antwort

Über konzeptionelle Grundlagen und das Profil einer Tageseinrichtung entscheidet der Einrichtungsträger in eigener Verantwortung. Dies gilt auch für Angebote der musikalischen und bildnerischen Früherziehung. Das Landesjugendamt bietet entsprechend seinem Auftrag nach § 85 Abs. 2 Nr. 7 SGB VIII notwendige fachliche Beratung. Daneben tragen spezielle Fortbildungsangebote des Landesjugendamtes für die Mitarbeiter der öffentlichen und freien Jugendhilfe zur Weiterentwicklung der Fachkompetenz auch auf dem Gebiet der kulturellen Früherziehung bei.

- Welche Bedeutung haben der Musik- und der Kunsterziehungsunterricht für die allgemeine Entwicklung und Bildung von Kindern und Jugendlichen?

Antwort

Zur Umsetzung des Erziehung- und Bildungsauftrages der Schule nach § 1 des Schulgesetzes sind die Beiträge der Fächer Kunsterziehung und Musik von grundlegender Bedeutung, da beide Fächer elementar zur ästhetischen Bildung, der Bildung der Sinne, beitragen. Ästhetische Bildung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung. Im Rahmen der allgemeinen Bildung besteht der Beitrag der musisch-ästhetischen Fächer in Bezug auf eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung darin, dass Gefühle, Intuitionen, Phantasien und Kreativität als Bestandteile der "emotionalen" Intelligenz gefördert werden. Die Förderung der emotionalen Intelligenz korrespondiert mit der Forderung nach vernetztem Denken in einer zunehmend medial geprägten Welt.

- Welche Bedeutung misst die Landesregierung dem schulischen Musik- und dem Kunsterziehungsunterricht im Gesamtbild schulischen Unterrichtes bei?

Antwort

Den musischen Fächern wird eine große Bedeutung eingeräumt.

Gleichwohl sind der Landesregierung die Probleme bekannt, die sich zum Beispiel aus der Tatsache ergeben, dass es sich bei beiden Fächern in fast allen Schul-

jahrgangsstufen um sog. Einstundenfächer handelt. Mit der Einrichtung des Wahlpflichtkurses "Kultur und Künste" wird versucht, dem Bedürfnis nach vertieftem kulturell – künstlerischem Tätigsein Rechnung zu tragen.

Durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen will das Land die Situation der fachgerechten Unterrichtsversorgung verbessern. Auf einer Fachtagung zur "Ästhetischen Bildung in der Schule" im März 2001 wurde intensiv über die Probleme der musisch-ästhetischen Bildung in der Schule beraten.

- Welchen Anteil haben die Fächer Musik und Kunsterziehung an den Stundentafeln der einzelnen Klassenstufen der Schulformen?

Antwort

In der Grundschule stehen für den Stundentafelbestandteil "Musik/Kunsterziehung" in jedem Schuljahr 2–3 Wochenstunden zur Verfügung. Über die Inanspruchnahme der Bandbreite entscheidet die Schule in eigener Verantwortung....

In der Förderstufe sind für den Bereich Musik, Kunsterziehung und Werkunterricht neben der verbindlichen Durchführung von Projekten je Schuljahrgang 3 Wochenstunden vorgesehen. Bei Epochalunterricht ist zu sichern, dass die Stundenanteile der Einzelfächer insgesamt über beide Schuljahre annähernd gleich sind. Ergänzende Angebote bestehen

im Wahlpflichtbereich und im Rahmen wahlfreier Angebote ... In den Schuljahrgängen 7, 9 und 10 des Sekundarschulbildungsganges sind je Schuljahrgang 2, im 8. Schuljahrgang 3 Wochenstunden für Kunsterziehung und Musik vorgesehen. Weitere Angebote können im Wahlpflichtbereich und im wahlfreien Bereich vorgehalten werden...

Im 10. Schuljahrgang des Real- schulbildungsganges sind für Musik 2 und für Kunsterziehung eine Wochenstunde vorgegeben. Auch hier kann das Angebot im Wahlpflichtbereich ergänzt werden...

Im Gymnasium sind für Kunsterziehung und Musik je Schuljahrgang 7 bis 10 insgesamt jeweils 2 Wochenstunden vorgesehen. Im Wahlpflichtbereich I kann zusätzlich ab dem 7. Schuljahrgang das Angebot "Kultur und Künste" belegt werden; eine weitere Möglichkeit ergibt sich bei entsprechenden schulspezifischen Angeboten im Wahlpflichtbereich II...

In den berufsbildenden Schulen werden die Fächer Musik und Kunsterziehung im Fachgymnasium sowie in sozialpflegerischen Berufsfach- und Fachschulen erteilt. In der zweijährigen Berufsfachschule - Gestaltungstechnische Assistenz- erhalten die Schülerinnen und Schüler Unterricht im Fach Akt- und figurliches Zeichnen. Umfang und Anteil der Fächer an den Stundentafeln sind der nachfolgenden Aufstellung zu entnehmen.

Im Fachgymnasium gehören die Fächer Kunst und Musik in der Einführungs- und Qualifikations-

phase zum Wahlbereich. Die Fächer sind zweistündig. Eine Belegungsverpflichtung besteht nicht.

- *Wie beurteilt die Landesregierung die Ergebnisse der Schulversuche mit erweitertem Musikunterricht und beabsichtigt sie daraus Schlussfolgerungen für Sachsen-Anhalt zu ziehen?*

Antwort

Die Landesregierung hat die Ergebnisse der Schulversuche zur Kenntnis genommen, insbesondere auch die sog. BASTIAN-Studie, die bereits in die Vorbereitung der Fachtagung zur "Ästhetischen Bildung in der Schule" am 8. März 2001 eingeflossen ist. Die Landesregierung prüft zurzeit verschiedene Modelle zur Verbesserung des Musikunterrichts an den Schulen.

- *Wie hoch ist der Anteil der Fachlehrer am erteilten Unterricht, und was gedenkt die Landesregierung zur Senkung des fachfremd erteilten Unterrichts in diesen Fächern zu tun?*

Antwort

Der Anteil des erteilten Unterrichtes durch Lehrkräfte mit Lehrbefähigung in diesen Fächern am gesamt erteilten Unterricht in den Fächern Kunsterziehung und Musik stellt sich in den einzelnen Schulformen wie folgt dar:

An der Grundschule werden in

den Fächern Kunsterziehung und Musik etwa 80 v. H. der erteilten Unterrichtsstunden von Lehrkräften mit Lehrbefähigung in diesen Fächern abgedeckt.

An der Sekundarschule werden im Fach Kunsterziehung 60 v. H. und im Fach Musik etwa 80 v. H. der erteilten Stunden von Lehrkräften mit Lehrbefähigung in diesen Fächern erteilt.

An Gymnasien, Gesamtschulen, dem Schulverbund und den Schulen des Zweiten Bildungsweges unterrichten ca. 90 v. H. der Stunden im Fach Kunsterziehung Lehrkräfte mit Lehrbefähigung in diesen Fächern. Nahezu der gesamte Musikunterricht wird von Lehrkräften mit Lehrbefähigung in diesen Fächern unterrichtet.

An Sonderschulen erteilen sowohl im Fach Kunsterziehung als auch im Fach Musik ca. 60 v. H. der Stunden Lehrkräfte mit Lehrbefähigung in diesen Fächern.

An den allgemein bildenden Schulen des Landes insgesamt werden im Fach Kunsterziehung etwa 75 v. H. und im Fach Musik etwa 80 v. H. der Stunden von Lehrkräften mit Lehrbefähigung in diesen Fächern erteilt.

Für die Erteilung des vergleichsweise geringen Unterrichtsumfanges in den Fächern Kunst/Kunsterziehung sowie Musik in den berufsbildenden Schulen sind im Schuljahr 2000/2001 fünfzig Lehrkräfte mit z. T. geringem Stundenumfang zum Einsatz gekommen; davon besitzt gut die Hälfte eine Lehrbefähigung für die entsprechenden Fächer...

- *Wie gedenkt die Landesregierung die Träger der Musikschulen zu unterstützen, um vergleichbare Schülerzahlen wie in den alten Ländern zu erreichen?...*

- *Welche Formen der Begabtenförderung auf künstlerischem Gebiet gibt es in Sachsen-Anhalt und sieht die Landesregierung hier Handlungsbedarf?*

Antwort

In Auswertung des Abschlussberichtes der von der Kultusministerkonferenz eingesetzten Gemischten Kommission "Lehrerbildung" zu "Perspektiven der Lehrerbildung in Deutschland" hat das Kultusministerium im Frühjahr 2000 eine Fachtagung zur "Lehrerbildung in Sachsen-Anhalt" mit Experten der Lehrerausbildung sowie mit Vertretern von Verbänden und des parlamentarischen Raumes durchgeführt.

Hier wurden u.a. auch zur Verbesserung der Einsatzflexibilität und Mobilität von Lehrkräften erste Überlegungen zum schulform- bzw. schulstufenübergreifenden Zuschnitt der Lehrämter bzw. der entsprechenden Abschlüsse vorgestellt. Gleichzeitig hat die Kultusministerkonferenz Arbeitsgremien beauftragt, sich mit konkreten und aus dem Abschlussbericht ergebenden Fragestellungen zu beschäftigen, wie z. B. zur künftigen Struktur der Lehrerausbildung in Deutschland, Prüfung der Möglichkeiten der Einführung von Bachelor-/Masterstrukturen in der Lehrerausbildung und Entwicklung von länderübergreifenden Ausbildungsstandards. Parallel zu den Aktivitäten der Kul-

tusministerkonferenz hat auch der Wissenschaftsrat eine Arbeitsgruppe zur künftigen Struktur der Lehrerbildung eingesetzt, deren Berichtsentwurf im Wissenschaftsrat diskutiert wird. Es zeichnet sich ab, dass ein Meinungsbildungs- und Abstimmungsprozess zwischen der Kultusministerkonferenz und dem Wissenschaftsrat zu Fragen der Lehrerbildung notwendig wird.

Überlagert wird dieser bundesweite Prozess von dem Bericht bzw. den Empfehlungen der vom Kultusminister eingesetzten Arbeitsgruppe "Wissenschaftsstruktur" zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in Sachsen-Anhalt. Die in diesem Bericht gegebenen Empfehlungen zur Lehrerausbildung haben das Kultusministerium veranlasst, unter Einbeziehung der bundesweiten Diskussion schon recht bald einen Workshop mit Experten zur Struktur der Lehrerausbildung in Sachsen-Anhalt zu initiieren.

Hieraus werden sich Schlussfolgerungen zur künftigen Gestaltung der Lehrerausbildung in Sachsen-Anhalt ergeben. Diese werden auch die Fächer Kunsterziehung und Musik einbeziehen.

- Welchen Standpunkt nimmt die Landesregierung zur Frage der Errichtung einer Hochschule für Musik in Sachsen-Anhalt ein?

Antwort

Es ist derzeit nicht vorgesehen, eine Hochschule für Musik in Sachsen-Anhalt zu errichten.

ES FOLGEN: VII. EHRENAMT IN DER KULTUR, VIII. LAGE DER KÜNSTLER, IX. BILDENDE KUNST, X. LITERATUR, XI. BIBLIOTHEKEN, XII. MUSIK, XIII. THEATER, XIV. MUSEEN, XV. DENKMALPFLEGE, XVI. HEIMATPFLEGE, XVII. SOZIOKULTUR, XVIII. FILM, XIX. KULTUR UND INTERNET, XX.

Welche Körperschaften, Verbände, Organisationen und Personen wurden von der Landesregierung bei der Beantwortung dieser GroßenAnfrage beteiligt?

*Information: Reiner Schomburg, MdL, Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt/
Dr. Michael Lehmann,
Tel. (0391) 560-20 09*

KULTURPOLITIK IN DER PRESSE

Deutschland Allgemeine Trends

Was ist Kultur, was ist Kunst?

Wie flexibel die Kultur ist, belegt ein Hinweis im SPIEGEL 4/2002: "Eben noch waren es die Vagina-Monologe mit Iris Berben und Hannelore Elsner, jetzt sind es die Reden von Arafat, Bin Laden, Bush und Sharon, gesprochen von Schauspielerinnen wie Angela Winkler und Jutta Wachowiak. Klingt simpel, ist aber wahr: Vor dem 11. September wurde der Unterleib dramatisiert, nach dem 11. September wird der Überbau neu entdeckt."

Dazu gehört auch Mozart: "Während Donna Anna dem Bräutigam ihre Liebe versichert, greift Ottavio ihre Brüste, vergräbt seinen Kopf darein, sinkt vor ihr nieder, fummelt unter ihrem Rock ... Da fährt, im molto-allegro-Teil der Ouvertüre ein Auto auf einen leeren Platz vor einige hochragende Masten ... Der Fahrer steigt aus, verdrossen über ein paar hektische Handzeichen eines Mannes auf der Rückbank, hockt sich auf den Kühler und mault, dass er bei Tag und Nacht keine Ruhe habe ... Ein Typ mit dem Charme eines attraktiven Luden steigt aus, zieht sich die Hose hoch.

Derweil ist auch die offenbar nicht befriedigte Frau ausgestiegen und, ihr Becken an ihm reibend, fährt ihm mit ihren Händen lustvoll durch seine üppige Brust-

behaarung und jammert dann über den Verruchten, so dass ein großer kräftiger Mann mit einem Baseballschläger herbeikommt. Damit zerdeppert er erst einmal die Rückscheibe des Autos, bevor er den Unhold sieht und mit einem Schwert aufgeschlitzt wird. Wohin mit der Leiche? In den Kofferraum des Autos!", so die FAZ vom 19. Januar 2002 über die Don Giovanni-Inszenierung durch Calixto Bieitos an der Oper Hannover. Seine "Maskenball"-Inszenierung spielt ebenfalls im Bordell-Milieu.

Zu einem solchen Kulturverständnis passt, dass Hildesheims Oberstadtdirektor Konrad Deufel zwei Bilder der Künstlerin Elke Fech aus einer Ausstellung im Rathaus wegen religiöser Verunglimpfung (u.a. weiblicher Christus mit Brüsten am Kreuz) entfernen lassen musste: "Hier (gemeint das Rathaus) würde ich auch Bilder entfernen lassen, die die sich über Mohammed oder Buddha lustig machen" (WELT, 15.03.2002).

Da hilft auch nicht viel weiter, dass Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin das beste Outfit hat. Er trage, so die WELT vom 26. Januar 2002, seit Schröder auf Brioni verzichten musste, jedenfalls die besten Anzüge und schlägt damit Cerutti-Träger Joschka Fischer.

Denkmal

Jugendwettbewerb

Bei der letztjährigen Jahrestagung des Nationalkomitees für Denkmalschutz in Erfurt ging es vor allem um die Nachwuchswerbung, so jedenfalls ein Bericht der FAZ vom 24. November 2001. 5.000 Schülerinnen und Schüler haben an einem Jugendwettbewerb für die Denkmalpflege nach dem Vorbild "Jugend forscht" teilgenommen. Daher will der bisherige Präsident des Nationalkomitees und Sachsens Kulturminister Hans Joachim Meyer das Projekt "Jugendwettbewerb" "mit besonderem Nachdruck" an seinen Nachfolger Michael Vesper weitergeben. Wie das Nationalkomitee angesichts hoffnungsloser Überlastung allerdings diesen Wettbewerb fortsetzen könnte, bleibt offen.

Kulturökonomie

Der Kulturökonomie widmet sich die FAZ vom 24. November 2001, wobei der Begriff auch für einen Paradigmenwechsel der Entwicklungspolitik stehe. Dieser Paradigmenwechsel setzte in den 90er Jahren ein. Die Weltbank versuchte zunehmend, so die FAZ, wirtschaftliches Wachstum aus einem sozialen Kontext heraus auszulösen. "Eine der jüngsten Erkenntnisse dabei war, dass die Bewahrung des kulturellen Erbes nicht nur knappe Ressourcen verbraucht, sondern auch einen nachhaltigen Beitrag leisten kann, um die Armut zu bekämpfen und die Lebensbedingungen der Ärmsten zu verbessern." So wird allein das Sanierungsprojekt in der Altstadt von Fez zur Schaffung von 10.000 neuen Arbeitsplätzen beitragen.

Private Spenden

Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz hat seit ihrer Gründung 1985 mehr als 100 Millionen DM private Spenden eingesetzt, (FAZ, 26.11.2001).

Film

(s. auch *Filmförderung*, S. 32f.)

Bestes Kino-Jahr

2001 war das beste Kinojahr seit Menschengedenken. Mit plus 16,7 % gegenüber 2000 an Besuchern und einem Umsatzplus von 20 % erreichten die deutschen Kinos ein hervorragendes Ergebnis. Auch die Zahl der Besucher für deutsche Filme hat um 18,4 % zugenommen (WELT, 06.02.2002).

Berlinale

Zum Abschluss der Internationalen Berliner Filmfestspiele bemerkt die FAZ vom 16. Februar 2002 zum neuen Chef der Berlinale Dieter Kosslick: "Wo die Konkurrenz in Cannes vom Flair der Cote d'Azur und arrogant vorgetragenen nationalem Pomp und die in Venedig von der Kulisse und dem italienischen Improvisationstalent lebt, da hat Berlin, außer seiner neugewonnenen Größe, nicht viel Atmosphärisches zu bieten. Da ist der Tausendsassa Kosslick ein Glücksfall."

Literatur

Kritik

Natürlich kritisierten deutsche Künstler die Afghanistan-Politik. Dazu gehörten der Graphiker Klaus Staack, Alt-Juso Johanno Strasser, und auch der Verband Deutscher Schriftsteller in Berlin

und Brandenburg, die alle vor dem "Weg in die Barbarei" waren.

Lesefieber im Kanzleramt

Dafür wagt der Kanzler immer wieder neuen Anlauf auf die Kultur. Nachdem er schon am 11. November 2001 "seine Intellektuellen" versammelt hatte (leider herrschte darüber Schweigegebot, vgl. SZ, 14.11.2001, aber der Kanzler gab sich "klug, durchdacht"), lud Gerhard Schröder zum 23. Januar 2002 zu einer "Lesung im Bundeskanzleramt" ein, diesmal mit SPD-Veteran Günter Grass und Christa Wolf (FAZ, 23.01.2002).

Ein eher ironischen Bericht über dieses Treffen im Bundeskanzleramt in der WELT vom 25. Januar 2002: "Offenbar verfallen immer viele deutsche Schriftsteller, sobald sie mit den Mächtigen des Landes konfrontiert sind, in ein altes Rollenbild, das die Autoren im Zeitalter der Aufklärung sich zurecht gelegt hatten: die Rolle des Fürstenerziehers. Anders ist es wohl kaum zu erklären, dass sowohl Grass als auch Christa Wolf bei einer derart herausgehobenen Lesung auf abgelegene Nebenwerke zurückgriffen, die sich nicht durch ästhetische Qualitäten auszeichneten, sondern durch den Wunsch nach poetisch drapierter politischer Intervention. Ihnen ging es augenscheinlich nicht um Literatur sondern darum, ihren Fürsten, ihren Kanzler, zu belehren. Vor 250 Jahren, zu Zeiten Lessings, mag das eine sinnvolle Strategie eines Autors gewesen sein, aber heute? Wo jeder prominente Schriftsteller über alle Medien argumentierend am demokratischen Kampf der Meinung

teilnehmen kann? Heute brachte die gut gemeinte politische Absicht vor allem eines hervor: schlechte Literatur."

"Als Schneider husten musste, brachte ihm der Kanzler das Wasserglas. Das Publikum applaudierte gerührt. Vielleicht war es diese Szene, die dem Schriftsteller zu der Erkenntnis verhalf, dass die 68er Bewegung durchaus erfolgreich gewesen sei: So mit dem Kanzler zusammensitzen in herrschaftsfreiem Diskurs wäre früher undenkbar gewesen ..." So die FAZ vom 1. März 2002, über einen weiteren Leseabend mit Bundeskanzler Gerhard Schröder, diesmal mit den Autoren Peter Schneider und Hans-Christoph Buch. „Die Furcht Gerhard Schröders vor der Einsamkeit und Kälte der Macht im monumentalen Kanzlerbau am Spreebogen war unbegründet. Die Leute drängen dorthin. Alle wollen an des Kanzlers Tisch. Insbesondere die Intellektuellen. Die Staatsferne deutscher Dichter und Denker ist nur noch ein Klischee aus ferner Vergangenheit, ein Motiv, das gerade noch zu ein bisschen Koketterie taugt, nachdem man mit dem Kanzler Tomatensalat, Gulasch und Kartoffeln gegessen hat. Richtig viel Zeit genommen habe sich der Kanzler und auch nachdenklich sei er gewesen, wird hernach in der Zeitung berichtet. Die Intellektuellen pilgern nicht einzeln – wieder so ein Klischee – zum Kanzler; sondern generationsweise. ..." (DIE WELT, 12.03.2002).

Wen wundert's, dass Verteidigungsminister Scharping seinen Chef nachahmte: er lud Jochen

Missfeldt zur Lesung ins Verteidigungsministerium, und die SZ vom 16. März 2002 fand das "alles furchtbar peinlich": "Offensichtlich gibt es die Figur des geistreichen, gebildeten Soldaten nicht mehr."

Dennoch: Künstler unzufrieden mit Rot-Grün

Allerdings äußerten schon zwei Tage nach dem ersten Intellektuellen-Treffen die Umworbene ihren Misstrauen über Rot-Grün. Die WELT vom 13. November 2001: "Etwa 170 Autoren, Künstler, Kirchenvertreter, Gewerkschafter und SPD-Anhänger haben mit deutlichen Worten ihre Unzufriedenheit mit der rot-grünen Bundesregierung zum Ausdruck gebracht. Wo die ökonomischen Erfolgskriterien des globalisierten Kapitalismus zu den Leitwerten der Gesellschaft werden, droht ein, Totalitarismus neuer Art", heißt es in einer in Berlin veröffentlichten Erklärung: Zu den Unterzeichnern gehören Günter Grass, Walter Jens, Friedrich Schorlemmer, Peter Rühmkorf.

Zwei Tage nach dem Treffen von Bundeskanzler Schröder mit Intellektuellen warnten die Unterzeichner in dem von dem Grafiker Klaus Staeck und dem Publizisten Johano Strasser veröffentlichten Schreiben vor einem „Weg in die Barbarei“ durch eine „völlige Ökonomisierung der Gesellschaft.“

Museum

Rückgang...

Mehr als 5,1 Millionen Besucher registrierten die staatlichen bayrischen Schlösser und Residen-

zen in 2001. Das ist ein Rückgang um 4,8 %. Grund: Der 11. September 2001, mit dem der Strom amerikanischer und japanischer Touristen merklich dünner geworden ist (FAZ, 19.02.2002).

...und Zuwachs

Mit mehr als 2,9 Millionen Besuchern in den rd. 20 Häusern haben die staatlichen Museen in Berlin in 2001 einen neuen Besucherrekord erzielt. Mit 830.000 Besuchern steht das Pergamon-Museum an der Spitze (FAZ, 01.02.2002).

Beispielhafter Boom

Mit in Westfalen 8 und im Rheinland 6 Standorten, konnten die Industriemuseen Nordrhein-Westfalens ihre Besucherzahlen im vergangenen Jahr um 15 % auf 340.000 bzw. um 25 % auf 185.000 Besucher steigern (FAZ, 19.01.2002).

Schlesien in Görlitz

Im Dezember 2001 wurde ein bundesweit zentrales "Schlesisches Museum zu Görlitz" und damit das sechste zentrale Museum für die früheren Ost- und Siedlungsgebiete eröffnet (WELT, 17.12.2001).

Musik

Preise senken

Peter Caruso, Analyst der Beratungsfirma Merrell-Lynch, empfiehlt eine Senkung der Preise um 33 bis 45 % bei Tonträgern, wenn die angeschlagenen Tonträger-Konzerne endlich wieder mehr CDs verkaufen wollten. Denn die CD-Industrie steckt in einer ernstesten Krise, in Deutschland, dem weltweit drittgrößten Tonträger-Markt, wurden in 2001 bis zu 15 %

weniger CDs verkauft. "Uns brennt die Hose", so Gerd Gebhardt, Präsident des Bundesverbandes der phonographischen Industrie. Preisreduzierungen als Kaufstimulans lehnen er und die Deutschland-Chefs der mächtigen Musikkonzerne jedoch kategorisch ab. Ebenfalls in 2001 wurden erstmals mehr CD-Rohlinge mit Pop- und Rockmusik bespielt als reguläre CDs verkauft (SZ, 05.01.2002).

"Die Musik spielt woanders"

So titelte die FAZ vom 8. März 2002 einen Bericht über die Situation der deutschen Musikbranche, insbesondere der Instrumentenhersteller, die sich nur über den Absatzmarkt USA halten können. Die FAZ bringt diese Entwicklung v.a. damit zusammen, dass das Fach an den Schulen immer weiter geschwächt wird: "In den Schulen jedenfalls spielt die Musik nicht ... Musik hat in der Politik keine Lobby. Dabei hat die musikalische Nichtausbildung in der Schule Konsequenzen. Wo sollen sie denn herkommen, die künftigen Sänger, Spieler, Konzertbesucher, mithin alle, die diesen Markt am Leben halten?"

Sprache

Niedergang des Deutschen

In der WamS vom 28. Oktober 2001 beklagt der Tübinger Rhetorikprofessor Gerd Ueding den dramatischen Ansehensverlust der deutschen Sprache und Kultur im Ausland. Noch nie hätten Schriftsteller schludriger geschrieben und Politiker seichter und ungeschliffener geredet als heute. Schuld daran sei vor allem die

Schulausbildung, nicht mehr die Literatur sei das Übungsfeld, sondern die gesprochene Sprache (s. auch WELT, 29.10.2001).

Im Zusammenhang mit der von Ueding geäußerten Kritik am deutschen Umgang mit der eigenen Sprache wies Goethe-Instituts-Chef Hilmar Hoffmann darauf hin, dass Frankreich kein Vorbild für Deutschland sein könne, aber wir wären, so Hoffmann, gut beraten, zwei Anregungen von Ueding aufzugreifen: "Zum einen, indem wir der tatsächlich oft anzutreffenden ‚Anbiederungslust‘ im Ausland, etwa in den EU-Institutionen, energischer entgegenträten. Hinzu kommen sollte unermüdlicher Einsatz in Bildung und Öffentlichkeit für den bewussten Gebrauch unserer schönen Sprache – wenn gleich schlechtes Deutsch unserer Eliten, wie Ueding mutmaßt, nicht erst ein Phänomen der jüngsten Zeit ist – man lese nur einmal die bizarren Reden von Wilhelm II." (WamS, 11.11.2001).

Aber: Offenbar kein politisches Thema

Um die deutsche Sprache sorgt sich auch Rolf Hochhuth, der auf Frankreich verwies: "Aber einen Versuch, womöglich den letzten, muss unsere Generation doch machen, nach dem Vorbild der Französischen Akademie dagegen gesetzliche Maßnahmen zu fordern. Viele verlachen das als Überfremdungssängste. Ich kann's nicht komisch finden, weil mir nichts anderes einfällt, wie sonst die fortwährende Sprachverhunzung einzudämmen wäre." (zitiert nach konkret 3/2002).

Nur die Bundesregierung scheint

dem kein nationales Interesse beizumessen:

Im Frühjahr 2001 brachte die CDU/CSU eine Große Anfrage "Verbreitung, Förderung und Vermittlung der deutschen Sprache" ein. Die Regierungsantwort auf diese Anfrage liegt zwischenzeitlich vor und wurde am 24. Januar 2002 im Parlament erörtert (s. den Beitrag von Helmut Glück in der FAZ vom 24.01.2002: "Deutschland zerstört seine Muttersprache", dazu auch das Positionspapier der KAS "Offensive für eine Stärkung des Deutschunterrichts", www.kas.de).

Die Debatte selbst war allerdings, so die FAZ vom 26. Januar 2002, außerordentlich schwach besetzt, und dabei muss es offenbar zu einigen Stilblüten gekommen sein. Jedenfalls stellte Kulturstatsminister Nida-Rümelin fest, er habe das Deutsche nicht als tot bezeichnet und als Präsident der Gesellschaft für analytische Philosophie auf der Zweisprachigkeit von Kongressen in Deutschland insistiert. Das ist ebenso beruhigend wie die Feststellung des Regierungspapiers: "Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die deutsche Sprache im Inland weiterhin akzeptiert wird."

Theater

Reformstau

Mit der Folge "Die Stadttheater" eröffnete unter der Überschrift "Reformstau an deutschen Bühnen" die WamS vom 25. November 2001 eine Serie über die klassische Kultur. Wie kann sie gerettet werden, lautete die Leitfrage

von Axel Brüggemann. Zwarspielen allein in der Bundesrepublik 145 Staats-, Landes- und Stadttheater, subventioniert mit 4,5 Milliarden DM, 64.000 Veranstaltungen vor jährlich 2,7 Millionen Besuchern. Aber in den letzten 5 Jahren wurden allein 6.000 von 40.000 Stellen an deutschen Bühnen gestrichen, die Etats auf ein Minimum geschrumpft, ganze Häuser abgeschafft, fusioniert oder als GmbH geführt. Die Krux: "Zu verwoben ist das Theater auf allen organisatorischen Ebenen mit dem städtischen und staatlichen Finanz- und Bürokratiennetzwerk ... Tarifgesetze und Künstlersteuern für Ausländer können ohne Etaterhöhung nicht gedeckt werden." Allerdings hat die Umwandlung der Häuser in GmbHs oder Eigenbetriebe, die Ausdünnung einzelner Sparten bislang weder die gewünschten Sparerfolge noch die so wichtige organisatorische Autonomie der Bühnen gebracht. Ein Lösungsweg, so Brüggemann, zeige die Stuttgarter Oper. Sie gönnt sich den Luxus von ganz wenigen Premieren, leistet sich dafür eine große dramaturgische Abteilung und füllt das Haus regelmäßig mit spektakulären Innovationen.

Kulturpolitik im Bund

Am 1. März 2002 wurde das neue Urhebervertragsrecht im Bundesrat verabschiedet.

Damit fand eine intensive kulturpolitische Auseinandersetzung ein Ende, die uns seit Sommer letzten Jahres immer wieder beschäftigte. Es hat wenig Sinn, das Hickhack, Modifikationen und Zeitpläne nachzuzeichnen, daher nur das Resultat im Rückblick:

Die SZ vom 24. Januar 2002 kommt zu dem Schluss: "In welchem Maße das neue Gesetz die Urheber besser zu stellen hilft, bleibt abzuwarten. Eines aber kann als sicher gelten: Für die Übersetzer ist das Gesetz kein großer Wurf. Das Äußerste, worauf sie in Zukunft hoffen dürfen, ist eine – minimal – laufende Beteiligung in den seltenen Fällen, in denen sich das von ihnen übersetzte Werk zum Bestseller mauert."

Die SZ vom 26. Januar 2002 bemerkte: "(Antje Vollmer) dankte der Ministerin für die Heiterkeit einer erfahrenen Politikerin", die allein es ermöglicht habe, das neue Urhebervertragsrecht durchzusetzen. "So kann man es nennen. Und tatsächlich, da hat das Weltkind Vollmer schon Recht, bedarf es einer unverwüstlichen Heiterkeit, über ein Jahr mit immer neuen Gesetzentwürfen die Öffentlichkeit zu überraschen und auch nach der Intervention des Kanzlers in letzter Minute sich gleichwohl noch als Siegerin zu fühlen."

Die FAZ vom 25. Januar 2002 kam zu dem Schluss: "Auf die ohnehin überbeschäftigte Justiz kommt eine Prozesslawine zu. Die Urheber dieses Gesetzes aber scheint das nicht zu schrecken."

Schließlich die FAZ vom 28. Januar 2002: sie rechnet für die im neuen Gesetz verwandten Begriffe "redlich" und "branchenüblich" bezogen auf die Honorierung und Verwertung mit weiteren Konflikten: "Die massive Ablehnung, mit der die Verwerter das Reformvorhaben begleitet haben, richtet sich vor allem gegen die Vorstellung einheitlicher Regelungen, die verlagsübergreifend gelten sollen ..."

Ein weiterer Konflikt zeichnet sich ab; denn im Bereich der literarischen Übersetzer werden es die Vertreter der Urheber nicht bei der jetzigen Lage belassen wollen, sondern ihrer Klientel dort, wo es nicht schon der Fall ist, den Status von Autoren verschaffen ...

So sehr das Reformvorhaben auch verbessert wurde, so wenig präzise einige Bestimmungen auch sein mögen – eines jedenfalls wird das neue Gesetz in jedem Fall bewirken: Es zwingt beide Seiten, wenn nicht schon zur Einigung, so doch jedenfalls an einen Tisch, und dies mit der klaren Vorgabe, worüber verhandelt werden muss. Dass beide Seiten Bereitschaft zum Konsens zeigen, ist nicht unwahrscheinlich. Schließlich steht ja noch eine Drohung aus dem Justizministerium im Raum: Wenn

sie die Erwartung an das Schlichtungsverfahren nicht erfüllen, müsse der Gesetzgeber eben noch einmal aktiv werden."

In einem offenen Brief hatten zahlreiche Verlage noch am 23. Januar 2002 gegen die §§ 32, 32 und 132 wegen entzogener Rechtssicherheit öffentlich protestiert (Anzeige SZ, 23.01.2002). Auf Intervention von Bundeskanzler Schröder, so der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, sollen die letzten Änderungen des Urhebervertragsrechts, jetzt im Sinne der Verleger formuliert worden sein, so die WELT vom 24. Januar 2002. Am Dienstag, den 22. Januar 2002, hatte die CDU/CSU-Fraktion im entsprechenden Bundestagsausschuss noch die Absetzung der Beschlussfassung beantragt.

Dazu der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Norbert Lammert, MdB: "Der im Verfahren unzumutbare und in seinen wechselnden Textfassungen schludrige Gesetzentwurf wird nicht nur den Anliegen der Verwerter nicht gerecht, sondern auch nicht denen der Urheber." (SZ, 23.01.2002).

Bundeskulturstiftung

"Klare Fakten"

In einer ersten Zwischenbilanz zum Thema "Bundeskulturstiftung" resümiert die FAZ vom 8. März 2002: "Als Alleingang des Bundes konzipiert, wird die BKS

doch ohne den guten Willen der Länder auf Dauer keine Blüten zeigen. Vorsorglich verbreitet der Bundesbeauftragte für die Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Staatsminister Julian Nida-Rümelin, derzeit ein Strategiepapier mit dem Titel 'Die kulturelle Dimension des Nationalstaates', in dem er sich über die kulturpolitische Rolle des Bundes und dessen nationale Verantwortung für die Kultur Gedanken macht. Diese müsse 'kraftvoll und entschieden' wahrgenommen werden, rasselt es da selbstbewusst mit Paragraphenketten, um dann doch mitzuteilen, Systematisierung der Zuständigkeiten bedeute nicht, dass sich 'Kooperation und Verantwortungsteilung' ausschließen müssten – auch wenn, wie Nida-Rümelin einräumt, durchaus ein fundamentaler Dissens mit einigen Staatskanzleien bestehe."

Die Sache hat sich deswegen weiter verkompliziert, weil diese Debatte sich mit einer anderen, verknüpfte, der um "Entflechtung" von Bund- und Länderkompetenzen, die im vergangenen Jahr neu eingeläutet wurde: Ende Oktober 2001 wurde durch die Ministerpräsidentenkonferenz der Länder die Entscheidung über die von Kulturstaatsminister Nida-Rümelin geplante Bundeskulturstiftung vertagt. Die Konferenz entschied, darüber mit dem Bund zu verhandeln. Ihr Vorsitzender, der saarländische Ministerpräsident Peter Müller, sagte, in dem ergebnisoffenen Gespräch mit dem Bund müsse auch die Diskussion um die Fortführung der bestehenden Kulturstiftung der Länder und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz einbezogen

werden ("Entflechtung"). Ergebnisse, so Müller, sollten bis Ende März 2002 vorliegen. Der mecklenburg-vorpommersche Regierungschef, Harald Ringsdorff, warnte die Bundesregierung davor, vollendete Tatsachen zu schaffen, dies würde "jeglichen Verhandlungen die Grundlage entziehen." Dazu der Kommentar von Heinrich Wefing in der FAZ vom 25. Oktober 2001: der Beschluss sei "ein ziemlich unfreundlicher Akt... Soll die Stiftungsgründung nicht in den Pulverdampf des Wahlkampfes geraten und sollen die Mittel nicht verfallen, die der Bundestag für die Kulturförderung bereits zusätzlich locker gemacht hat, da muss jetzt rasch eine Einigung her. Dass die Länder des Staatsministers Hand ausgeschlagen haben, ist also recht betrachtet ein kaum verhüllter Affront. Und dass die Ministerpräsidenten sich großzügig ein halbes Jahr für die weiteren Gespräche genehmigt haben, statt aufs Tempo zu drücken, erfüllt beinahe schon den Tatbestand der Bösartigkeit. In der Sache gibt es kaum mehr etwas zu bereden, allenfalls bürokratische Petitionen, wie die Sitzverteilung in den Gremien der geplanten Stiftung."

Dass sie den Föderalismus nicht bedrohe, meinte auch die Süddeutsche Zeitung vom 26.10.2001. Nida-Rümelin sei den Ländern weit entgegengekommen, so weit, dass die Idee einer Bundeskulturstiftung nahezu an Glanz verlor ... aber: Es werde doch vor der kommenden Bundestagswahl eine Einigung geben, denn: "Wer kaum ein Theater ungeschoren lassen kann, ist der Zentralgewalt

Kulturhoheit hin oder her für jeden Pfennig dankbar. Die Globalplayer unter den Bundesländern wie Bayern und Nordrhein-Westfalen täten gut daran, eine vernünftige Neuordnung der gesamten Kulturförderung zu verlangen, statt eine Kulturhoheit zu verteidigen, die hauptsächlich eine Funktion ihres Reichtums ist."

Im November 2002 traf die geplante Bundeskulturstiftung im Haushaltsausschuss des Bundestages zunächst auf Schwierigkeiten. Die FAZ vom 9.11.2001 rechnet die Verzögerung dem üblichen Haushaltspoker zu. Der Obmann der CDU-Fraktion im Haushaltsausschuss, Steffen Kampeter, betrachtete die Verzögerung als Beleg dafür, dass die Nationalstiftung noch nicht "etatreif" sei.

Zwischenrunde: Dezember 2001

"Wenn die Bundeskulturstiftung gegründet wird, dann akzeptieren die Länder das." So der saarländische Ministerpräsident Peter Müller aus Anlass des Gespräches der Ministerpräsidenten beim Bundeskanzler am 20. Dezember 2001 über die Bundeskulturstiftung. Ergebnis des Gespräches war, dass Länder bei der bevorstehenden Gründung nicht von der Partie sein werden und das Kompetenzgerangel in eine weitere Runde gehen kann. Nida-Rümelin will daher die Stiftung mit Sitz in Halle von sich aus auf den Weg bringen, weil sie sich auf die Kompetenzen des Bundes beschränken werde, so jedenfalls Bundeskanzler Gerhard Schröder. In den Ländern sollen weite-

re Gespräche darüber geführt werden, wie sie sich daran beteiligen könnten (FR, 22.12.2001). Die FAZ vom 22. Dezember 2001 bemerkt dazu: "Die Auguren haben Recht behalten. Zwar haben die Ministerpräsidenten noch kurz vor Jahresschluss die Gründung einer Bundeskulturstiftung bewilligt, bei näherem Hinsehen ist jedoch das Resultat ihrer Debatte im Bundeskanzleramt nicht anders als halbherzig und vage zu nennen ... Wer Ohren hatte zu hören, vermochte aus dem stereotyp wiederholten Bekenntnis des Bundeskanzlers zur ‚Stärkung föderaler Strukturen‘ schon die Restriktionen herausfiltern, die dem Bundeskulturbeauftragten auferlegt würden." Die Konzentration auf die "Leuchttürme" des Bundes deutet auf besondere Konzentration am Regierungssitz, also in Berlin, und in Bonn. Lt. Information der FAZ wird in der Behörde Nida-Rümelins an Plänen für eine Fusion der drei Berliner "Leuchttürme" gearbeitet, die Berliner Festspiele, das Haus der Kulturen der Welt und der Martin-Gropius-Bau, der ihm dann erlauben würde "den Wissens- und Event-Pool gemeinsam mit dem Goethe-Institut konstruktiv für die auswärtige Kulturpolitik zu nutzen". Die FAZ kommt zu dem Schluss: "Nida-Rümelin muss sich jetzt fragen, warum es ihm nicht gelang, sein Stiftungsprogramm plausibel zu machen."

Auch die WELT vom 22.12.2001 konstatiert einen "völlig anderen Klang": "Zur Unterstützung der auswärtigen Kulturpolitik soll sie da sein, sich für Erinnerungs- und Vertriebenenkultur einsetzen und die Hauptstadt-Kulturförde-

rung unterstützen". Die WELT bedauert, dass nicht mehr heraus gekommen ist; denn "die ausschließliche Kulturhoheit der Länder erweist sich wieder einmal als Fetisch, der die Kulturpolitik unnötig kompliziert, schwerfällig, verwaltungs- und damit kostenintensiv macht."

Besser wäre es jedenfalls gewesen, so der nordrhein-westfälische Kulturminister Michael Vesper (Grüne), eine gemeinsame Stiftung zu gründen, anstatt Doppelstrukturen aufzubauen. Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates Olaf Zimmermann bewertete die von den Ländern geforderte Entflechtungsdebatte in Wirklichkeit als Debatte um die Zukunft des Föderalismus. Diese sei zwar notwendig, dürfe aber nicht an die Beteiligung der Länder an der Bundeskulturstiftung geknüpft sein.

FDP-Generalsekretärin Cornelia Pieper bedauerte, dass "die Chance zu einem großen Wurf einer gemeinsamen Kulturstiftung von Bund und Ländern durch die zu große Eile und Taktierereien des Kulturstaatsministers verspielt worden ist".

Am Tag zuvor hatte die FAZ unter der Überschrift "Nida-Rümelins Christmette" darauf hingewiesen, dass die im Bundeshaushalt für die Kulturstiftung bereits eingestellten Mittel 25 Millionen 2002, 50 Millionen 2003, 75 Millionen 2004 zu verfallen drohten, wenn nicht bald eine Einigung erzielt würde: "Die Ministerpräsidenten, die heute mit dem Kanzler beraten, sollen nicht zuletzt deshalb getrost ihren Entflech-

tungsfundamentalismus zurückstellen und einer gemeinsamen Kulturstiftung von Ländern und Bund ihre Segen erteilen. Nur so können sie auch auf den inhaltlichen Zuschnitt der kommenden Stiftung Einfluss nehmen und Nida-Rümelin seine halbgaren Flausen austreiben."

In der gleichen Ausgabe formulierte Bayerns Kulturminister Hans Zehetmair einen energischen Angriff auf die Kulturpolitik des Bundes. Der Bund suche sich kulturelle Objekte heraus, denen er "nationale Bedeutung" beimisst und überlasse den Rest, die "Regionalliga", den Ländern und konstatiert, nicht die Kulturstiftung sei das Kulturthema des Jahres, es sei vielmehr eines, das zu den "kulturellen Spendierhosen" des Kollegen Nida-Rümelin in merkwürdigem Kontrast stehe, aber erkläre, woher das Geld für die Bundeskulturstiftung kommen wird: Im Jahre 2001 kürzt der Bund bei den deutschen Auslandsschulen 30 Millionen Mark gegenüber 1998. Bis zum Jahre 2003 wird der Bund um weitere 16 Millionen auf 330 Millionen kürzen.

"Versuchen Sie sich", so Zehetmair, "vorzustellen, was geschehen würde, wenn irgendein Bundesland die Ausgaben für seine Schulen um ca. 15 % kürzen würde. Ich glaube nicht, dass eine Regierung in Deutschland gibt, die dies politisch durchstehen würde." Auch bei den Goethe-Instituten, dem zweiten Standbein der auswärtigen Kulturpolitik, sehe die Sache nicht besser aus. Das bis zum Jahre 2003 zu erbringende Sparvolumen beläuft sich auf 27,41 Millionen DM oder 11,6 %.

Ab 1989 wurden insgesamt 38 Institute geschlossen und 19 eröffnet. Daher lasse sich für den Bereich der auswärtigen Kulturpolitik, für den der Bund zweifelsohne zuständig ist, nur feststellen: "der Bund kommt seiner Aufgabe nur noch eingeschränkt nach."

Fazit des bayerischen Kulturministers: "Die Kulturförderung der Länder mag da und dort Wünsche offen lassen, sie funktioniert aber im Großen und Ganzen recht ordentlich, wenn man einmal vom ‚Sonderfall Berlin‘ absieht, der ja kein spezielles Landesproblem ist.

Gleichzeitig hat sich der Bund dort, wo er zuständig ist, in skandalöser Weise aus der Verantwortung gestohlen. Da die Bundesregierung offenbar nicht mehr in der Lage ist, ihre Aufgaben auf dem Kultursektor wahrzunehmen, sollten die Länder darüber nachdenken, wie sie ausgleichend tätig werden könnten."

Uwe Wittstock in der WELT vom 20.12.2001: "Man kann dies drehen und wenden wie man will, ein Ruhmesblatt des Kulturföderalismus wird aus dem allem nicht mehr werden. Vielleicht sind die 16 Ministerpräsidenten, 16 Landeskulturminister und ein Kulturstaatsminister einfach mehr als die deutsche Kultur vertragen kann."

Kulturstaatsminister Nida-Rümelin will seine Stiftung endlich gründen, obwohl einzelne Länder im Falle eines solchen Alleinganges mit Verfassungsklage gedroht haben (WELT, 23.11.2001) und warnte zugleich mehrfach vor einer "Kettenreaktion", bei einem möglichen Ausstieg der Länder

aus der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Denn dann müssten zahlreiche andere Finanzierungen von Kultureinrichtungen auf den Prüfstand gestellt werden (WELT, 27.02.2002). Das jetzige Finanzierungsabkommen gilt nur noch bis Ende 2005 und kann erstmals Ende 2003 gekündigt werden.

Jetzt ist sie da!

Am 23. Januar 2002 hat das Bundeskabinett der Gründung einer Bundeskulturstiftung zugestimmt: Am 21. März 2002 hat sich der Stiftungsrat (Mitglied u.a. Norbert Lammert, MdB) in Halle konstituiert. Im laufenden Haushaltsjahr soll die Stiftung über Fördermittel in Höhe von 12,8 Millionen Euro verfügen, 2003 sollen die Mittel auf 25,6 Millionen und in 2004 auf 38,3 Millionen Euro aufgestockt werden. Das Ziel, innovative und zeitgenössische Kunst zu fördern, wurde vom Kabinett gebilligt. Die Gründung einer mit den Ländern gemeinsamen Nationalstiftung bleibt weiterhin ungewiss. (FAZ, 24.01.2002). Die FAZ vom 24. Januar 2002 nahm die bis heute unbeantwortete Frage nach dem Sinn einer solchen Stiftung erneut auf und kam zu dem Schluss: "Jetzt hat Nida-Rümelin seine Stiftung, und ob mehr daraus wird als eine weitere willkommene Geldquelle, auf die sich Künstler und Ausstellungsmacher naturgemäß begierig stürzen werden, bleibt abzuwarten. ... Ob damit im Gegenzug wirklich jene Entflechtung vorangetrieben wird, auf die man sich im Kompetenzgerangel von Bund und Ländern derzeit so viel Hoffnung macht, steht dahin. Die Länderkompetenzen anzuta-

sten, darauf wird sich der Bundeskanzler nicht einlassen wollen ..." Der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Norbert Lammert warnte davor, die "Stiftung zum Vorwand für andere Kampfzonen" zwischen Bund und Ländern zu machen und eine Grundsatzdebatte zu beginnen, "deren Verlierer bedeutende Kultureinrichtungen außerhalb Berlins werden könnten" (FAZ, 12.03.2002).

Alles klar?

"Priorität hat dabei ein Verständnis von Vermittlung, das nicht nur "interdisziplinär die Zusammenarbeit zweier oder mehrerer zuvor getrennter Bereiche ermöglicht, sondern auch das Selbstverständnis und die festgefügt Grenzen jener Bereiche selbst in Frage stellt, und auf ein transdisziplinäres hinüberschreitet, um auf diese Weise völlig neue Formen zu entwickeln: 'Heterotopien' zu schaffen, die Perspektive für neue Kontexte zu öffnen und bereits vorhandene operationalisierbar zu machen", so Hortensia Völckers, die vorgesehene "Künstlerische Leiterin" der Nida-Rümelinschen Nationalstiftung (zur Person FAZ, 12.03.2002). Soweit alles klar?" Auf das Grußwort vom Günter Grass darf man daher gespannt sein (s. S. 62).

Abschließend noch einmal die FAZ: "Um sich so richtig darüber freuen zu können, dass er weder ein Stiftungsvermögen hat noch irgendwelche verbindliche Zusagen für künftige Wohltaten aus dem Bundeshaushalt, nennt er eine Summe von 38,3 Millionen

Euro, die für das Jahr 2004 angeblich zur Verfügung steht. Das kann natürlich nicht stimmen, weil der Haushalt für 2004 noch nicht verhandelt, geschweige denn beschlossen ist. Dennoch, so versichert er unverdrossen, entspreche die finanzielle Ausstattung dem Ertrag eines Stiftungsvermögens von über 750 Millionen Euro." Das Ganze weise Nida-Rümelin als Anhänger der epikureischen Schule aus. "Epikureer sind Menschen, die das Dasein um jeden Preis genießen wollen." (FAZ, 02.02.2002).

Der Deutsche Kulturrat, warnte hingegen "tief besorgt" über die "emotional geführte" Diskussion vor dem immensen Schaden der aktuellen Entflechtungsdebatte für die Kultur (WELT, 15.03.2002).

Holocaust-Mahnmal

Leichte Irritation

Wie am 22. Januar 2002 FAZ und WELT berichten, erwog Architekt Peter Eisenman, die 2.700 Stelen nicht in dunkelgrauem Beton sondern in einer hellgrauen Schieferausführung zu lassen. Über die Beweggründe des Architekten ist nichts bekannt.

Am 23. Januar 2002 meldet die FAZ, Eisenman habe seinen Naturstein-Vorschlag zurückgezogen.

Finanzierung/Sponsoring allgemein

Mehr Geld für Kultur

Im Bundeshaushalt steigt der Kulturhaushalt im Vergleich zu 2001 um 3,06 % auf 1,9 Milliarden DM. 581,9 Millionen werden an die Deutsche Welle gehen, 336,4 Millionen an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, 186 Millionen an Berlin als Beitrag zu Finanzierung der sog. Hauptstadtkultur. Die geplante Bundeskulturstiftung wird in 2002 vom Bund 25 und 2004 75 Millionen erhalten. Dafür wird an anderer Stelle kräftig gekürzt. (s. S. 4).

Buchpreisbindung

Im November 2001 kündigte Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin an, dass in wenigen Monaten die Buchpreisbindung in Deutschland gerettet sein werde. Ein Abschaffung der Preisbindung sei ein "immenser kultureller Verlust für Deutschland". Man habe sich auf eine gesetzliche Regelung mit dem Wirtschaftsministerium verständigt. Außerdem sprach sich der Minister ausdrücklich für eine Neuordnung der Steuersätze für vorübergehend in Deutschland tätige ausländische Künstler aus. Das 1996 beschlossene Gesetz habe dazu geführt, dass der Kulturaustausch um ein Drittel zurückgegangen sei und "wir uns international blamieren" (FAZ, 28.11.2001).

Der Börsenverein des deutschen Buchhandels erwartet, dass

das geplante Gesetz über die Buchpreisbindung in Deutschland noch vor der Sommerpause 2002 vom Parlament verabschiedet werden kann. Man gehe davon aus, dass der Gesetzentwurf noch vor Ostern in den Bundestag eingebracht und dann im Oktober in Kraft tritt (WELT, 02.02.2002).

Filmförderung

Eine Reform der Deutschen Filmförderung forderten SPD und Grüne in einem im Oktober 2001 im Bundestag eingebrachten Antrag. Dabei sollen die unabhängigen deutschen Filmproduzenten gestärkt und der deutsche Film primär als Kulturgut gefördert werden. (FR, 27.10.2001); s. auch die Beiträge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion o. S. 5).

Für eine Verstärkung der Referenzfilmförderung hat sich Kulturstaatsminister Nida-Rümelin im Gespräch mit Berlinale-Chef Dieter Kosslick lt. FAZ vom 31. Januar 2002 ausgesprochen: "Es ginge natürlich zu Lasten derjenigen, die mehrfach hintereinander mit ihrem Projekt nicht erfolgreich waren. Deshalb möchte ich den Umfang der Projektförderung des Bundes insgesamt auch nicht absenken. Dennoch bleibt die gute französische Erfahrung, mit mehr Eigenverantwortung der Produzenten – dort ist das Verhältnis Referenzfilmförderung/Projektfilmförderung 80 : 20. Hier ist es genau umgekehrt."

Anlässlich der Berlinale im Februar 2002 bilanziert die FAZ vom 10. Februar 2002 die Situation des deutschen Films und kommt zu folgendem Resümee: Hollywood beherrscht Deutschland: "In Europa stellen sich nur die Franzosen erfolgreich gegen die Übermacht mit einem Machtanteil inländischer Kinofilme bei fast 30 %. In Deutschland waren es 2001 gerade 18,4 %. Als internationale Koproduktion entstehen in Deutschland pro Jahr 80 Kinofilme, in Frankreich doppelt so viele. In Deutschland ist kaum ein Film, der teurer als 10 Millionen Dollar ist, refinanzierbar. Im kleineren Frankreich dagegen können auch Budgets von 20 bis 30 Millionen wieder eingespielt werden." Hinzu käme die massive Unterstützung durch den Staat. Subventionen sind mit jährlich 600 Millionen DM dreimal so hoch wie in Deutschland. Die Sender müssen eine bestimmte Mindestquote inländischer Filme ausstrahlen. Wenn die Fernsehsender in Deutschland nicht Geld in Spielfilme investierten, käme die Branche in Deutschland auf keinen grünen Zweig. Die Sender überweisen für die Filmförderung auf Bundesebene jedes Jahr zusammen 11 Millionen DM, soviel etwa wie ARD und ZDF für ein einziges Spiel der nächsten Fußballweltmeisterschaft ausgeben.

In 2002 wird die Filmförderungsanstalt in Berlin 21,6 Millionen Euro, 3,7 Millionen mehr als 2001, vergeben (WELT, 14.03.02).

Stiftungsrecht/2. Akt

Die Gründung von Stiftungen soll noch vor der Bundestagswahl

2002 erneut erleichtert werden. Im Februar 2002 legte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vor, der nur noch vorsieht, dass ein Stifter in der Satzung Namen, Sitz und Zweck der Stiftung festlegen, Regelungen mit dem Umgang des Stiftungsvermögen treffen und einen Vorstand bestimmen muss. Dabei ist jeder Zweck zulässig, solange er das Gemeinwohl nicht gefährdet.

Nach Einführung der ersten Novellierung des Stiftungsgesetzes vom Juli 2000 soll sich die Stiftungsfreudigkeit der Bürger bereits vergrößert haben. So sei die Zahl der neuen Stiftungen von 505 im Jahre 1998, auf 681 in 2000 und auf etwa 1.000 im Jahre 2002 angestiegen. Insgesamt wird damit die Grenze von 10.000 Stiftungen überschritten.

Im Bürgerlichen Gesetzbuch wird bundeseinheitlich erstmals ein verbrieft Rechtsanspruch des Stifters verankert, dass die von ihm geplante Einrichtung von der zuständigen Behörde anerkannt (nicht mehr genehmigt) wird, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind (SZ, 07.02.2002).

Theater: Warnung

Nach Ansicht des Deutschen Bühnenvereins wird zur Zeit eine "aberwitzige Debatte" über mögliche Veränderungen bei den Tarifstrukturen an den Theatern geführt. Der Direktor des Deutschen Bühnenvereins, Rolf Bolwin, wies darauf hin: "Es wird fälschlicherweise immer der Eindruck vermittelt, ein Austritt aus dem Bühnenverein führe dazu, völlig frei in der Gestaltung der Tarifverträge zu sein." Denn die Tarifverträge gelten bei einem Ausscheiden natür-

lich ohne Einschränkungen weiter. Entscheidend sei, so Bolwin, vielmehr die Herauslösung der rd. 15.000 nicht künstlerisch Beschäftigten aus dem Öffentlichen Dienst. Dafür aber seien die Kommunen und Länder als Arbeitgeber zuständig.

Anlass war der Plan des Weimarer Generalintendanten, Stefan Märki, das Deutsche Nationaltheater in Weimar und die Staatskapelle der Goethe-Stadt in eine GmbH umzuwandeln und aus dem Deutschen Bühnenverein auszutreten (FAZ, 23.02.2002).

Der Präsident des Bühnenvereins Jürgen Flimm hält das Ganze für "mutig", man müsse dafür allerdings nicht aus dem Bühnenverein austreten; die beste Lösung sei die Hamburger: das Thalia-Theater als GmbH, aber als solche im Besitz der Stadt (Spiegel, 10/2002).

Auswärtige Kulturpolitik

Goethe-Institut: Sonderprogramm

Das Goethe-Institut forderte im November 2001 ein Sonderprogramm zum Ausbau des Dialogs mit islamischen Staaten. Notwendig sei außerdem eine Programloffensive in islamischen Ländern, die auch künstlerische Programme umfassen müsse. Aber auch in Deutschland müsse verstärkt Wissen über die islamische Welt vermittelt werden. Der scheidende Präsident des Goethe-Instituts Inter Nationes, Hilmar Hoffmann, kritisierte die Sparpolitik des Bundes (WELT, 24.11.2001).

In einem Interview in der SZ vom 26. November 2001 zeichnete der neue Generalsekretär Joachim-Felix Leonhard folgendes aktuelle Bild: "In den vergangenen 7 Monaten habe ich darüber hinaus das Gefühl gehabt, dass wir hin und wieder eine Art Seebeben erleben. Die äußeren Einflüsse auf das Goethe-Institut haben sich immer wieder verändert. Vor allem, weil in Berlin nicht klar formuliert wird, welche Ziele man der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik setzen will." Er selbst plädiert für eine neue Definition der auswärtigen Kulturpolitik "aber mit einem alten Begriff, nämlich dem von der internationalen kulturellen Zusammenarbeit".

Goethe-Institut: Neue Chefin Jutta Limbach

Das "Goethe-Institut Internatio-

nes e. V." hat eine neue Präsidentin; Hilmar Hoffmann wollte nach 9 Jahren Amtszeit nicht mehr antreten.

Gewählt wurde die bisherige Vorsitzende des Bundesverfassungsgerichts Jutta Limbach. Zur Kandidatur Limbachs die FAZ vom 15. Januar 2001: "Bei Ihrem Vorgänger, Roman Herzog, hat es mit dem Rollenwechsel von Karlsruhe nach Bellevue geklappt. Da dieser Posten aber derzeit nicht vakant ist, ihre Kandidatin darüber hinaus über viel Idealismus und gleichzeitig eine ordentliche Altersversorgung verfügt, ist es nicht unehrentvoll, dem Ruf zu folgen. Damit verbindet sich der Vorsitz über das vornehmste Instrument der auswärtigen Kulturpolitik mit rd. 3.500 Mitarbeitern in 128 Kulturinstituten in über 76 Ländern mit einem Etat von derzeit 249 Millionen Euro, davon 170 Millionen AA-Mittel, der Rest Eigenanteil", aber – so fährt die FAZ fort – "er ist zugleich ein ehrenamtlicher Taschengeld-Posten, weshalb andere Kandidaten-Ruheständler, die sich den Herbst des Lebens lieber vergolden lassen, abgewinkt haben".

Auch die WELT vom 18. Januar 2002 begrüßt die Wahl Jutta Limbachs.

Die FR vom 19.01.2002 kommt zu der grundsätzlichen Bewertung: "Es ist ein Denken im Kurzatmigen, das breite Kreise der politischen Klasse der Republik prägt und notwendig langfristig angelegte Kulturpolitik kaum zulässt.

Das Goethe-Institut ist hierfür nur ein prominentes Beispiel ...". Antreten wird Frau Limbach zum 1. Mai dieses Jahres.

Zusammen mit British Council

Nach einem Bericht der SZ vom 11. September 2001 wollen das British Council und das Goethe-Institut künftig enger zusammenarbeiten. So hat das zusammenwachsende Europa den nationalen Kulturinstituten ein neues Problem beschert, nämlich die Tatsache, dass man in Südamerika, Südost-Asien, Ostafrika Mitteleuropa zunehmend als Einheit sieht, da machen jeweils nationale Kulturinstitutionen wenig Sinn.

Deutsche Welle: Bundestagsdebatte?

Einen größeren Artikel widmet die FAZ vom 29. Oktober 2001 dem neuen Intendanten der Deutschen Welle, Erik Bettermann, ausgehend von folgender Bilanz: "Wovon Jahresfrist noch der persönliche Disput zwischen besagtem Naumann und seinem Antipoden Dieter Weirich stand, macht sich nun gähnende Leere breit, unter Julian Nida-Rümelin hat sich die Bundesregierung in Sachen Medienpolitik bislang noch in keiner Weise hervorgetan." Bettermann will eine neue "Zieldebatte" führen, aber zunächst will er für die Deutsche Welle Planungssicherheit.

In einem Interview bestätigte Bettermann, dass Naumann-Nachfolger Nida-Rümelin an den drastischen Etat-Kürzungen seines Vorgängers festhalte und kündig-

an, 2003 und 2004 in Berlin und Köln weitere Stellen abbauen zu müssen. Notwendig sei eine Debatte im Bundestag über die Aufgaben der Deutschen Welle (WamS, 11.11.2001).

Abonnenten

Der Auslandskanal der neuen Welle, dem der Bund jährlich bis 2005 10 Millionen DM bereitstellen wird, soll sich anschließend durch Abonnenten selbst finanzieren (SZ, 22.11.2001).

25 Jahre

Zum 25. Jubiläum des Deutschen Historischen Instituts in London, siehe den Bericht in der FAZ vom 19. November 2001.

Beutekunst

Deutsch-russisch

Zum aktuellen Stand der deutsch-russischen Beutekunstverhandlungen, s. den über kleine Schritte berichtenden Beitrag in der SZ vom 23. Januar 2002. Nach Aussage von Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin wird Deutschland auch weiterhin in Moskau seine Ansprüche auf den "Schatz des Priamos" geltend machen. Allerdings sei der Fund keine typische "Beutekunst", wie es jene Zeugnisse deutscher Kultur seien, die zu Kriegsende nach Osten gebracht worden waren (WELT, 19.11.2001). Er zeigte sich daher skeptisch, dass der Schatz des Priamos in absehbarer Zeit nach Deutschland zurückkehren könne.

Zugleich begrüße der Minister den Vorschlag des Literatur-Nobelpreisträgers Günter Grass, ein gemeinsam mit Polen betriebenes Museum zur Beutekunst zu gründen (WELT, 05.11.2001).

Das Schuldrechts-Modernisierungsgesetz

Mit dem zum 1. Januar in Kraft getretenen Schuldrechts-Modernisierungsgesetz, das die Verjährung von Ansprüchen neu regelt, wurde verabsäumt, eine Regelung zu schaffen, die die Prinzipien der Washingtoner Erklärung vom 3. Dezember 1998 über die von den Nazis konfiszierten Kunstgegenständen in geltendes Recht umsetzt. Daher hat der Bundesrat am 9. November 2001 zur Schuldrechts-Reform festgestellt, dass die "Verjährungsregelungen zu unangemessenen Ergebnissen führen können, soweit die in der NS-Zeit verfolgtsbedingt entzogenen und kriegsbedingt verlagerten Kulturgüter davon betroffen sind".

Der Bundesrat erwartet von der Bundesregierung eine entsprechende Sonderregelung. Diesem ganzen Komplex s. den Beitrag von Erik Jayme "Recht kontra Moral"? in der FAZ vom 16. Januar 2002.

Intellektuelle/ Künstler

Ausgeladen

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hatte die Stadtbücherei Würzburg zur Absage ei-

ner für den 9. November 2001 geplanten Lesung des Schriftstellers Martin Walser aufgefordert. Im offenen Brief heißt es, Walser habe mit seiner Forderung nach einem Ende der Debatte um das Gedenken um die Nazi-Gräuere "das falsche Signal gegeben". Damit erinnerte die GEW an Walsers Äußerung anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in Frankfurt vor drei Jahren (WELT, 05.11.2001).

Exil-PEN aufgelöst

Im Januar 2002 hat sich der "PEN-Club deutschsprachiger Autoren im Ausland", auch als Exil-PEN bekannt, nach 67 Jahren aufgelöst. Dafür gab es interne Gründe, nämlich ein großes Desinteresse bei den Mitgliedern. Es gab aber auch Differenzen mit dem internationalen PEN und mit dem deutschen PEN-Club, zumal der Exil-PEN in vielen Punkten eine andere politische Linie verfolgte als der internationale und der deutsche PEN-Club. Dazu der Bericht von der FAZ vom 23. 01.2002.

Kulturpolitik in den Ländern

Junge Länder

“Sanierungsrückstau”

Die am 1. März 2002 konstituierte “Konferenz nationaler Kultureinrichtungen” hat vor dem “endgültigen Verlust” historischen Erbes in Ostdeutschland gewarnt. 23 Leiter von Museen und kulturellen Einrichtungen in den jungen Ländern haben in einem offenen Brief an Kulturstaatsminister Nida-Rümelin und die Länderminister vor dem weiteren Verfall ihrer Einrichtungen gewarnt: die Mittel müssten “spürbar” angehoben werden (Welt/FAZ, 08.03.2002).

Man darf angesichts der Entscheidung der Länder über den Ausstieg aus der Stiftung Preußischer Kulturbesitz auf die Resonanz dieses Appells an Länder und Bund gespannt sein (vgl. FAZ, 11.03.2002: “Länderflucht”).

Hauptstadtkultur

Topographie des Terrors

Die Kosten für das NS-Dokumentationszentrum Topographie des Terrors in Berlin bleiben bei den veranschlagten 39 Millionen Euro. Ein Gutachten der Technischen Universität Dresden hat nach fast zweijährigem Baustopp der Topographie des Terrors in Berlin bestätigt, dass eine kostengünstige Bauweise machbar sei. Damit sei der Weiterbau des von Peter Zumthor geplanten Bauwerks möglich, so Petra Retz, die Sprech-

erin des neuen Bausenators Peter Strieder. Zustimmung müssen noch der Hauptausschuss des Parlaments und der Bund (FAZ, 25.01.2002).

Allerdings sah Geschäftsführer Andreas Nachama zur geplanten Eröffnung am 8. Mai 2005 für den technisch schwierigen Bau des Architekten Zumthor noch etliche Hürden (FAZ, 19.11.2001).

Mit “Mahnmal der Unfähigkeit” überschrieb die FR vom 26. Januar 2002 die Diskussion um die Topographie des Terrors. Nachdem ein Gutachten den Bau für 38 Millionen Euro für möglich erklärt hatte und Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin versichert hatte, es hätte sich der Bund, wie es das neue Gedenkstätten-Konzept für alle Gedenkstätten vorsehe, mit der Hälfte zu beteiligen, stimmte der Bundestag am 25. Januar 2002 gegen den Antrag der CDU, die Topographie des Terrors ebenfalls in die Obhut des Bundes zu übernehmen. Man wolle, so die Begründung von SPD und Grünen, den “Systembruch der Finanzierungsübernahme von Gedenkstätten durch den Bund” nicht zu sehr ausweiten. “Das ist eine fatale Entscheidung”.

Jüdisches Museum in Berlin

Eröffnungsbeschreibung des Jüdischen Museums, WELT, 11.09.2001 (“Triumph des guten Gefühls”), SZ, 11.09.2001 (“Der strenge Gott der Didaktik”). Die

Stimmen der Presse sind überwiegend zustimmend und freundlich, nur Heinrich Wefing, FAZ vom 11. September 2001 kommentierte: “Das ist alles mehr als eine Enttäuschung, es ist eine grandios verpasste Gelegenheit.” Auch der Historiker Julius Schoeps kritisierte das Fehlen eines roten Fadens. Bei einigen Objekten sei nicht ersichtlich, warum sie ausgestellt werden, zudem sei die Ausstellung wirr, weil nicht chronologisch angeordnet (WELT, 12.09.2001).

Berliner Festspiele

Der Chef der Berliner Festspiele, Joachim Sartorius, fordert angesichts der Fusion mit dem Haus der Kulturen der Welt und der Option auf die Bespielung des Martin-Gropius-Baus, dass die Bundeskulturstiftung auch den Gropius-Bau entsprechend bedenken soll. Rd. 8 Millionen Mark, so Sartorius, seien für ein Ausstellungsprogramm vonnöten, wenn es dem Anspruch des Hauses gerecht werden solle. Als “vorteilhaft” würdigte Sartorius die Position der drei “Leuchttürme”, die ab Juni 2002 die Berliner Festspiele mit der Berlinale und dem Haus der Kulturen der Welt als eine Kultur-GmbH unter einem Verwaltungsdach (GmbH) vereinigen werden. Geschäftsführer der neuen Kultur-GmbH des Bundes wird Jürgen Meier, bis dahin kaufmännischer Geschäftsführer des Hauses der Kulturen der Welt (FAZ, 16.01.2001).

Stadtschloss

Am 7. März 2002 tagte die Ende 2000 eingesetzte Experten-Kommission “Historische Mitte Berlin” (Schloßbaukommission) zum

letzten Mal; ihren Bericht wird sie am 17. April 2002 an Bauminister und Bausenator übergeben; ihre wesentlichen Empfehlungen waren bereits im Dezember 2001 bekannt geworden.

Mit einer 8- gegen 7- Entscheidung soll das Schloss, von der SED 1950 gesprengt, in den Ausmaßen der ehemaligen Residenz wiederentstehen, wobei neben dem berühmten Schlüter-Hof an drei Fassadenseiten eine neue barocke Fassade mit historischer Zimmerhöhe rekonstruiert, die Spreeseite ev. in moderner Formsprache gestaltet, einzelne Säule wiederhergestellt werden; umziehen sollen die außereuropäischen Sammlungen aus Berlin-Dahlem, die wissenschaftlichen Sammlungen der Humboldt-Universität und die Zentral- und Landesbibliothek Berlin; hinzukommen Veranstaltungssäle etc. Dafür soll der Palast der Republik weggesprengt werden, und dann wird – so die SZ – “eine Schlosskulisse mit den guten alten Barock-Fassaden in den guten alten, schon seinerzeit maßlos in die Stadt geklotzten Ausmaßen, hochgezogen ... Die Überlegung, alternative Entwürfe moderner Architektur einzubeziehen, ist offenbar vom Tisch”. Die Kommission selbst geht von 750 Millionen Euro für eine Schlossrekonstruktion aus (FAZ, 18.01.2002).

Daher forderte der “Förderverein Berliner Stadtschloss” die Bundesregierung auf, vor der Sommerpause einen Beschluss zur Rekonstruktion zu fassen, ihr Vorsitzender Wilhelm von Boddien mahnte zum Schluss der Debatte. Nach einer forsa-Umfrage sei die Zahl der Schlossbefürworter viermal so groß wie die

der Rekonstruktionsgegner. Der Mehrpreis gegenüber einem zeitgenössischen Neubau – 500 Millionen Euro – betrage lediglich 75 Millionen Euro, die durch Spenden aufgebracht werden sollen. Die 500 Millionen Euro sollen über eine private Finanzierung bereit gestellt werden. Natürlich war nichts mit Schluss der Debatte, im Januar 2002 brach in den Feuilletons erneut der Streit um den Wiederaufbau des Stadtschlusses aus.

Auf der Seite der Gegner die SZ, sie warnte am 04. Januar 2002 vor einem “Mischmasch für Milliarden”, zumal es sich um einen völlig inhomogenen Bau handele; die SZ vom 5. Januar 2002 stellte die Frage, wie man sich die Finanzierung der 750 Millionen Euro teuren “Vergangenheitsseiligsprechung Berlins” vorzustellen habe. Weder Berlin noch der Bund sind dazu bereit, “den Wiederaufbau zu finanzieren”, von “leichter Hand” und “Zahlenmagie” spricht die SZ vom 21. Januar 2002.

Die FR macht weniger in Architektur, sie macht in Geschichtspolitik (19.01.2002): “Von Anfang an ist das Schloss zu einem mythischen Selbstwert erklärt worden, zuletzt gar zu einem innerweltlichen Heilsplan für die Berliner Republik, mit der diese endlich in die Normalität einträte. Dieser Normalisierungsdrang, mit seiner saloppen Sorry-Mentalität gegenüber der jüngeren deutschen Geschichte, hat von Anfang an bei der Mehrheit der Stadtschloss-Eiferer eine Rolle gespielt. Wobei die historische Nonchalance einen architektonischen Augentrug bewusst in Kauf nimmt. ...

In Berlin dagegen geht es um einen Neubau, bei dem die Republik den Zusammenklang aus atemberaubenden Pressfugen, gefrästen Säulen und standardisierter Attika ins Auge sehen darf. Mit einem Wort: Wahrscheinlich wird ein authentisches Schloss Adlon kommen, auf jeden Fall ein ganz kolossales Geisterhaus.”

Für einen Wiederaufbau plädierte hingegen die FAZ vom 4. Januar 2002: “Fällt nicht auf, dass unter den politischen Gegnern des Schlossaufbaues viele sind, die mit Staat und Rechtsstaat wenig verbinden?” Ganz einfach machte es sich der SPIEGEL 1/2002: “Das Tollste am Plan zum Schloss-Wiederaufbau ist bislang die Diskussion darüber.”

Auch in der Politik herrscht Unklarheit. Der neue Kultursenator Thomas Flierl hat bereits erkennen lassen, dass er einen Wiederaufbau des Schlosses in dessen alter Gestalt ablehnt. Es müssten auch die kulturellen Leistungen des Palastes der Republik auf der Spree-Insel bewahrt werden (FAZ, 25.01.2002). Bausenator Peter Strieder denkt an das Geld, das das Nutzungskonzept Berlin kosten könnte (SZ, 08.03.2002), Kulturstatsminister Julian Nida-Rümelin und Bauminister Kurt Bodewig zählen schon mal zu den Schlossgegnern.

Daher hat die WELT vom 6. März 2002 folgendes Szenario (vgl. auch das Plädoyer von Peter Conradi in der SZ vom 8. März 2002: “Das Neue darf nicht verboten werden”): Der Bericht wird zur Kenntnis genommen, ein Realisierungswettbewerb ausge-

schrieben; Ergebnisse werden frühestens Ende 2003 erwartet, und man ist das Problem vor den Bundestagswahlen erst einmal los. Hingegen erwartet die FAZ vom 8. März 2002 eine baldige Bundestagsdebatte.

Stiftung Preussischer Kulturbesitz

Ausstieg

Am 8. März 2002 wurde es amtlich: die Länder wollen sich ab 2005 aus der Stiftung Preußischer Kulturbesitz verabschieden. Der derzeitige Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz Peter Müller (Saarland, CDU) erklärte, es sei vereinbart worden, die Stiftung künftig "unter besonderer Berücksichtigung Berlins und Brandenburgs" dem Bund zu unterstellen (FAZ vom 11. Februar 2002). Damit hat die im Zusammenhang mit der Bundeskulturstiftung erneut entstandene "Entflechtungsdebatte" ihren ersten Höhepunkt erreicht. Einige Ministerpräsidenten spielten offenbar schon länger mit dem Gedanken, hier anzusetzen. Das veranlasste Stiftungspräsident Klaus-Dieter Lehmann zu einem großen Beitrag in der FAZ vom 14. November 2001 und ein Plädoyer für die die Stiftung Preußischer Kulturbesitz als "Modell mit Zukunft".

Bisher beteiligten sich alle Bundesländer an der Finanzierung der Stiftung, die die Berliner Museumsinsel betreibt und pro Jahr etwa 184 Millionen Euro für den Unterhalt ihrer Kulturstätten in Berlin und Brandenburg benötigt. Davon tragen die Länder bislang etwa 60 Millionen. Noch im De-

zember 2001 wurde eine in diese Richtung gehende Meldung des Deutschen Kulturrats dementiert (vgl. WELT, 22.01.2002). Bei der damals in Frage stehenden Sitzung vom 20. Dezember war von einer Aufkündigung des Vertrages offenbar noch nicht die Rede gewesen.

Allerdings hatte in seiner Regierungserklärung der Regierende Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit eine baldige Entlastung dort angemahnt, "wo der Bund in der Bundeshauptstadt im kulturellen Bereich ausschließlich Kompetenzen hat, diese bislang aber nur teilweise wahrnimmt". Damit war neben der Museumsinsel und der Staatsbibliothek auch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz gemeint, was, so die FAZ vom 23. Februar 2002, nichts anderes heißt, als dass auch Berlin sich aus der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zurückziehen wollte. Man darf, so die FAZ weiter, politische Absicht dahinter vermuten. Damit hatte Wowereit freilich anderen austrittswilligen Bundesländern eine Steilvorlage geliefert. Ein Eigentor, wie die FAZ meint: "Eines aber hat er mit seiner Rede geschafft. Er hat die Preußen-Debatte erst so richtig angefacht." (FAZ, 23.02.2002).

Jetzt, so die FAZ vom 11. März 2002, bestehe allerdings die Gefahr, dass die Segnungen der "Verflechtung" ausser Acht gelassen würden: "Retourkutschen" des Bundes für documenta, mischfinanzierte Orchester, Germanisches Nationalmuseum, Stiftung Weimarer Klassik usw.?

Abschied

Adrienne Goehler hat sich mit ei-

nem Gefühl der "traurigen Erleichterung" nach nur 7 Monaten Amtszeit wieder verabschiedet. Die von der neuen Koalition vorgesehenen Einsparungen hätte sie – so Goehler – nie mitgetragen. Die scheidende Senatorin bezifferte die Risiken im Kultur-Etat auf 100 Millionen DM. Diese seien nur einzusparen, wenn sofort eine Bühne geschlossen werde. Außerdem seien einige Theater unterfinanziert. So benötige die Volksbühne 1,6 Millionen DM mehr, die Deutsche Oper 1 Million DM, die Komische Oper 1,5 Millionen DM und das Grips-Theater 400.000 DM. Unberücksichtigt sei im Koalitionsvertrag auch die Sanierung der Staatsoper für eine dreistellige Millionen-Summe (FAZ, 09.01.2002).

Auch die SZ widmet der scheidenden "Herkula" Adrienne Goehler einen kurzen Nachruf (11.01.2002) und sieht dringenden Klärungsbedarf in der finanziellen Beteiligung von Bund und Ländern: "Über 11 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es an der Zeit, dass in dieser historischen Situation die Bundesrepublik ein Verhältnis zu ihrer Hauptstadt findet."

Adrienne Goehler wird neue Kuratorin des Hauptstadtkultur-fonds (WELT, 14.02.2002).

Ratlosigkeit: Neuer Kulturse-nator in Berlin

Auf allgemeine Ratlosigkeit ist die Berufung des PDS-Politikers Thomas Flierl zum Kulturse-nator in Berlin in den Feuilletons gestoßen. Der promovierte Philosoph war in den 90er Jahren Kulturamts-

leiter im Prenzlauer Berg und war dann Baustadtrat in Berlin Mitte.

In einem Interview mit der SZ vom 11. Januar 2002 vertrat Flierl Einsparungen von 18 Millionen Euro, von denen 10 Millionen beim Theater des Westens eingespart werden sollen. Er wies zugleich auf die zusätzlichen Belastungen durch die Akademie der Künste und das Filmhaus hin. Rechnet man allerdings die strukturelle Unterfinanzierung ein, so fehlen 51 Millionen Euro.

Die FAZ vom 11. Januar 2002 weist darauf hin, dass Flierl "der Ruf des notorischen Neinsagers vorausseilt", der zunächst ein Denkmal für Rosa Luxemburg auf den Weg bringen muss, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht. Die Denkmals-Frage – so die FAZ – sei keine Marginalie. Die Frage gehöre zu den strittigen Interna zwischen Modernisierern und Altkommunisten innerhalb der PDS: "Anonymus vom Prenzlauer Berg", über den wenig Faktisches bekannt sei. In diesem Kontext registriert die FAZ: "Auffallend ist, wie schnell die politisch korrekte Sprache, die so penibel bemüht war, Unterscheidungen wie Ost- und West-Berlin nur noch als geographische Begriffe gelten zu lassen, neuerdings in ein regressives Vokabular zurückfällt. Die mentale Überbrückung dieser neuen Spannung wird von Flierl nicht weniger Anstrengung erfordern als die vorsorgliche Dämpfung überspannter Erwartung der Kleinkunstszene im Osten und die Überwindung von Verlustängsten im Westen. Verheerend haben sich schon die geplanten Kürzungen im Kulturretat auf den Seelen-

haushalt der Stadt ausgewirkt. Die Akademie der Künste formiert sich zum Protest, die Freie Universität, von der beabsichtigten Schließung ihrer medizinischen Forschungsabteilung schwer getroffen, beobachtet – nicht anders als die Humboldt-Universität – mit Panik die Vorgänge im Roten Rathaus. Kein Zweifel: Thomas Flierl wird, wenn er seinen von wenig Fortune geleiteten Vorgängern Paroli bieten will, im Amt erheblich wachsen müssen."

Einen anderen Aspekt betont die SZ vom 11. Januar 2002: Flierl stamme aus der linken Dissidenten-Szene der späten DDR, die ihre antikapitalistischen und kulturkritischen Affekte mit bestem Gewissen über die Wende rettete ... "Flierl mag die Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes nicht ... Als Kultursenator wird Flierl zeigen müssen, wie solche Neigung zu obrigkeitlicher Züchtigung zusammengeht mit jenem bürgerschaftlichem Engagement, ohne dass die Kirchtürme auf jeden Fall zu werbefreien Ruinen in verwilderten Parklandschaften werden. Wird Flierl so unappetitliche Aufgaben, wie Sponsoren-Essen in der Guggenheim-Filiale der Deutschen Bank, bewältigen? Für die Sanierung bedarf es viel Geld." Dafür – so die SZ – "müsse der Berliner Kultursenator ein wenig Glanz, zumindest jedoch eine mitreißende Beredsamkeit entfalten. Ein bisschen also von genau jenem Glamour, der Flierl so zuwider ist".

Auch die WELT vom 11. Januar 2002 urteilt eher negativ: "Die Berliner Koalition hat einen anderen Weg gefunden, den ohnehin

notleidenden Wissenschaftsbetrieb der Hauptstadt zu drangsaliieren. Der führt über die Reihenfolge, in der man zuerst über die Sache, das Geld also, entschied, und dann erst über die Person. In Berlin hieß das, sich vorab darauf festzulegen, die größten Sparopfer bei den Hochschulen einzutreiben. Nachdem die Vorzeichen so falsch gesetzt waren, konnte man sicher sein, für das als Schlüsselressort im Senatorenamt nur drittklassige Leute zu finden. Welcher gute Mann (oder welche gute Frau) würde sich schon dafür hergeben, den Scharfrichter zu spielen und Urteile zu exekutieren, die alles Mögliche verraten, nur keinen Sachverstand." Die WELT fährt fort: Natürlich bedeute die Bestallung von Thomas Flierl keine "Neuaufgabe der SED-Kulturpolitik zwischen Kurella und Hager.

Vom Wirtschaftsminister Gregor Gysi und seinem Umgang mit Investoren ist sogar eine unterhaltensreiche Performance zu erwarten, wogegen Kultursenator Flierl für missgelaunte Einseitigkeit steht, die dem Kulturbetrieb und der Stadt schadet. Berlin muss sich fragen, ob es sich solchen Masochismus antun will". Und fügt eine Liste von Flierls Entscheidungen als Baustadtrat hinzu, so störte Flierl u. a. das Firmenzeichen von Volkswagen Unter den Linden: der erlaubte Durchmesser von 50 cm werde überschritten; oder eine Verkleinerung der Eisbahn auf dem Gendarmenmarkt: statt 50 x 20 Metern durfte sie nur 45 x 18 Meter groß sein.

Der SPIEGEL zu dem ganzen Unternehmen PDS – SPD: "Nach

dieser gefestigten Grundlage wird der Fortschritt zur ‚internationalen Kulturmetropole‘ unaufhaltsam sein: Vorwärts immer, rückwärts nimmer. Jetzt steht die Besetzung des Kulturressorts mit Thomas Flierl: SED-Mitglied von 1976 an, Abteilungsleiter im DDR-Kulturministerium und Mitglied des Vereins Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin, an.“

„Flierl hat den moralischen Bonus eines waschechten DDR-Intellektuellen“, schrieb die Berliner Zeitung. „Und also Berlin, nun freue dich“, so der SPIEGEL 3/2002.

Der Kultursenator setzt künftig verstärkt auf Mäzenatentum und Stiftungsengagement. Nach einer Meldung der FAZ vom 12. März 2002 soll der Berliner Kultur- und Wissenschaftsetat um 170 Millionen Euro abgesenkt werden, davon gehen 41,3 Millionen auf den Kulturetat.

Theatersterben?

Viel spekuliert wird daher über ein Theatersterben in Berlin, genannt wurden das Schlosspark-Theater und das Hansa-Theater, sogar Maxim Gorki war im Gespräch, nach der Koalitionsvereinbarung von SPD und PDS scheinen nur das Friedrichstadtensemble, Schaubühne, Berliner Ensemble, Hebbel- und Grips-Theater sicher (SZ, 05.03.2002).

Nach den neuesten Meldungen über die rot-rote Sparpolitik soll der Kulturbereich allerdings nur insofern betroffen sein, als die Museumsinsel vollständig dem Bund angetragen werden soll (FAZ, 20.03.2002).

Bayern

Mehr Geld

Die kommunalen und privaten Theater in Bayern erhalten in 2002 höhere Zuschüsse der Landesregierung: eine Erhöhung der Subventionen für nichtstaatliche Theater auf ca. 53,8 Millionen Euro und damit eine Steigerung um 6,5 Millionen (FAZ, 27.12.2001).

Bayreuth

Die FAZ vom 17. Januar 2002 über das Verhältnis des Kanzlerkandidaten der Union, Edmund Stoiber, zur Kultur und vergleicht dabei: „Gewiss, auch Gerhard Schröder ist nicht gerade ein Musensohn; doch für den früheren niedersächsischen Ministerpräsidenten war die Kunst kein zentraler Standortvorteil. Für seinen bayerischen Herausforderer sieht die Sache ganz anders aus: Der Freistaat fühlt sich als Kulturgarant aller erster Güte; stolz ist man, dass unter weiß-blauem Himmel Theater, Orchester, Museen und Musikschulen weit weniger um ihre Existenz fürchten müssen als in anderen, gar rotgrün dominierten Bundesländern.“

Brandenburg

Potsdam: Wiederaufbau der Garnisonskirche

Am 21. Januar 2002 stimmte die Potsdamer Stadtverwaltung mit kleiner Mehrheit für einen Antrag der CDU-Fraktion für den Wiederaufbau des Turms der barok-

ken Garnisonskirche in Potsdam. Die Hälfte der Baukosten von 10 Millionen Euro ist bereits durch eine Spendenaktion der Traditionsgemeinschaft „Potsdamer Glockenspiel“ aufgebracht worden.

Nordrhein-Westfalen

Gründerzentren

Aachen, Bochum und Siegen werden die Städte für die drei kulturellen Gründerzentren zur Förderung der Kulturwirtschaft in NRW: eine dreijährige Abschubfinanzierung beim Management zu 50 % und Mittel für Baumaßnahmen werden von der Landesregierung gestellt (FAZ, 13.12.2001).

Bonn gerettet

Der drohende Sturz in die kulturelle Bedeutungslosigkeit Bonns ist vorerst abgewendet. Der Bundesstadt wird nach dem Ende der Übergangsregelung bis Mitte 2003 bis 2010 eine Ausgleichshilfe in Höhe von insgesamt 87 Millionen DM für die Kultur aus dem Bundeshaushalt gewährleistet. 20 Millionen für 2004 und je 10 Millionen für die Jahre 2005 bis 2010 (FAZ, 10.11.2001).

Kürzung bei Kultur befürchtet

Nach einem Bericht der SZ vom 23.02.2002 soll der auch für Kultur zuständige Landesminister Vesper insgesamt 80 Millionen Euro einsparen. Der Kultur-Etat, der sich dabei auf 28,2 Millionen Euro beläuft, soll jedoch weniger

stark von Kürzungen betroffen sein als die anderen Bereiche, für die Vesper zuständig ist. Gespart aber werden soll besonders bei der Programm-Förderung. Es ist von Kürzung von bis zu 50 % in allen Sparten die Rede.

Nach Ansicht von Künstlern und Kulturmanagern würden solche Einschnitte für viele Einrichtungen das Aus bedeuten. Nach Ansicht des Geschäftsführers des Kultursekretariats NRW, Dietmar Schmidt, sind vor allem die Theater "eindeutig" gefährdet und er empfahl die Streichung der Ruhr-Triennale, die in den nächsten drei Jahren vom Land mit 40 Millionen Euro gefördert wird.

Sachsen

Kulturraumgesetz verlängert

Das 1993 beschlossene sächsische Kulturraumgesetz soll über 2004 hinaus fortgeschrieben werden. Damals waren, um auch außerhalb der 3 großen Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz ein attraktives Kulturangebot zu sichern, 8 regionale Zweckverbände gebildet worden. Von ihnen übernahmen die Landkreise und kreisfreien Städte die gemeinsame Fürsorgepflicht für die jeweiligen Kulturräume. Dafür gab es einen beträchtlichen Landeszuschuss. Bis 2008 soll es bei der jährlichen Zuwendung des Freistaates von 76,6 Millionen Euro bleiben, 65 % davon direkt an die Städte und Landkreise, die damit ihren Eigenanteil zum Erhalt der örtlichen Kultureinrichtungen aufstocken können. 35 % werden

den Kulturräumen überwiesen, repräsentiert durch einen Kulturkonvent, in dem die gemeinschaftlichen Aufgaben wahrgenommen werden. Im März 2002 will das Kabinett den neuen Gestzentwurf an den Landtag überweisen (FAZ, 04.03.2002).

Thüringen

Fusionsprobleme

Thüringens Kunstministerin, Dagmar Schipanski, macht die Höhe der künftigen Mittel für die Theater des Landes, nach dem Scheitern der Fusion von Erfurt und Weimar, von tragfähigen Vorschlägen abhängig. Eine weitere Förderung von 60 Millionen Euro ab 2004 sei nur vertretbar, wenn alle Theater und Träger hohe Qualität, eine mittelfristige Finanzbasis und ausgewogene Strukturen garantierten, so die Ministerin im Landtag. Ein erneuter Vertrag für 5 Jahre sei derzeit offen (SZ, 23.02.2002).

Gefördert

Der Bund wird ab 2003 das Weimarer Kunstfest mit ca. 255.000 Euro fördern (FR, 20.10.2001).

Rückübertragung?

Einem Bericht der WELT vom 04. Februar 2002 zufolge verhandelte am 13. März 2002 das Verwaltungsgericht Gera über den Klassikernachlass des Goethe/Schiller-Archivs in Weimar. Das ehemalige Herzoghaus Sachsen/Weimar verlangt auch die Rückübertragung des Inventars der Schlösser Weimar und Tieffurt, der Anna

Amalia Bibliothek und der Weimarer Fürstengruft mit den Klassikersärgen. Der Umfang wird auf fast 511 Millionen Euro geschätzt. Das Thüringer Landesamt zur Regelung öffentlicher Vermögensfragen hatte nach Anerkennung des Anspruchs diesen Beschluss, nach öffentlichen Protesten, wieder zurückgezogen mit der Begründung, der Klassikernachlass sei nach dem Zweiten Weltkrieg einer Stiftung übertragen und damit nicht enteignet worden. Enteignung wäre aber Voraussetzung, um mit der Rückgabe des beweglichen Besitzes entschädigt zu werden.

Kulturpolitik im Ausland

Russland: Steuerreform

Die Steuerreform der russischen Regierung führt nach Einschätzung wichtiger russischer Verleger zu einem Preisanstieg und zu kleineren Auflagen bei Büchern. Zwar wurde die Gewinnsteuer abgesenkt, dafür wird sie seit Jahresbeginn aber sofort nach der Warenlieferung fällig. Zugleich wurde die gewöhnliche Mehrwertsteuer auf 20 % verdoppelt (FAZ, 20.01.2002).

Personalien

- Neuer Kulturdezernent in Bonn wird Ludwig Krapp, bislang Kulturreferent in Freiburg (FAZ, 23.02.2002).

- Am 10. Januar 2002 beging Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin den 1. Jahrestag seines Amtsantritts. Naturgemäß auch mit der entsprechenden Gratulation des bayerischen Kunstministers Hans Zehetmair, der es nicht für unmöglich hält, dass ihn der Kanzler wieder ins Kabinett berufen werde: "Die Zahl der schönen Philosophen mit hoher Frustrationsschwelle dürfte auch bei der SPD überschaubar sein."

- Der Vertrag von Christoph Vitali, er ist Leiter des Münchner

Hauses der Kunst, wird über 2003 hinaus nicht verlängert. Bayerns Kunstminister Hans Zehetmair wies darauf hin, es habe Probleme im Haus der Kunst gegeben und Vitali habe mit seinen Ausstellungen rote Zahlen geschrieben (WELT, 18.01.2002; vgl. SZ, 18.01.2002).

- Neue Kultursenatorin in Hamburg ist Dana Horakova, zuvor stellvertretende Chefredakteurin der WELT am Sonntag und Autorin in der Bild-Zeitung. Vorangegangen war eine monatelange, auch von Feuilletons intensiv verfolgte Suche.

- Neue Berliner Kultur-Staatssekretärin ist die vormalige Kulturamtsleiterin des Bezirks Kreuzberg-Friedrichshain, Krista Tebbe (parteilos, Charakteristik in der WELT vom 23. Januar 2002).

Zitate

"Das neuerdings herrschende Vorschusswesen ist ein Blödsinn ersten Ranges. Wer einem jungen Autor für das nächste Buch einfach 1 Million auf den Tisch blättert, macht ihn kaputt. Unter diesem Druck kann er das Buch womöglich nicht schreiben. Das übertriebene Vorschusswesen hat mit Literatur überhaupt nichts zu tun."

Günter Grass lt. FAZ vom 27. Oktober 2001.

"Das heißt nicht, dass ich alle

seine Entscheidungen beklatsche. Ich bin Künstler und kein Hofnarr. Kritische Distanz muss in einer Freundschaft möglich sein. Außerdem bin ich parteilos".

Maler Jörg Immendorf über sein Verhältnis zu Bundeskanzler Gerhard Schröder lt. WamS vom 25. November 2001.

"Die Spracharbeit ist wichtig, gerade in Europa. Wenn in Frankreich und in Großbritannien die Zahlen für den Deutschunterricht deutlich zurückgehen, wenn, wie in England, ganze germanistische Studiengänge geschlossen werden, müssen wir gegensteuern. Man muss Gründe liefern, warum Ausländer Deutsch lernen sollten – ein solcher Grund kann die Literatur sein."

Goethe-Generalsekretär Joachim-Felix Leonhard in der SZ vom 26. November 2001.

*"Bei diesen radikalen Kürzungen im Kulturhaushalt hätte ich mir den Job nicht mehr zuge-
traut."*

Berlins vormalige Kultursenatorin Adrienne Goehler lt. WELT vom 18. Januar 2002.

"Ich habe den Kontakt zur 68er-Generation nie gefunden. Die Überflutung der Schulen durch Böll und andere Graumänner war mir immer unverständlich. Zu meinem großen Erstaunen gibt es jetzt ein Gespräch mit der nächsten Gene-

ration. Das war für mich ein neues Erlebnis, dass das Politische gar keine Rolle spielt."

Literat Walter Kempowski im Gespräch mit Benjamin von Stuckrad-Barre in der WamS vom 27. Januar 2002.

"Auch wenn ich Senator der PDS bin, so ist für mich keine Kultur vorstellbar jenseits der modernen bürgerlichen Gesellschaft."

Der neue Kultursenator Thomas Flierl im Interview mit Christoph Stölzl, lt. FAZ vom 25. Januar 2002.

"Wenn mir jemand versichert, dass er nach dem 11. September im Bereich der Philosophie anders denkt als vorher, streiche ich ihn aus der Liste der ernst zu nehmenden Personen. Man kann als Intellektueller nicht behaupten, dass man im Rückblick auf das 20. Jahrhundert durch einen Zwischenfall in amerikanischen Hochhäusern plötzlich aus einem dogmatischen Schlum-

mer erwacht ist. Ich glaube, die Katastrophenlandschaft des 20. Jahrhunderts ist einigermaßen zu überblicken. Der 11. September gehört daher eher zu den schwer wahrnehmbaren kleinen Zwischenfällen."

Der Philosoph und Hochschulrektor Peter Sloterdijk lt. WELT vom 21. Januar 2002.

"Ich habe von diesem Poeten nie viel gehalten und nun nach dem Ende des 'Literarischen Quartetts' kann mich niemand mehr zwingen, 800 Seiten von einem zeitgenössischen deutschen Autor zu lesen, der mich nicht interessiert."

Marcel Reich-Ranicki über den neuen Handke-Roman lt. WELT vom 21. Januar 2002.

"Ich habe Gysi immer geraten, er solle endlich in die CDU eintreten, weil er im Grunde ein bürgerlicher Schöngest ist. Er hat gesagt: 'Noch bin ich nicht so weit'. Natürlich bin ich enttäuscht. Im Wahlkampf tönte

Gysi: "Hört auf mit dieser Knauerei, Schluss mit dieser Kulturzerstörung – und jetzt gibt es einen neuen massiven Eingriff." Der vormalige Kultursenator Christoph Stölzl im Interview mit dem SPIEGEL 4/2002.

"Spiegel: Warum sind Sie gerade von Gysi enttäuscht?"

Peymann: "Weil ich ihn ein bisschen kenne. Im Wahlkampf hat Gysi als einziger von der Vision einer Hauptstadt gesprochen, und damit hatte er Recht, auch wenn er jetzt nichts mehr davon wissen will. Jetzt haben wir ja fast schon Sehnsucht nach den schönen Phrasen des Herrn Stölzl. Und Sehnsucht nach den aufwendigen entzückenden Ohringen von Frau Goehler. Auf Premierenfeiern war das wenigstens recht amüsant. Die Goehler ging ja gar nicht mehr in die Vorstellungen, sie ging nur noch auf Premierenfeiern. Stölzl hat wenigstens noch die drei Stunden Aufführung durchgesehen." Klaus Peymann im Interview mit dem Spiegel 9/2002.

Aus kulturpolitischen Beiträgen

“*Musik in Sachsen*” 2/2002 enthält u.a. Berichte über die 2. Sächsische Kulturraumkonferenz mit einer Rede von Prof. Udo Zimmermann und zum Symposium “Musikerziehung im Grundschulalter” (eine Dokumentation ist über den Sächsischen Musikrat abrufbar).

“*Deutscher Kulturrat aktuell*”, 11/2001 setzt einen deutlichen Schwerpunkt beim Stiftungsrecht.

Die Zeitschrift “*kultur politik*” 4/2001 setzt ihren Schwerpunkt bei “Kunst und Kirchen”.

Erschienen ist das “*Jahrbuch 2002*” des Deutschen Sängerbundes.

Aus dem “*Institut für kulturelle Infrastruktur*” Sachsen liegen vor die Bände 2 “Soziale Sicherheit von Berufsmusikern” und 8 “Kultur im ländlichen Raum - Das Beispiel Mittelsachsen”.

Eine sehr informative Festschrift zum zwanzigjährigen Bestehen des Deutschen Kulturrates hat unter dem Titel “*Der Deutsche Kulturrat in guter Begleitung*” dessen Geschäftsführer Olaf Zimmermann im September 2001 herausgegeben, der zusammen mit Gabriele Schulz auch (18ff.) die Geschichte des DKR nachzeichnet; für die Union äußern sich Norbert Lammert, Wolfgang Schäuble, Annette Schavan,

Rita Süßmuth und Hans Zehetmair.

Mit “*politik und kultur*” (PUK) hat der DKR im März 2002 die erste Nummer dieser neuen sehr informativen kulturpolitischen, Zeitung vorgelegt; sie soll viermal im Jahr erscheinen und bietet u.a. Rezensionen und Hinweise auf die kulturpolitischen Aktivitäten im Deutschen Bundestag.

Erschienen ist das Heft “*Kultur in Baden-Württemberg*”, hg. Vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Stuttgart 2002.

Arbeitskreis Musik in der Jugend

Der Jahresplan 2002 des AMJ ist erhältlich in der Bundesgeschäftsstelle, Adersheimer Str. 60, 38304 Wolfenbüttel, Tel. 05331, 460 16.

Veranstaltungen

Konrad-Adenauer-Stiftung

- Am 30. November 2001 veranstaltete die KAS ihr 6. Literarisches Symposium in Berlin unter dem Thema “*Wertorientierung in der Literatur*”, auf dem u.a. der Mainzer Kardinal Lehmann

und die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan diskutierten.

- Auf große Resonanz in Verbänden und Politik (vertreten waren fast alle Landtagsfraktionen) traf das “*1. Potsdamer Gespräch zur Kulturpolitik*”, das unter Leitung von Dr. Norbert Lammert, MdB, vom 9. bis 10. November 2001 stattfand und bei dem auch Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin sprach. Das Gespräch wird in 2002 fortgesetzt.

BERICHTE AUS DER KULTURPOLITIK

Berichtszeitraum April bis Mitte Juli 2002

Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Bundesregierung ignoriert Lage der deutschen Auslandsschulen

(Hartmut Koschyk, MdB/
Dr. Norbert Lammert, MdB;
25. April 2002)

In der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 24. April 2002 hat Staatsminister Zöpel für die Bundesregierung erneut erklärt, die finanziellen Zuwendungen für die deutschen Auslandsschulen nicht erhöhen zu wollen. Mit ihrer Weigerung, auf weitere Kürzungen im Haushaltstitel für die deutschen Auslandsschulen zu verzichten und eine Erhöhung der Fördermittel für das Haushaltsjahr 2003 vorzusehen, führt die Bundesregierung ihre eigenen Erklärungen zum Stellenwert der deutschen Auslandsschulen ad absurdum. So heißt es in der jüngsten Veröffentlichung des Auswärtigen Amtes: „Die deutschen Auslandsschulen sind wegen ihres hohen Nachhaltigkeits-effekts ein wesentliches Element der auswärtigen Kulturpolitik“, und an anderer Stelle findet sich der Hinweis: „Gute Schulen kosten gutes Geld“.

Die tatsächliche Politik der Bundesregierung sieht allerdings anders aus. Die Entwicklung des Schultitels des Auswärtigen Amtes verzeichnet einen Rückgang

von 193,78 Millionen Euro im Jahre 1998 auf 172,30 Millionen Euro im Jahre 2002 und 169,74 Millionen Euro in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2004. Unter Berücksichtigung der Inflationsrate und der Wechselkurse bedeutet dies eine reale Absenkung der für die deutschen Auslandsschulen zur Verfügung stehenden Mittel von 30 bis 40 Prozent.

Die auf eine Erhöhung des Haushaltsansatzes für die Auslandsschulen abzielende Nachfrage in der Fragestunde des Deutschen Bundestages beantwortete der zuständige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Christoph Zöpel, wie folgt: „Das Auswärtige Amt hat so etwas - mit guten Gründen - nicht in Aussicht gestellt“.

Mit ihrer Haltung verweigert die Bundesregierung, Konsequenzen aus den Erkenntnissen und Appellen des Weltkongresses der deutschen Auslandsschulen zu ziehen, der Anfang April in Mexiko-City stattgefunden hat. Dort hatte die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Prof. Dagmar Schipanski die Sorge zum Ausdruck gebracht, dass weitere Haushaltskürzungen im Schulfonds und ein zusätzlicher Stellenabbau die Qualität

des Unterrichtes und die Vergabe von deutschen Schulabschlüssen gefährden. Zuvor hatte auch die Wirtschaftsministerkonferenz sich mit dem Problem der Mittelkürzungen bei den deutschen Auslandsschulen befasst und einstimmig einen Appell an die Bundesregierung gerichtet, „Qualität und Funktionsfähigkeit der deutschen Auslandsschulen durch Kürzungen im Haushalt des Auswärtigen Amtes nicht zu gefährden, sondern vielmehr das deutsche Auslandsschulwesen nachhaltig zu stärken und weiter auszubauen.“

Die Bundesregierung verkennt mit ihrer Haltung die wichtige Funktion, die die deutschen Schulen im Ausland für die deutsche Außenwirtschaft erfüllen, indem sie die Schulversorgung für rund 10.000 Kinder deutscher Staatsbürger sicherstellen, die zeitweilig für deutsche Unternehmen, Einrichtungen oder Vertretungen im Ausland tätig sind, um nach der Rückkehr ihre Eingliederung in das deutsche Schulsystem zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund ist es alarmierend, dass in Mexiko-City festgestellt wurde, dass aufgrund der sinkenden Förderung durch die Bundesregierung die Schulgebühren der deutschen Schulen im Ausland steigen und sich eine wachsende Zahl von Eltern, die aus beruflichen Gründen ins Ausland entsandt wurden, es sich nicht leisten können, ihre Kinder auf eine deutsche Schule zu schicken.

Die Bundesregierung muss daher von ihrer verfehlten Sparpolitik abrücken, weitere Kür-

zungen des Schultitels stoppen und den in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Finanzierungsansatz grundlegend korrigieren.

Dies fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch in ihrem Antrag „Zukunft der deutschen Auslandsschulen“, (Drs. 14/8106), den sie in den Deutschen Bundestag eingebracht hat. Zudem wird in dem Antrag die Bundesregierung u.a. aufgefordert, ein Gesamtkonzept für die Entwicklung der Auslandsschulen vorzulegen, aus dem klar hervorgeht, welche Rolle die Auslandsschulen in der auswärtigen Kulturpolitik spielen sollen. Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die hohe Qualität der Ausbildung an den deutschen Schulen im Ausland erhalten bleibt.

Es muss dringend ein Politikwechsel stattfinden, damit die deutschen Schulen im Ausland wieder den Stellenwert bekommen, der ihrer Bedeutung als einem Kernbereich auswärtiger Kulturpolitik entspricht.

Versprechen und Wirklichkeit klaffen bei rot-grüner Medienpolitik weit auseinander

(Aus der Rede von Bernd Neumann, MdB, zum Auslandsrundfunk; 19. April 2002)

Zu Beginn ein paar Fakten zur Deutschen Welle (DW) und ihrer Behandlung in dieser Legislaturperiode: Koalitionsvertrag 1998 (rotgrün): „Das Ziel ist

eine Reform der medialen Außenrepräsentanz!“ Staatsminister Naumann 1998: Unmittelbar nach Amtsantritt kündigt er eine Reform der DW für die nächsten Wochen an (Begründung: Verbesserungen dringlich).

1999/2000: Funkstille

September 2000: BKM bringt das sogenannte „Hanten“-Papier zur „Neugestaltung des Deutschen Auslandsrundfunk“ in die Diskussion. In einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zum „Hanten“-Papier (November 2000) heißt es: „Die Bundesregierung beabsichtigt entsprechend der Koalitionsvereinbarung, in dieser Legislaturperiode die Außendarstellung Deutschlands in den Medien zu reformieren.“ Grundlage der Diskussion mit den Ländern sollte das „Hanten“-Papier sein. Das „Hanten“-Papier des BKM stieß allerdings allseits auf massiven Protest, weil es mit seinen Zielsetzungen eindeutig das Gebot der Staatsferne verletzte und z.T. falsche und widersprüchliche Aussagen enthielt. Und deshalb verschwand dieses Papier noch schneller als es vorher verbreitet wurde - wahrscheinlich im Papierkorb.

2001: Funkstille

November 2001: Nida-Rümelin kommt ins Amt und erklärt, dass die Reform der medialen Außenrepräsentanz erst in der nächsten Legislaturperiode erfolgen wird.

Also die groß angekündigte Reform der medialen Außenrepräsentanz Deutschlands wird auf die Zeit nach der Wahl vertagt. Man muss im Hinblick auf die Qualität der Reform wohl sagen, Gott sei Dank, denn dann werden Sie von Rot-Grün mehrheitlich dafür nicht mehr verantwortlich sein.

Es gibt kaum einen Bereich innerhalb der Bundesressorts, wo Versprechen und Wirklichkeit so auseinander klaffen wie in Ihrer Medienpolitik.

Obwohl im Hinblick auf gravierende Veränderungen in Deutschland und in der Welt eine Reform und Verbesserung der medialen Außenrepräsentanz dringlich geboten wäre, hat die rot-grüne Bundesregierung trotz fester Versprechungen konzeptionell nichts zustande gebracht. Wenn man bedenkt, dass die DW etwa ein Drittel des gesamten Etats des BKM ausmacht, wird die Dimension des Versagens noch deutlicher.

Falsch wäre allerdings, zu behaupten, in diesem Bereich wäre gar nichts passiert. Im Gegenteil: Die rot-grüne Koalition hat beim wichtigsten Instrument medialer Außendarstellung, bei der DW, ohne jedwedes Konzept einen finanziellen Kahlschlag vorgenommen, und zwar von für 1999 geplanten 635 Millionen DM auf jetzt 564 Millionen, weitere Kürzungen um 20 Millionen bis 2004 sollen folgen. 400 Mitarbeiter der DW verlieren dadurch ihre Arbeitsplätze.

Und dieses in einer Zeit, in der

der Erklärungs- und Aufklärungsbedarf über Deutschland mit seiner zunehmenden Verantwortung in der Welt dringlicher und größer ist als jemals zuvor. Das ist medienpolitisch wie auch außenpolitisch unverantwortlich.

In der Antwort auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion versucht die Bundesregierung vom eigenen Versagen bei der Reform des Auslandsrundfunks abzulenken, indem sie auf den inzwischen im Rahmen von Pay-TV installierten gemeinsamen Auslandskanal von ARD/ZDF und DW (German TV) als wichtigen Reformschritt hinweist.

Wer die Hintergründe dieses Vorgangs kennt, muss sich schon wundern. Die Idee, ein zusätzliches Pay-TV-Programm durch die DW anzubieten, allerdings überall nur als Pay-TV, hatte der frühere Intendant Dieter Weirich, und er verfolgte sie zielstrebig.

Staatsminister Naumann dagegen hatte während seiner Amtszeit dieses mehrfach öffentlich kategorisch abgelehnt mit der Begründung, man dürfe dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht auf diese Weise den Weg ins Pay-TV ermöglichen.

In Wahrheit hatten die Regierungsfaktionen bei der Forderung nach einer Reform des Auslandsrundfunks primär nie an ein Pay-TV-Informations- und Unterhaltungsprogramm gedacht, sondern natürlich an die originäre DW mit ihren Hörfunkprogrammen in 30 Sprachen sowie an das 24-stündige Fernsehprogramm, das abwechselnd in deut-

schers und englischer Sprache ausgestrahlt wird. Wir im übrigen auch! Und das ist auch richtig, denn der originäre Auftrag der DW im Hinblick auf alle anzusprechenden Zielgruppen -weltweit- wird nach wie vor durch diese Programme erfüllt. Und deswegen dürfen diese Programme finanziell durch das neue Experiment mit Pay-TV in den USA nicht gefährdet werden. Leider müssen wir nach der Antwort auf unsere Große Anfrage davon ausgehen. Warum?

Zum einen ist die finanzielle Kalkulation bei dem Projekt gewagt, ja, zu gewagt. Es sollen in den nächsten 6 Jahren 70.000 Abonnenten in den USA gewonnen werden. Diese müssen zum Empfangen des Programms ca. 400 Dollar für eine Antenne und dann monatlich 15 Dollar bezahlen. Das ist eine hohe Hürde. Vergleichbare Auslandssender wie z.B. RAI-International, die seit vielen Jahren entsprechende Pay-TV-Angebote haben, liegen deutlich unter der Zielzahl der DW.

Dann soll German-TV nach dem Willen der Bundesregierung über die USA hinaus weltweit im wesentlichen als Free-TV-Programm angeboten werden. Dafür fordert die DW zusätzliche 15,4 Millionen DM aus dem Bundeshaushalt, um die Anlaufkosten bezahlen zu können. Die Bundesregierung lehnt dieses ab mit dem Hinweis, das sei ggf. aus eigenen Mitteln der Deutschen Welle zu finanzieren. Ja, woher denn?

Im übrigen halten Fachleute bei

weltweiter Ausstrahlung des Programms im Free-TV die anfallenden Kosten für deutlich höher, denn man braucht zusätzliche, teurere Satelliten, und die weltweiten Rechte sind im Free-TV um ein Vielfaches höher als im Pay-TV.

Zu diesen Fragen erwarten wir eine klare Antwort des Staatsministers. Wie wollen Sie was finanzieren? Oder haben Sie vielleicht vor, das bisherige Fernsehprogramm der DW zu ersetzen durch das deutschsprachige Gemeinschaftsprogramm von German-TV? Mit welchem Fernsehprogramm sollen dann die nicht deutsch sprechenden Multiplikatoren in der Welt, die als Zielgruppe für Deutschland am wichtigsten sind, erreicht werden? Bei Ihrer Antwort ... könnte man meinen, Sie wollen diese Zielgruppe nur mit einem Online-Angebot bedienen. Das wäre völlig inakzeptabel! Ein Online-Angebot ist wichtig, aber kann zum Fernsehprogramm immer nur ergänzend hinzukommen, zumal auf absehbare Zeit damit nur ein Bruchteil der Menschen in der Welt erreicht werden kann.

Alle diese Fragen werden in der Antwort der Bundesregierung offen gelassen. Ich sage Ihnen: Sie haben nach wie vor kein finanziell und inhaltlich seriöses Konzept. So kann man keine Medienpolitik machen!

Im übrigen darf bei allen notwendigen Diskussionen übers Fernsehen der Hörfunk nicht vergessen werden. Er ist das eigentliche Flaggschiff der DW. Mit einem Programmangebot in 29

fremden Sprachen erreicht der Hörfunk wirklich flächendeckend fast alle Regionen in der Welt. Die immens wichtigen Sprachkurse sind nur über Hörfunk möglich. Hier steht die Digitalisierung vor der Tür. Sie wird viel Geld kosten, aber die Qualität des Hörfunkempfangs entscheidend verbessern. Durch den finanziellen Kahlschlag ist auch für den Hörfunk der DW praktisch das Ende der Fahnenstange erreicht. Finanzielle Spielräume für zusätzliche, aus politischen Gründen möglicherweise notwendige Programmangebote in Krisenregionen der Welt sind nicht mehr vorhanden.

Zu der von der CDU/CSU wie auch vom neuen Intendanten gestellten Forderung, für die DW eine verlässliche, mehrjährige finanzielle Planungssicherheit zu schaffen und damit die Staatsferne zu sichern, äußern Sie sich nebulös. Sie wollen es prüfen! Ja, welche Meinung haben Sie denn, Herr Nida-Rümelin, als Medienminister? Können Sie sich es mit uns vorstellen, eine Art KEF, also eine politisch unabhängige Kommission zu installieren, die bei der Ermittlung des Finanzbedarfs dem Parlament einen Vorschlag unterbreitet? Wir erwarten hierzu eine klare Aussage!

Zu verständlicher Irritation hat die Aussage der Bundesregierung geführt, nach der ein im Rahmen des Programms der DW vorgesehener interkultureller Dialog durch eine Neudefinition des Programmauftrags auch im Inland möglich sein sollte. Für die CDU/CSU-Fraktion ist ganz klar:

Der Bund hat ausschließlich eine Kompetenz für den Auslandsrundfunk und damit kann sich der Programmauftrag der DW nur auf das Ausland beziehen. Rundfunk im Inland ist Ländersache.

Die Bundesregierung erweist sich mit solchen Forderungen einen „Bärendienst“ und belastet das notwendigerweise gute, kooperative Verhältnis zwischen Bund und Ländern sowie zu ARD und ZDF.

(s. auch die Große Anfrage Drs. 14/6954: „Zukunft des deutschen Auslandsrundfunks“)

Rot-Grün für Standortaufgabe Bonn des Goethe-Instituts Inter Nationes verantwortlich

(Steffen Kampeter; MDB/ Dr. Norbert Lammert, MdB, zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Neue Struktur der Verwaltungszentrale des Goethe-Instituts Inter Nationes“; 5. Juni 2002)

Die Antwort der Bundesregierung bestätigt die Vermutung, dass die Bundesregierung aktiv an der Beschlussfassung des Präsidiums des Goethe-Instituts Inter Nationes (GI) beteiligt war, die Bestandsgarantie für den Standort Bonn bis mindestens zum 31. März 2005 nun als den spätesten Termin der Auflösung zu betrachten.

Die Standortgarantie war Voraussetzung für die Zustimmung der Mitgliederversammlung von

Inter Nationes zu der am 21. September 2000 getroffenen Fusionsvereinbarung der beiden Institute. Nachdem sich die Vertreter der Bundesregierung damals aktiv am Zustandekommen dieser Vereinbarung einschließlich der Bestandsgarantie beteiligt haben, haben sie inzwischen offenkundig diese Grundlage der Fusion beider Institutionen aufgegeben.

Bereits ein Jahr nach dem Beschluss über eine Fusion der Institute hatte das Auswärtige Amt dem GI im Dezember 2001 mitgeteilt, dass es seinen Stellenplan in der Verwaltungszentrale bis zum Jahr 2008 um rund 20% reduzieren müsse. Dieser Zwang zur deutlichen Reduzierung von Planstellen war unmittelbarer Anlass für die Überlegung, die Verwaltung zu konzentrieren und dafür den Bonner Standort aufzugeben.

Dass dies nun vor Ablauf der zugesicherten Bestandsgarantie geschehen soll, zeugt weniger von kluger Planung als von Aktionismus. So ist noch völlig offen, ob und wann ein entsprechender Sozialplan für die 90 in Bonn beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Stande kommt. Und vor dem Hintergrund, dass in Bonn zahlreiche internationale Organisationen im Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturbereich tätig sind, hält die Bundesregierung ihre eigene Entscheidung schon jetzt für „besonders bedauerlich“. Das ist verständlich, schließlich war dieser Standortvorteil bisher ein entscheidendes Argument für die Beibehaltung des Sitzes in Bonn.

Unverständlich hingegen ist die Bemerkung der Bundesregierung, dass sich „zahlreiche Mitglieder des Bundestages“ dafür ausgesprochen hätten, die durch die Fusion frei werdenden Mittel für die Programmarbeit des GI zu verwenden. Vielmehr hat das Parlament seine Zustimmung zur Fusion davon abhängig gemacht, dass diese Mittel für die inhaltliche Arbeit verwendet werden können. Schon bei den Beratungen zum ersten Haushalt des fusionierten Instituts im Herbst 2001 konnte nur durch eine Intervention der CDU/CSU-Fraktion in buchstäblich letzter Minute die Fusionsrendite für das GI gesichert werden: mit Zustimmung des ganzen Hauses.

Bilanz von Rot-Grün in der Filmpolitik mehr als mager: 19 Prozent Marktanteil für den deutschen Film

(Bernd Neumann, MdB, anlässlich der Verleihung des Deutschen Filmpreises; 14. Juni 2002)

Das zurückliegende Jahr war für den deutschen Film das erfolgreichste seit langer Zeit. Der Marktanteil hat fast 19 Prozent erreicht. „Der Schuh des Manitu“ von Regisseur „Bully“ Herbig ist mit mehr als 11 Millionen Zuschauern im Kino der erfolgreichste deutsche Film aller Zeiten und das mit einem Budget von nur 9 Millionen DM. Auf dem Filmmarkt in Cannes war Herbig's Western-Persiflage ein deutscher Verkauf-Hit. 2001 gab es 9 deutsche Filme, die in unseren

Kinos mehr als 1 Millionen Besucher erreichten, auch das ist bemerkenswert.

Dieses ist kein Grund zur Euphorie, denn die Zahlen sind nicht stabil, sie hängen von wenigen besonders erfolgreichen Filmen ab - allerdings ist dieses in Frankreich mit dem Film „Amelie“ ebenso... Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den deutschen Film steht weiterhin auf der politischen Agenda. Die Stärkung deutscher Produzenten im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb sowie im Hinblick auf die Unabhängigkeit vom Fernsehen ist ein wichtiges Ziel der CDU-Filmpolitik. Die jüngste Novellierung des Urheberrechts hat zu dieser Zielsetzung nichts beigetragen. Im Gegenteil - der neue Bestseller-Paragraphen wirft für die Filmwirtschaft zusätzliche Probleme auf. Deshalb will die CDU/CSU in der nächsten Legislaturperiode das Urheberrecht im Sinne der Filmwirtschaft verbessern und darüber hinaus sicherstellen, dass bei der Umsetzung der EU-Richtlinie zum Urheberrecht die Interessen des deutschen Films voll berücksichtigt werden. Der „Medienerlass“ des Finanzministers ist dringlich zu überarbeiten mit dem Ziel, dass grenzüberschreitende Koproduktionen wieder ohne Barrieren ermöglicht und nicht - wie jetzt - fast verhindert werden.

Die Absicht im Konzept der Bundesregierung, die Kino- und Videoabgabe um einige Prozente zu erhöhen, halten wir für sehr problematisch. Angesichts des Kinosterbens sollten zur Zeit keine weiteren Belastungen auf die

Kinos zukommen. Zur Zeit zahlen die Filmtheaterbesitzer jährlich ca. 18 Millionen Euro Abgaben, eine Erhöhung um 1 % vom Jahresumsatz ergäbe eine Summe von ca. 9 Millionen Euro. Dies kann von den zum größten Teil noch mittelständischen Unternehmern nur schwer verkraftet werden.

Die zu Beginn dieser Legislaturperiode geschaffene Funktion eines Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien sowie der damit korrespondierende Bundestagsausschuss sollten beibehalten werden. Jedoch müssen die Zuständigkeiten in diesem Bereich, die z.Z. auf mehrere Ministerien verteilt sind, möglichst gebündelt, die Verantwortlichkeit des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gestärkt werden. Ein engeres und kooperativeres Verhältnis zwischen Bund und Ländern ist nötig - dies gilt insbesondere für den Filmbereich, denn die finanziellen Beiträge der Länder sind um ein Vielfaches höher als die des Bundes.

Ein Staatsminister für Kultur und Medien muss mehr sein als ein Anregungsminister bzw. als eine kulturelle Galionsfigur.

So sehr mehrfache Diskussionsrunden des Bündnisses für den Film interessant waren, noch wichtiger wäre der entsprechende Vollzug gewesen. Diesbezüglich sieht die Bilanz der rot-grünen Bundesregierung in der zurückliegenden Legislaturperiode mehr als mager aus.

Musikwirtschaft - Taten nicht in Sicht
Deutsche Musikwirtschaft befindet sich in der größten Krise seit ihrem Bestehen
(Steffen Kampeter, MdB/
Dr. Norbert Röttgen, MdB
zur Antwort auf die Kleine
Anfrage zum Rahmenkonzept
für die deutsche Musik-
wirtschaft; 3. Juli 2002)

Über die nun vorgelegte Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU kann man nur enttäuscht sein. Die Bundesregierung zieht sich in Sachen Musikwirtschaft zurück auf die Beschreibung von Problemfeldern, Taten sind keine in Sicht. Und das, obwohl sie schon im Oktober 2000 von Seiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf die Sorgen und Anliegen der Musikwirtschaft hingewiesen worden war. 20 Monate später ist die rot-grüne Bundesregierung von konkreten Ergebnissen noch weit entfernt. Die Umsetzung der Urheberschutzlinie der Europäischen Union in nationales Recht ist auf die lange Bank geschoben. Die Bundesregierung will offensichtlich weiter dem Diebstahl geistigen Eigentums zuschauen, wie er durch das illegale Klonen von Tonträgern erfolgt. Damit ist das drängendste und berechtigte Anliegen der Musikwirtschaft vorerst auf Eis gelegt.

Die Forderung der Union nach einem Musikexportbüro wird zwar aufgegriffen, die Überlegungen sind aber erst einmal in die nächste Legislaturperiode vertagt.

Die Bundesregierung hat bis zur Sommerpause ein Diskus-

sionspapier zur Förderung der Rock- und Popmusik angekündigt, aber bis zum heutigen Tag, an dem der Kulturausschuss letztmalig in dieser Legislaturperiode tagt, nichts vorgelegt... Die Neuregelung der Ausländersteuer wird von vielen Finanzämtern noch nicht umgesetzt - die Bundesregierung schaut hilflos zu...

Antisemitismus, wo immer er auftritt, ist nicht akzeptabel
(Aus der Rede von
Dr. Norbert Lammert, MdB;
27. Juni 2002)

Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „Jüdisches Leben in Deutschland“, über den heute Abend abschließend befunden wird, stammt aus dem Herbst des vorletzten Jahres. Anlass waren damals Anschläge auf jüdische Einrichtungen in Deutschland.

In der Debatte, die der Deutsche Bundestag damals auf unsere Anregung hin spontan vereinbart hat, hat unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz die Anliegen verdeutlicht, die wir in unserem Antrag formuliert haben: das demonstrative Bekenntnis zu jüdischem Leben in Deutschland, die Würdigung des herausragenden Beitrags jüdischer Bürgerinnen und Bürger zur Entwicklung von Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur in Deutschland, die Erinnerung an NS-Diktatur und Holocaust, die Bekräftigung der besonderen Verantwortung Deutschlands, die Aufforderung

zu Toleranz und Respekt, zu Zivilcourage im Alltag und unsere Freude über die Wiederbegründung jüdischer Gemeinden in Deutschland sowie deren Unterstützung. Nichts davon hat sich seitdem erledigt, das Anliegen nicht, die Erklärungen nicht, die Anlässe leider auch nicht.

Seit der damaligen Debatte ist manches geschehen, in Israel wie in Deutschland. Der Umgang mit dem Thema ist nicht leichter geworden. Dies ist neben den schrecklichen Ereignissen in Israel und Palästina die Folge einer Auseinandersetzung in Deutschland in den letzten Wochen, von der sich heute vermutlich alle Beteiligten wünschen, dass sie uns erspart geblieben wäre.

Diese Debatte war durch zum Teil absurde Vorwürfe, haltlose Verdächtigungen, maßlose Übertreibungen, unbegreifliche Entgleisungen und tiefe Verletzungen gekennzeichnet, nicht nur auf einer Seite.

Die Folgen dieser Auseinandersetzung sind keineswegs überwunden. Eine ganz unmittelbare bedauerliche Folge ist, dass wir heute keine gemeinsame Beschlussempfehlung haben, obwohl sich der Antrag der Koalitionsfraktionen das damals formulierte Anliegen der Union nicht nur in der Sache, sondern weitgehend auch in den Formulierungen ausdrücklich zu Eigen macht.

Die Beschlussempfehlung hat nun freilich eine andere Überschrift und damit einen etwas anderen Akzent.

Deswegen nutze ich die Gelegenheit gerne, vor der Abstimmung über diese Beschlussempfehlung die Positionen unserer Fraktion noch einmal zu verdeutlichen... Wo immer Antisemitismus auftritt, ist nicht akzeptabel. In Deutschland ist er unerträglich.

Die deutsche Geschichte begründet bei diesem Thema eine besondere Empfindlichkeit. Dies rechtfertigt nicht jede Maßlosigkeit in der Zurückweisung tatsächlicher oder vermeintlicher Verstöße gegen diesen Konsens aller Demokraten. Schon gar nicht rechtfertigt dies, Herr Kollege Özdemir, die Attitüde moralischer Überlegenheit bei gleichzeitiger Rücksichtslosigkeit bis zur Menschenverachtung.

Wir haben sowohl für jüdische Bürger in Deutschland wie für das Existenzrecht und die Sicherheit des Staates Israel sowie auch für jedes andere Volk eine besondere Verantwortung. Dies schließt die kritische Auseinandersetzung über den Eindruck von Fehlentwicklungen, Versäumnissen oder Verirrungen in Deutschland wie in Israel nicht aus, sondern unbedingte Einigkeit. Israel muss mit denselben moralischen Maßstäben wie jeder andere Staat gemessen werden.

Diese Selbstverständlichkeit hat vor wenigen Wochen der israelische Publizist Uri Avnery unmissverständlich festgehalten. Er hat hinzugefügt - ich zitiere -: Das Schreckliche, das Deutsche den Juden vor 60 Jahren angetan haben, hat mit der heutigen israelischen Politik nichts zu tun. Daraus den Schluss zu ziehen, Deut-

sche müssten schweigen, wenn sie glauben, dass wir Unrecht begehen, ist unmoralisch. Das Vermächtnis des Holocaust sollte doch sein, dass gerade Deutsche mehr als andere gegen Unrecht auftreten, ganz egal wo es passiert.

Deswegen habe ich insbesondere an die jüdischen Mitbürger und nicht zuletzt auch an die Repräsentanten die herzliche Bitte: Nehmen Sie konstruktive Kritik an der Politik Ihres Landes bitte nicht übel, sondern ernst.

Missverstehen Sie deutliche Worte ausgewiesener, jahrzehntelanger Freunde Israels nicht als Abwendung von Ihrem Land oder gar als populistische Verirrung, sondern verstehen Sie sie als Ausdruck einer hellen Verzweiflung über manche Entwicklungen in Ihrem Land, die uns und Ihnen alles andere als gleichgültig sein können.

Im Bewusstsein unserer Geschichte und unserer Verantwortung wollen wir die historische Erinnerung an die NS-Diktatur und den Holocaust wach halten. Aber wir wollen und dürfen jüdisches Leben in Deutschland nicht auf Erinnerungskultur reduzieren. Die beiden wichtigen Entscheidungen des Deutschen Bundestags in dieser Legislaturperiode - die Entscheidung für den Bau eines Mahnmals für die ermordeten Juden Europas und die Entscheidung zur Übernahme des Jüdischen Museums Berlin in die Zuständigkeit des Bundes und damit in nationale Verantwortung - sind Zeugnis dieser Verpflichtung und zugleich Ausdruck der

notwendigen Verbindung des einen mit dem anderen.

Wir wollen wieder an die jahrhundertelange Tradition des Zusammenlebens in Toleranz und gegenseitigem Respekt, die es in Deutschland gegeben hat, anknüpfen. Deshalb begrüßen und fördern wir das Entstehen und Wachsen jüdischer Gemeinden als Ausdruck des Vertrauens in unsere Demokratie und als Bereicherung für unser Land.

Wir wollen nicht nur eine Vertiefung des Dialogs, sondern insbesondere des christlich-jüdischen Dialogs der Religionen. Wir wünschen uns vor allem eine Vertiefung in der Alltagskultur, in der Begegnung und in der gelebten Gemeinsamkeit...

Ich weiß, dass diese Erinnerungen kommen. Ich will, dass sie bleiben. Aber noch wichtiger als die Erinnerungen müssen uns die Menschen sein. Deswegen wünsche ich mir, dass jüdische Bürgerinnen und Bürger kommen, und ich hoffe, dass sie bleiben können.

Deutschland beim internationalen eGovernment-Vergleich auf einem der hinteren Plätze!

(Dr. Martina Krogmann, MdB, zum Jahreskongress der Initiative D21; 28. Juni 2002)

Der aktuelle Kommentar des Bundesinnenministeriums zum D21-Kongress, die „eGovernment-Initiative der Bundesregie-

„rung ist auf einem guten Weg“, lässt den steuerzahlenden Bürger staunen. Gleich in zwei aktuellen Studien landet Deutschland beim bürgerorientierten eGovernment vollkommen abgeschlagen auf einem der hinteren Plätze: In einer von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Studie, die zum zweiten Mal die eGovernment-Entwicklung der 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie die Islands, Norwegens und der Schweiz untersucht, belegt Deutschland beim bürgerorientierten eGovernment einen kläglichen 14. Platz.

Auch bei der eGovernment-Untersuchung der Unternehmensberatung accenture nimmt Deutschland im entscheidenden Bereich „Qualität und Intensität der Online-Bürgerbeziehungen“ nur Platz 20 ein - von 23 möglichen! Dieses ist die Quittung für den falschen Ansatz von Rot-Grün: Statt beim eGovernment von den Bedürfnissen der Bürger auszugehen und sich an diesen zu orientieren, hat die Bundesregierung den Bürgern „von oben herab“ eGovernment-Projekte vor die Nase gesetzt!... Es fehlt eine klare Vision und Gesamtstrategie...

Entscheidung der Bundesregierung zur Filmpolitik erneut vertagt: Zwischenbericht mit vielen vagen Ankündigungen
(Bernd Neumann, MdB;
4. Juli 2002)

Nach zahlreichen „Bündnis-für-den-Film“-Aktivitäten und diversen Vorlagen aus dem

Hause des BKM liegt am Ende einer vierjährigen Legislaturperiode leider nur ein Zwischenbericht vor, mit vielen vagen Ankündigungen, lehren Absichten, aber leider kein endgültiges Konzept... Bei den von der Politik zu verantwortenden Rahmenbedingungen, die sehr entscheidend sind für die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Films, ist man keinen Schritt weitergekommen. Wiederum enthält der Bericht nur Forderungen an den Bundesminister für Finanzen (BMF), aber keine Entscheidungen.

So werden z.B. zu Medienfonds und internationalen Koproduktionen Klarstellungen vom BMF verlangt. Mögliche steuerliche Maßnahmen zugunsten des Films werden überhaupt nicht konkretisiert („auf lange Sicht erstrebenswert“). Zum Urheberrecht und die nötige Verbesserung für den Film fehlt jede Aussage. Das ist nun wirklich das Eingeständnis völliger Erfolglosigkeit in dem Bereich, der von der Bundesregierung allein verantwortet wird.

Es gibt eine Reihe interessanter Einzelvorschläge zur Förderung. Sie müssen mit Fachleuten geprüft werden. Der Hauptauftrag der Filmförderungsanstalt (FFA), die „wirtschaftliche Filmförderung“ wird durch die einzelnen Vorschläge sehr verwässert. So sehr neue Ansätze bei der „kriterienbasierten Referenzförderung“ zu begrüßen sind, darf das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden. In erster Linie muss der wirtschaftliche Erfolg des deutschen Films verbes-

sert werden; je mehr die rein kulturellen Aspekte die Förderung dominieren, desto weiter entfernen wir uns davon, Filme wirtschaftlich und damit erfolgreicher zu gestalten.

Die in dem Zwischenbericht in Aussicht genommene „signifikante Anhebung der Förderetats“ ist unrealistisch. So ist z.B. die angekündigte Erhöhung der Einnahmen zur Filmförderung durch eine Erhöhung der Fernseh-Abgaben (allein beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk um zusätzlich 40 Millionen Euro - jetzt 6,5 Millionen) illusorisch. Eine Erhöhung der Kinoabgabe zum jetzigen Zeitpunkt wirkt kontraproduktiv.

Das Problem in Deutschland ist ja weniger, dass die Fördermittel zu knapp sind, sondern dass aus den fast 200 Millionen Euro Fördergeldern zu wenige erfolgreiche Filme entstehen. Die Einführung eines Investitionsbeitrages (Quote am Programm) für Fernsehveranstalter zugunsten europäischer Werke unabhängiger Produzenten ist abzulehnen. Sie führt allein aus Definitions- und Überprüfungsproblemen zu riesiger Bürokratie; sie schadet dem Anliegen mehr als sie ihm nutzt...

Antrag: Systematisierung der Kulturförderung von Bund und Ländern

(Drucksache 14/8736)

Die Ministerpräsidenten der Länder haben in ihren Konferenzen im Dezember 2001 und im März 2002 beschlossen, eine Systematisierung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern bei der Kulturförderung („Entflechtung“) herbeizuführen. Dabei geht es neben der Mitwirkung der Länder in der Kulturstiftung des Bundes auch um die Frage einer gemeinsamen Kulturstiftung der Länder und des Bundes sowie die künftige Verantwortung für die bisher gemeinsam getragene Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Bund und Länder verhandeln inzwischen in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe über Möglichkeiten der Systematisierung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern im Kulturbereich.

Mit diesen Absichten ist im Kern die Zukunft des Kulturföderalismus in Deutschland betroffen. Die Überlegungen um und spätere Entscheidungen zur Förderung national und international bedeutender Kultureinrichtungen durch Bund und/oder Länder in der Hauptstadt Berlin, in der Bundesstadt Bonn und in den Ländern, die Pflege nationaler Stätten des Weltkulturerbes sowie eine möglicherweise veränderte Lastenverteilung bei der Finanzierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz haben weitreichende Folgen für die Entwicklungschancen und Arbeitsbedingungen vieler anderer Kulturinstitutionen, Festspiele und Projekte, die gegenwärtig regelmä-

ßig oder gezielt auch vom Bund gefördert werden.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag steht dem Bemühen um eine stärkere Systematisierung kultureller Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern aufgeschlossen gegenüber. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Stärkung der Kulturförderung in Deutschland im Vordergrund steht.
2. Die Sicherung, Pflege und Förderung national und international bedeutsamer Kultureinrichtungen ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern.
3. Die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz hat sich bewährt und sollte daher allenfalls modifiziert, nicht aber grundsätzlich aufgegeben werden.
4. Die Mitverantwortung des Bundes für herausragende Einrichtungen und Ereignisse im Kunst- und Kulturbereich darf nicht auf die Hauptstadt Berlin und die Bundesstadt Bonn beschränkt sein.
5. Eine alleinige Verantwortung des Bundes für Gedenkstätten ist weder sachgerecht noch praktikabel.
6. Der Deutsche Bundestag erwartet eine regelmäßige Unter- richtung durch die Bundesregie-

rung über den Stand der Verhandlungen mit den Ländern.

7. Abschließende Entscheidungen bedürfen nicht zuletzt wegen der damit verbundenen langfristigen Haushaltswirkungen der Zustimmung des Deutschen Bundestages.

Antrag: Zentrum gegen Vertreibungen

(Drucksache 14/8594)

Der Bundestag wolle beschließen:

Das Thema „Vertreibungen“ ist weltweit und auch in Europa nach wie vor von hoher Aktualität. Vertreibungen sind keine überwundenen Ereignisse der Geschichte, sondern tägliche Vorgänge, die trotz schwerster Menschenrechtsverletzungen an Schuldlosen unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit im allgemeinen Bewusstsein kaum präsent sind.

Deutschland hat aufgrund seiner historischen Erfahrungen und des leidvollen Schicksals von mehr als 15 Millionen Vertreibungsoffern ein besonderes Verhältnis zu den Ursachen wie den Folgen von Vertreibungen. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung für die Aufarbeitung von Geschichte und Schicksal der davon betroffenen Menschen.

Bis heute gibt es in Deutschland keinen Ort, an dem die Gesamtheit der Vertreibungen aufgearbeitet und dokumentiert wird, und der als zentrale Informations- und Begegnungsstätte öffentlich zugänglich ist. Der

Deutsche Bundestag hält daher ein solches Zentrum für überfällig und erforderlich.

Aus diesem Grunde begrüßt der Deutsche Bundestag die überparteiliche Initiative der gemeinnützigen Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, die weltweite Vertreibungen dokumentiert und Wege zur Völkerverständigung und Versöhnung aufzeigt. Ein Projekt von dieser Dimension, das Kultur, Schicksal und Geschichte der Vertriebenen im Zusammenhang erfahrbar macht, ist auch eine gesamtpolitische Aufgabe und bedarf sorgfältiger inhaltlicher und organisatorischer Vorbereitung.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

- die Grundlagen für eine konstruktive inhaltliche und organisatorische Zusammenarbeit mit dem Zentrum gegen Vertreibungen zu schaffen;

- die konzeptionellen Voraussetzungen, die zur Realisierung eines Zentrums gegen Vertreibungen nötig sind, auch im Zusammenhang mit bestehenden Gedenkstätten besonders in Berlin zu schaffen;

- ein geeignetes Gebäude in Berlin als öffentlich zugänglichen Ort der Forschung, Dokumentation und Ausstellung vorzuschlagen und bereitzustellen;

- eine Klärung der möglichen Bereitschaft der Länder, sich an dem Projekt zu beteiligen, herbeizuführen;

- auf der Basis dieser Grundlagen ein Konzept zur Finanzierung zu entwickeln.

Außerdem liegt vor die Kleine Anfrage:

„Stand der deutsch-russischen Verhandlungen über die Rückführung von Kulturgut

Bundestag für Rekonstruktion der Stadtschlossfassade in Berlin: Große Mehrheit für Schlossplatz-Gestaltung ‘in Barock’

Die barocke Fassade des Hohenzollernschlosses soll in der historischen Mitte Berlins wiedererrichtet werden. Dies hat der Bundestag am 4. Juni 2002 entschieden. 384 von 589 Abgeordneten votierten für den Vorschlag, der den Wiederaufbau der barocken Fassade an 3 Seiten eines Neubaus vorsieht. Diese Lösung hatte die von Bund und Land eingesetzte Internationale Expertenkommission empfohlen.

133 stimmten für den offenen Architektenwettbewerb, 63 wollten keine der beiden Varianten. 6 Abgeordnete enthielten sich der Stimme, 3 Stimmen waren ungültig.

Der unterlegene Gegenvorschlag sah vor, dass über die Gestaltung eines Neubaus erst nach einem Architektenwettbewerb entschieden werden sollte. Die Parlamentarier entschieden nach gut einstündiger, teils leidenschaftlicher Debatte ohne Fraktionszwang.

Das Votum des Parlaments in

dem zwölf Jahre dauernden Streit gilt als entscheidende Weichenstellung für die künftige Bebauung des Schlossplatzes in der Hauptstadt, auf dem zur Zeit lediglich der asbestverseuchte Palast der Republik steht. Die im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigte Residenz der Hohenzollern war dort 1950 auf Geheiß der DDR-Führung gesprengt worden.

Entstehen soll das künftige Gebäude in der historischen Mitte Berlins auf dem Grundriss des ehemaligen Stadtschlusses der Hohenzollern. Zugleich befürwortete das Parlament das von einer internationalen Expertenkommission vorgeschlagene Nutzungskonzept als Museum, Bibliothek und Veranstaltungsort.

Für Günter Nooke ist die Entscheidung zum Wiederaufbau die Chance, mehr als eine städtebauliche Wunde heilen. Man werde an diesem Ort in Berlin und darüber hinaus für keinen anderen Entwurf eine Mehrheit in der Bevölkerung finden. Nun müsse man sich mit dem jetzigen Berliner Senat über die Umsetzung des heutigen Beschlusses für den Wiederaufbau verständigen.

Auch Dietmar Kansy befürwortete die getroffene Entscheidung: 90% der Berliner Mitte sei im 20. Jahrhundert verloren gegangen. Kansy: „Das Geschenk der rekonstruierten barocken und klassizistischen Stadt westlich und nördlich des Schlosses verlangt förmlich nach dem Gegenüber auf den anderen Seiten mit der großartigen Architektur Schlüters und Eosanders.“

Da die Berliner Altstadt östlich vom Schloß verschwunden ist, ist das Schloß, das städtebauliche Herzstück der Stadt, die Chance, einen Abschluß dieses Teils des historischen Berlins zu finden, ohne sich Möglichkeiten in Richtung Osten zu verbauen.“

Weniger Hoheit und mehr Kultur: Plädoyer für einen kooperativen Kulturföderalismus

(Dr. Norbert Lammert, MdB; Beitrag für den „Tagesspiegel“, Berlin)

Der deutsche Kulturföderalismus ist als Prinzip ebenso unbestritten wie er in seiner Praxis schwierig ist. Die öffentliche Debatte über die Gründung einer Bundeskulturstiftung, die weder die jeweils besonderen Aufgaben des Bundes und der Länder in der Förderung von Kunst und Kultur aufheben noch ihre gemeinsame Verantwortung ein für allemal vollenden wird, ist dafür ein aufschlussreiches Beispiel.

Dabei drohen im Kompetenzstreit von Bund und Ländern demonstrative Gestaltungsansprüche und verletzte Eitelkeiten in der Wahrnehmung einer vermeintlichen „Kulturhoheit“ mit mehr Nachdruck verfolgt zu werden als die Förderung von Kunst und Kultur. Es überrascht wenig, dass die kleineren Bundesländer prinzipielle Bedenken gegen Aktivitäten des Bundes im Kernbereich ihrer eigenen Zuständigkeiten wegen der Aussicht auf

zusätzliche Bundesmittel für das eigene Land eher zurückzustellen bereit sind als die finanzstarken Flächenländer.

Diese haben sich zunächst mit dem Anspruch einer klaren Trennung der Aufgabenbereiche durchgesetzt und neben der Beschränkung der Kulturstiftung des Bundes auf dessen originäre Aufgaben im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik sowie der Hauptstadtkultur (!) auch gleich das prinzipielle Interesse an Entflechtung von Aufgaben zwischen Bund und Ländern auch im Kulturbereich reklamiert. Auf diesem Wege wird der mühsam durchgesetzte Anspruch des Bundes auf Gründung einer eigenen Kulturstiftung unter den von den Ländern durchgesetzten Bedingungen zu einem doppelten Pyrrhussieg: Der Bund erhält zunächst nicht mehr als einen neuen Fördertopf, und die Länder brechen ohne Not eine Grundsatzebene über die Mitwirkung des Bundes an der Wahrnehmung von Länderaufgaben vom Zaun, deren Verlierer bedeutende Kultureinrichtungen außerhalb der Hauptstadt werden könnten. Die Spekulationen der letzten Wochen über die Zukunft der Stiftung Preußischer Kulturbesitz begründen die schlimmsten Befürchtungen.

Während der Präsident der Stiftung diese zu Recht als Zukunftsmodell darstellt, das die vielstrapazierte Kulturhoheit der Länder nicht nur nicht gefährde, sondern auch und gerade bei der kulturellen Gestaltung der deutschen Hauptstadt zur Geltung bringe, stellt ausgerechnet der

neugewählte Senat dieser Hauptstadt die eigene Mitwirkung an dieser Gemeinschaftsaufgabe in Frage. Dass aber das preußische Kulturerbe nicht nur von den Nachfolgeländern Preußens, sondern als gemeinsames Erbe des neuen deutschen Staates vom Bund und allen seinen Ländern wahrgenommen wird, ist Ausdruck der deutschen, wiedervereinigten Kulturnation und ihres gewachsenen Kulturföderalismus.

In den letzten Jahren ist die gemeinsame Finanzverantwortung nach dem Finanzierungsabkommen zwischen Bund und Ländern immer stärker verloren gegangen, und der Bund hat immer mehr finanzielle Verpflichtungen Berlins übernommen. Er trägt inzwischen rund 80% aller Aufwendungen dieser größten und wichtigsten deutschen Kulturstiftung. Dass nach der unverändert geltenden Satzung trotz dieser einseitigen Finanzierungslast des Bundes in wichtigen Beschlüssen nicht gegen die Mehrheit der Länder entschieden werden kann, ist keineswegs selbstverständlich und ganz gewiss kein Ruhmesblatt für die mit Nachdruck reklamierte kulturpolitische Kompetenz der Länder. Die kontinuierliche Ausdünnung des finanziellen Engagements der Länder ist beinahe eine Selbstabdankung, jedenfalls eine Konterkarierung ihres „Alleinvertretungsanspruchs“ in der Kulturpolitik. Ein Kulturföderalismus, der sich selbst ernst nimmt, kann jedenfalls nicht darin bestehen, dass der Bund die Mittel und die Länder die Gremienmitglieder stellen. So eindrucksvoll ihr kul-

turpolitisches Engagement in den jeweils eigenen Ländern in den meisten Fällen ist, in der Wahrnehmung nationaler Aufgaben der Kunst- und Kulturförderung sind die Länder für den Bund weder eine ernsthafte Konkurrenz noch gibt es überzeugende Kooperation.

Natürlich muss ein Rückzug Berlins aus der Preußenstiftung als Einladung an die übrigen Länder wirken, dem schlechten Beispiel der Hauptstadt zu folgen und dem im allgemeinen kulturpolitischer Eroberungskriege verdächtigten Bund im konkreten die exklusive Verantwortung für das Paradestück des deutschen Kulturföderalismus zuzuschieben. Da die Finanzlage des Bundes sich von derjenigen der Länder und Kommunen nur unwesentlich unterscheidet, könnte dieser einer solchen Aufgabe nur bei gleichzeitiger Verringerung seiner Mitfinanzierungen an andere Stelle - ob in Weimar oder Bayreuth entsprechen, Bund und Länder hätten dann jeweils ihre Ansprüche durchgesetzt. Auch der „Entflechtung“ wäre Rechnung getragen. Nur die Kultur bliebe bedauerlicherweise auf der Strecke.

In der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist Kultur eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Land und Kommunen. Der Streit zwischen Bund und Land um die vermeintliche „Kulturhoheit“ ist dabei doppelt absurd: Zum einen haben die Kommunen über Jahrzehnte hinweg fast die Hälfte der öffentlichen Kulturausgaben finanziert und damit fast genau so viel wie

der Bund und alle Länder zusammen genommen. Zum anderen ist das Verhältnis der Politik zur Kultur kaum missverständlicher auszudrücken als durch den Begriff der „Hoheit“. Ein Staat, der der Kultur mit hoheitlicher Gebärde begegnet, ist sicher kein Kulturstaat. Allen für die Kulturpolitik Verantwortlichen in Bund und Ländern sollte bewusst sein, dass die Kultur in Deutschland nicht einen Streit um Kompetenzen, sondern ihr gemeinsames Engagement verdient.

Nur wenn Bund und Länder die Wahrung und Pflege nationalen Kulturerbes, die Darstellung des Kulturstaates Deutschland im Inland wie im Ausland und die Förderung herausragender Ereignisse und Entwicklungen der aktuellen Kunst- und Kulturszene als Gemeinschaftsaufgabe begreifen und dafür zusätzliche Mittel mobilisieren, wird der föderal verfasste Kulturstaat Deutschland seinem Anspruch gerecht. Ansonsten lohnt nicht einmal die aufgeregte Debatte. Weniger Hoheit und mehr Kultur.

KULTURPOLITIK IN DER PRESSE

Berichtszeitraum April bis Mitte Juli 2002

Deutschland
Allgemeine Trends

Was ist Kunst, was Kultur?

Darüber und was Kulturpolitik eigentlich soll, sinniert die FAZ vom 3. Mai 2002:

„Die Politik, so sagt man gerne, soll nicht selbst Kultur machen, sondern Kultur ermöglichen und dafür das nötige Geld bereitstellen. Die Kultur darf nicht zum Mittel werden. Sie ist doch das Ziel.

Es liegt auf der Hand, daß solche gutgemeinten Formulierungen nichts anderes als ein Sophismus sind, eine unredliche Verschleierung der Tatsache, daß ‚Kultur‘ keinen homologen Begriff darstellt. Selbst wenn nicht gespart werden müßte, wenn also zum Beispiel das Doppelte des jetzigen Etats zur Verfügung stünde, bliebe ja die Frage, für welche Kultur öffentliches Geld ausgegeben werden soll und für welche nicht. Mit was für anderen Maßstäben als ästhetischen und politischen sollte diese Frage gelöst werden? Die beliebte Delegation der Entscheidung an ‚Expertenkommissionen‘ vermag die Frage in der Öffentlichkeit eine Zeitlang in einen angenehmen Nebel zu tauchen. Aber niemand kann verkennen, daß selbst ‚Experten‘ mit ihrem objektivistischen Appeal die politische Verantwortung auf Dauer nicht tilgen können.

Weshalb läßt sich die Öffentlichkeit gleichwohl so bereitwillig auf die Illusion ein, Kulturpolitik sei nichts anderes als Management und hält sich fortlaufend mit der Beurteilung von dessen professioneller Qualität bei Laune? Weshalb wird nicht auch hier die in anderen politischen Bereichen selbstverständliche Transparenz eingefordert? Offenbar ist ‚Kultur‘ im allgemeinen Bewußtsein das, was sich wegen seiner puren Anwesenheit von selbst versteht und über das daher auch nicht mehr gesprochen zu werden braucht.

Auf der anderen Seite ist sie alles, worüber überhaupt gesprochen werden kann: Die ganze Welt, von den ‚lebensweltlichen‘ Milieus bis zur Politik kann in Zeichen aufgelöst werden, über die sich geschmäckerlich diskutieren läßt. Beides hat dieselbe Wurzel: Da die ‚Kultur‘ für das Ganze genommen wird und insofern nicht mehr zu anderen Elementen des Lebens in Beziehung gesetzt werden kann, ist sie sprachlos in ihrer Selbstverständlichkeit und jeder Begründungspflicht enthoben.

So ist sie zum Inbegriff des Status quo geworden. ‚Kultur‘ ist das, was ist und was genau so, wie es ist, immer bleiben soll. Von diesem verlässlichen Boden

aus gewinnt dann auch der Rest der Gesellschaft an subjektiver Berechenbarkeit – und dies paradoxerweise um so mehr, je stärker sich die Kultur als widerständig, skeptisch, alternativ versteht. Die gegenwärtige Gesellschaft läßt sich geradezu dadurch definieren, daß zu ihr ‚Kultur‘ gehört. Welche ökonomischen oder politischen Formen sie sonst auch annehmen mag: ‚Kultur‘ ist als alles durchdringende zu zugleich in Frage stellende Bewußtseinsform die Gewähr dafür, daß alles so weitergehen kann wie bisher. Das Reich der Freiheit, das sie verheißt, öffnet sich heute nicht bloß bei der ekstatischen Begegnung mit einem einzelnen Kunstwerk, sondern beim Konsum der Dienstleistung ‚Kultur‘ als ganzer. Es ist die Freiheit, sich keinem Glauben, keiner Moral und keinem Milieu unterordnen zu müssen, sondern als ‚hybrider Verbraucher‘ ständig zwischen vielerlei Glauben, Moral und Milieus wechseln zu können, ohne auf deren jeweiligen Reichtum zu verzichten. Ein zentrales Paradigma der ‚Kultur‘ ist daher die ‚Vielfalt‘.

So lastet auf allen Beteiligten ein gewaltiger Druck, das Konstrukt eines die vielen unterschiedlichen Erscheinungen überwölbenden, einheitlichen Kulturbegriffs auf keinen Fall aufzulösen. Doch eben das steht, um der Durchsichtigkeit der Debatte willen, jetzt dringend an. Keiner politischen Partei, und erst recht nicht den jetzt in Berlin und im Bund regierenden, sollte mehr nachgesehen werden, daß sie sich über ihren Maßstab bei der Förderung der Künste nicht erklärt.

Das einzige Kriterium, das bisher immer wieder auftaucht, ist das der Kultur als ‚Standortvorteil‘. Doch diesen Maßstab bei der Evaluierung einzelner Einrichtungen beim Wort zu nehmen hieße natürlich, der Kultur ihren spezifischen Nährboden völlig zu entziehen. Da dies auch niemand bestreitet, wird das Argument bloß ordnungshalber vorgebracht, um überhaupt etwas zu sagen.“

Vitruv und die Baukultur

Unklar ist z.B. auch, was der neue Begriff Baukultur besagen soll, dazu die FR vom 03. Mai 2002: „Was aber leistet da der auch durch Marketing stark gemachte Begriff Baukultur. Er ist so leicht handhabbar und knautschbar wie ein Kulturbeutel und nicht anders als die Vertreter der Bauverwaltung und der Politik.

Während Wolfgang Neusüß vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen neben den guten alten Vitruv’schen Grundregeln ... Festigkeit, Nützlichkeit und Schönheit, die technisch solide und den Kostenrahmen nicht sprengende Ausführung als Qualitätsmaßstab bezeichnete, nahm Gabriele Iwersen, als Mitglied der Baukommission des Ältestenrates des Deutschen Bundestages den symbolischen Gehalt (und nicht zuletzt den touristischen Wert) von Staatsgebäuden in den Blick. Herrlich heterogen waren die Positionen...“

Da hilft auch ein Bundeskulturministerium nicht weiter, gegen das sich nach der Bundestagswahl im September wieder

einmal Michael Vesper, Kulturminister in NRW, ausgesprochen hat: „Es gibt für ein neues Ministerium nicht nur keinen Bedarf sondern seine Neubildung wäre schädlich für die kulturpolitische Entwicklung in Deutschland ... Zudem ist der Zweck einer transparenteren und wirkungsvolleren Wahrnehmung der Bundeskulturpolitik durch das Amt des BKM bereits erreicht. Was will man mehr?“

Was ist ein Kultursenator?

Einen „Kultursenator“ zu definieren, versucht die SZ in ihrer Silvesterausgabe (2001/2): „Der Kultursenator – Der Kultursenator (Paradisea apoda) ist in der norddeutschen Tiefebene heimisch, in Kulturlandschaften mit üppiger Vegetation. Er ist ein Kulturfolger, der sein ‚Pfauen-thron‘ genanntes Nest mit Vorliebe in großen Städten wie Hamburg oder Berlin baut. Je nach Jahreszeit trägt er ein rot-grünes oder schwarz-gelbes Federkleid. Seine Brut – die schrägen und bunten Vögel des Reviers – wird nur selten flügge. Was die Nahrung angeht, ist der K. ein Allrounder, der sich vornehmlich von der öffentlichen Hand ernährt, aber Sponsorengelder nicht verschmäht. Ist er auf der Balz erfolgreich, tut er es mit flötender Stimme kund, in Notzeiten nervt sein meckernd-heiserer Ruf. Am Ende der Nahrungskette stehend, wird der K. zunehmend als Schädling angesehen. Durch Nichtbeachtung seiner Schonzeit und die fortschreitende Provinzialisierung der Ballungsgebiete ist er akut vom Aussterben bedroht.“

Kliensmann und Künstler für Schröder

Nicht vom Aussterben bedroht sind offenbar jene Künstler, die sich auf die Seite von Kanzler Schröder stellen: Dazu gehören Popsänger Sasha Smudo (Rap-Gruppe „Die fantastischen Vier“), Popmoderator Robby Williams, Schauspielerin Claudia Weisskind, per Anzeige outeten sich Jürgen Kliensmann, Marius Müller Westerhagen, Hannelore Elsner, Iris Berben, Senta Berger, Dominik Graf und Silke Wortmann und die ostdeutsche Popband Puhdys für eine weitere Amtszeit Schröders (Express, 07. Juli 2002).

Gegen „Antiterrorpolitik“

Mehr als 80 deutsche Intellektuelle, darunter die üblichen Horst-Eberhard Richter, Friedrich Schorlemer, Walter Jens, Peter Rühmkorf, Christof Heim und Günter Wallraff haben sich in einem offenen Brief gegen die „Antiterrorpolitik“ der USA gewandt (WELT, 03. Mai 2002).

Buch

Umsatzrückgang

2001 musste Deutschlands Buchbranche Umsatzrückgänge verzeichnen. Der Umsatz der 100 größten Buchverlage ist 2001 um 0,6 Prozent gesunken, so die Branchenzeitschrift „Buchreport“. In 2000 hatten sie noch 3,2 Prozent zugelegt (WELT, 26.03.2002). Derzeit sind offenbar 150 kleine und mittlere Buchhandlungen in Deutschland in ihrer Existenz gefährdet. Denn auch für die ersten vier Monate des laufenden Jahres hat die Branche einen Umsatzrückgang von 3,9 % gemeldet (FAZ 29. Mai 2002).

„Die Bilanz 2002 wird eine Katastrophe“, so die WELT vom 13. Juli 2002.

Aber trotz stagnierender Umsätze steigt die Titelzahl, rd. 83.000 Neuerscheinungen drängen im Jahre 2001 auf den Markt. Lt. Allensbacher Werbeträgeranalyse kaufen aber 45 % der Deutschen überhaupt keine Bücher. Der Buchmarkt wäre somit gesättigt. Hoffnung schöpft die Branche aufgrund des Preisbindungsgesetzes, das noch in 2002 verabschiedet werden soll.

Zum aktuellen Zustand des deutschen Buchhandels siehe den Bericht in der SZ vom 8. Juli 2002:

„Harry-Potter bereinigt: Der Buchhandel übt den Optimismus.“

Erneut Literatur im Kanzleramt

Am 25. März 2002 kam es zur nächsten Runde der Begegnung von Geist und Macht im Kanzleramt. Dazu die WELT vom 27. März 2002: „Der Bundeskanzler lümmelt sich locker auf den Stufen. Er lächelt wie einer, der weiß, dass von ihm das Lächeln erwartet wird: Die lockere Attitüde des Mächtigen, der sich amüsiert, wenn der Konkurrent aus München ziemlich ernst das Bundesverfassungsgericht anrufen will.“

Besondere Aufmerksamkeit der Feuilletons fand der

Gesprächsabend mit Martin Walser

Schon im Vorfeld dieses Gespräches von Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Martin Walser am 08. Mai 2002 wurden erhebliche Proteste geäußert. So wird Michel Friedman, Vizepräsident des Zentralrats, mit der Frage zitiert: „Sollen mit dieser Veranstaltung rechtsnationale Wähler angesprochen werden?“ und Friedman weiter: „In jedem Falle ist die Veranstaltung mit dieser Besetzung und im Beisein des Bundeskanzlers ein Widerspruch, der die Glaubwürdigkeit Gerhard Schröders im Angesicht der Initiative ‚Gegen Vergessen‘ und seines Anspruchs, einen ‚Aufstand der Anständigen‘ relativiert.“ (FAZ, 08. Mai 2002).

Dazu auch die FAZ vom 10. Mai 2002 „Walser ist gerade nicht der Repräsentant der ‚Schlussstrich-Mentalität‘, son-

dern im Gegenteil die leibhaftige Inkarnation des ewigen Nachkriegsdeutschen. Scham und Schande sind seine Obsession. So wie Schröder wird er nie lächeln können.“

Pragmatisch sieht das Ganze die FR vom 10. Mai 2002: „Leser sind auch Wähler, und wenn ein Autor sehr viele Leser hat, Hunderttausende sogar, ist er auch für Politiker interessant, zumal in Zeiten, in denen alle Zeichen auf Wahlkampf gestellt werden. Wenn dieser Autor dann auch noch zu der Handvoll prominenter Intellektueller des Landes zählt, weil er nicht nur zahlreiche Bücher geschrieben sondern auch zahllose politische Stellungnahmen von sich gegeben hat, da führt kaum mehr ein Weg an ihm vorbei.“

Und an anderer Stelle die FAZ vom 10. Mai 2002: „Von einem Satyrspiel muss man jetzt reden, weil die vehementen Proteste, denen sich Walser die SPD als Gastgeber sowie Gerhard Schröder als Redner und Gesprächspartner ausgesetzt sahen, Züge unfreiwilliger Selbstparodie trugen.“

Die WELT vom 10. Mai 2002 kam zu dem heute schon wieder überholten Diktum: „Die sattsam bekannten pawlowschen Reiz-Reaktionsschemata, denen lange jede vergangenheitspolitische Debatte folgte, haben sich erschöpft. Schröder und Walser waren sich über Nation, Patriotismus und demokratische Kultur ganz einig.“

Wiederum auf eine andere Facette hebt die ZEIT vom 08. Mai 2002 ab: „Walsers private Seh-

sucht nach den Segnungen des Wegschauens, der bisher als geistiger Rückschritt in der langjährigen Debatte über die moralisch-politische Herkunft der Bundesrepublik aus der Niederlage des Nationalsozialismus galt. Sein operettenhaftes Argumentationsgeheimnis lautete: „Glücklich ist, wer vergisst was nicht mehr zu ändern ist.“ Zweifellos sprach er Tausenden, wenn nicht Hunderttausenden, aus der Seele.“ Das alles vor der eigentlichen Walser-Debatte im Juni/ Juli 2002, die wir hier nicht dokumentieren, weil es sich nicht um eine kulturpolitische handelt.

Lesen im „Roten Rathaus“

Und natürlich will sich auch Klaus Wowereit mit Literaten schmücken. Es gibt jetzt auch „Literatur im Roten Rathaus“. Zum Auftakt ging es um „Deutschland – auf der Suche nach der Mitte“.

„Ritter der Schwafelrunde“, titelt die SZ vom 10. April 2002.

Bibliothek und Internet

Dazu s. den Beitrag in der FAZ vom 18. April 2002: „Das Grauen der Weisheit. Die Bibliotheken vor dem Ansturm der digitalen Techniken.“

„Bibliotheken 2007“

Fragen stellt die FAZ vom 08. Juni 2002 an das von der Bertelsmann-Stiftung gemeinsam mit dem Dachverband der deutschen Bibliotheksverbände (BDB) gestarteten Projekt „Bibliotheken 2007“: „Um bloß ein weiteres

Papier kann es bei ‚Bibliotheken 2007‘ sicher nicht gehen... Leistungsparameter, qualitative Standards und ein simples Ranking von guten und schlechten Bibliotheken rechtfertigen weder die von der Bertelsmann-Stiftung bereitgestellten 500.000 Euro noch vor allem den immensen Aufwand der beteiligten Bibliotheken und Bibliothekare. Die BDB als Partner der Bertelsmann-Stiftung wird in ihrer ganzen Kompetenz gefragt sein.“

Buchpreisbindung: Streit beigelegt

Der im vergangenen Jahr noch einmal heftig tobende Streit zwischen deutschen Buchhändlern und der EU-Kommission ist beigelegt (s. *Kulturpolitische Umschau-Im Gespräch Nr. 7/2000*). EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti erklärte, er habe grundsätzlich „kein Problem mit nationalen Buchpreisbindungssystemen“ (WELT, 23.03.2002). Die Brüsseler Behörde akzeptierte damit eine Verpflichtungserklärung des Börsenvereins und mehrerer Verlagshäuser, in der deutsche Bücher insbesondere über das Internet grenzüberschreitend und preisungebunden direkt an Kunden in Deutschland verkauft werden (FAZ, 25.03. 2002).

Jedenfalls hat das Bundeskabinett ein neues Gesetz auf den Weg gebracht, das am 01. Oktober 2002 in Kraft treten und damit der Buchpreisbindung in Deutschland eine solide rechtliche Basis verschaffen wird, so Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin zur Eröffnung der Leipziger Buchmesse: „Denn Bücher

sind eben nicht nur Waren wie Salatöl oder Benzinkanister, Bücher sind zugleich auch Kulturgüter und brauchen deshalb auf dem Markt einen besonderen Schutz.“ (WELT, 22.03.2002).

Film

Wieder höhere Zahlen...

Der Marktanteil einheimischer Produktionen stieg im ersten Quartal 2002 auf 15,9 % (FAZ, 24. Mai 2002).

... aber auch wieder nicht in Cannes

Auch in Cannes wieder kein deutscher Film dabei. Dazu der Rheinische Merkur vom 02. Mai 2002: „Dieses Jahr ... räumt die Pressesprecherin des cineastischen Berufsambitionisten und Kulturstaatsministers Nida-Rümelin eher etwas resigniert ein, dass die internationale Wahrnehmung des deutschen Films eben leider noch immer unzureichend sei ...“

„Vision“ zur Filmförderung

Unter der Überschrift „Geld allein macht dumm“ richtet die FAZ vom 13. Juni 2002 einen „Zwischenruf zur desolaten Lage“ und unterstellt, das Konzeptpapier von Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin zur Novellierung des Filmförderungsgesetzes habe keine „Vision“. Die von ihm präferierte Referenzförderung huldige „derselben Kaste, die mit ihrem Kleinkrämertum und ihrer blinden An-

biederung Hollywoods die gegenwärtige Imagekrise des deutschen Films wesentlich mitverschuldet hat.“ Kulturstaatsminister Nida-Rümelin will jedenfalls eine Erhöhung der Förderabgabe pro verkaufter Kinokarte und einen größeren Beitrag der Fernsehsender fürs deutsche Kino nach französischem Vorbild, dazu das Interview in der WELT vom 19.04.2002.

Musik

Erhöhung der Urheberrechtsvergütung

Der Präsident des Deutschen Musikverlegerverbandes, Peter Hanser-Strecker, forderte eine Erhöhung der Urhebervergütung für unbespielte Tonträger wie CD-Rohlinge und Leerkassetten von derzeit 6,14 Cent auf mindestens 18 Cent pro Spielstunde. Argumentiert wird mit dem Absatzrückgang bei Tonträgern: wären die jeweiligen Original-CD's gekauft worden statt Privatkopien anzufertigen, hätte die deutsche Musikindustrie in 2001 2,5 Milliarden Euro mehr Umsatz gemacht (WELT, 11.06.2002).

„Korrumpierung ästhetischer Maßstäbe“

Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 21. April 2002 konstatiert, die Freunde der klassischen Musik seien nicht so dumm wie Produzenten glauben: „Hübsche Mädchen allein verkaufen noch lange keine CD's“ und bemerkt dazu: „Marktstrategen ... haben immer noch nicht

begriffen, dass Korrumpierung ästhetischer Maßstäbe negative wirtschaftliche Folgen hat ... Sie faseln von der Demokratisierung der Musik, wenn sie klassisches Allerlei anbieten. Sie halten es für zeitgemäß, das Dideldudeldu mit Fotos zu dekorieren, die den Cover-Charme eines Lore-Romans ausstrahlen. Was mit solchen Alben dargeboten wird, gleicht einer süßen Speise, die im erbrochenen Zustand auf einem silbernen Tablett noch einmal aufgetragen wird.“

Stiefkind Musikunterricht

Deutsche Grammophon-Chef Michael Lang macht das Bildungswesen mitverantwortlich für die aktuelle Klassikkrise in der Phonobranche: „...viel schlimmer ist das staatliche Bildungswesen. Wenn Musikunterricht weiterhin als Stiefkind behandelt wird, spürt das nicht nur die CD-Branche, sondern auch die Konzertveranstalter und Opernintendanten. Liegt das Grundinteresse an Musik erst einmal brach, werden keine Subventionen der Welt helfen, junge Menschen in die Häuser zu locken“ (WamS, 14.07.02).

Theater

Umwandlung

Immer wieder in der Diskussion die Umwandlung von Theatern in GmbHs, so auch in Weimar, wo der Generalintendant des Deutschen Nationaltheaters sein Modell vorstellte, mit dem das Weimarer Haus bis zum Jahr

2008 in seiner Eigenständigkeit erhalten werden soll: Umwandlung in eine GmbH, eigene Haus-tarife, Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld, keine Angleichung der Ost- an die Westlöhne usw.

Dazu die FAZ vom 11. Mai 2002: „Das ‚Weimarer Modell‘ ist aus der Finanznot des Freistaates Thüringen und der Stadt Weimar heraus geboren. Und gerade deswegen verdient der Plan von Stefan Merki Respekt. Er ist ein Anschluss in die richtige Richtung. Andere Theater könnten unter Berücksichtigung der jeweils regionalen Besonderheiten daraus lernen und damit neue Gestaltungsspielräume gewinnen.“

Auch der Deutsche Bühnenverein hat vor dem Hintergrund drohender Zukunftsgefährdung vieler Theater für das nicht künstlerische Personal flexible und theaterspezifische Tarifverträge gefordert. Der geschäftsführende Direktor Rolf Bolwin regte anstelle komplizierter Vergütungsvorschriften die Einrichtung eines „Lohnkorridors“ für die Nichtkünstler an den Theatern an. Hier könne nach Leistung bezahlt werden. (WELT, 27.05.2002).

Finanzierung/Sponsoring allgemein

Urheberrecht

Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 12. Juli 2002 können Autoren über die VG Wort auch grundsätzlich von der Verbreitung ihrer Texte in elek-

tronischen Pressespiegeln profitieren. Das Pressespiegelprivileg gelte nur für elektronische Pressespiegel, die innerhalb einer Behörde oder Firma verbreitet werden (FR, 13.07.2002).

Kulturpolitik im Bund

Alptraum der Spin-Doctors

Die FAZ vom 14. Juli 2002 über Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin: „Die nationale Kulturpolitik auf einer symbolischen Ebene zu vermitteln, die Botschaften zuzuspitzen und die Perspektiven auszuweiten, ist Julian Nida-Rümelin zutiefst suspekt und fast schon körperlich unangenehm ... Keine Aktionen, keine Fotos, keine Geschichte für die Presse, die nicht mit der Propagierung der geleisteten Grundlagenarbeit, der Stiftungsnovelle und des Buchpreisgesetzes u tun hätten ... Der Alptraum eines jeden Spin-doctors.“

Bundeskulturstiftung

Kultur des historischen deutschen Ostens?

Anlässlich der konstituierenden Sitzung des Stiftungsrates der Bundeskulturstiftung in Halle am 21. März 2002 stellte Nobelpreisträger Günter Grass in seiner Festrede noch einmal die

Notwendigkeit einer länderübergreifenden Stiftung heraus, zu deren Aufgaben die Pflege des kulturellen Erbes Deutschlands in den verlorenen Ostgebieten ebenso gehört wie die Förderung der Kultur in Deutschland lebender Minderheiten: „Wie schon zu Beginn der 70er Jahre bin ich auch heute der Meinung, dass wir zwar Land verloren haben, Vertreibung erleiden mussten, aber nirgendwo, in keinem Potsdamer Abkommen, steht geschrieben, dass die kulturelle Substanz dieser Provinzen und Städte in Vergessenheit geraten muss. Die Landsmannschaften als sogenannte Vertriebenenverbände ... sind von der nationalen Aufgabe überfordert, solch kulturelle Bilanz zu ziehen. Die Nationalstiftung sollte versuchen, dieses im Grunde skandalöse Versäumnis auszugleichen.“

„Dazu die WELT vom 23. März 2002: „Vorschläge wie dieser sind es, mit denen Grass die Politiker immer wieder sprachlos macht. Kulturstaatsminister

Julian Nida-Rümelin gelobte, die Anregung in der neuen Stiftung zu beraten. War aber einen Atemzug später schon wieder ganz sicher, dass die Stiftung für manche Idee des Schriftstellers einfach nicht der Ort sei.“

Sie war es offensichtlich nicht, jedenfalls ist dafür aus den Programmschwerpunkten, die im Juli 2002 vorgestellt wurden (FR, 13.07.2002), nichts Konkretes abzuleiten: „Kunst und Stadt“, „Regionalschwerpunkt Osteuropa“, „Kulturelle Aspekte der deutschen Einigung“, „Die kulturelle Herausforderung des 11. September“.

Zentrum gegen Vertreibungen

Auf den polnischen Vorschlag, ein Zentrum gegen Vertreibungen in Breslau zu errichten, antwortete die Präsidentin des BDV, Erika Steinbach, MdB, eine solche Einrichtung sei in Deutschland „längst überfällig ... unser Land darf sich dieser Aufgabe

nicht länger entziehen, wenn auch Sie in Polen diese Thematik aufgreifen möchten, ist es begrüßenswert. Vertreibungen müssen weltweit als menschenrechtswidrig geächtet werden.“ (Beitrag in der WELT vom 18. Mai 2002).

Für die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen hat sich der Bundestag am 04. Juni 2002 ausgesprochen. Ort des Zentrums ist noch offen (WELT, 06. Juli 2002).

„Hauptstadtkultur“

„Pauschale Minderausgabe“

Im März 2002 hat die Vorsitzende des Kulturausschusses des Bundestages, Monika Griefahn, die Forderung Berlins nach Übernahme von weiteren 27 Millionen Euro aus dem Kulturretat der Hauptstadt durch den Bund abgelehnt. Berlins Kultursenator Thomas Flierl (PDS) hatte in seinem Etat für 2002/03 einen Posten von 27 Millionen Euro als „pauschale Minderausgabe“ ausgewiesen und erklärt, der Bund werde diese Summe übernehmen. Zunächst, so Griefahn, werde sie sich dafür einsetzen, dass der Bund für 2002 und 2003 den Berliner Anteil an den Kosten für den Umbau der Museumsinsel in Höhe von 31 Millionen Euro übernimmt. Von 2004 an müsse dann neu verhandelt werden. Eine Übernahme der Sanierung der Staatsoper Unter den Linden lehnte Griefahn ausdrücklich ab (SZ, 25.03.2002).

Über die Zukunft der Berliner Opern jedenfalls gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Während Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) sich die Schließung einer der drei Opern vorstellen kann, will Kultursenator Thomas Flierl erneut mit dem Bund über eine Übernahme der Staatsoper Unter den Linden verhandeln. Dabei zielt sich allerdings der Bund bis heute (WELT, 22. April 2002).

Bekanntnis zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Immerhin hat sich Bayerns Kulturminister Hans Zehetmair zum Verbleib Bayerns in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz bekannt. Er halte es für eine „Sünde gegen die Geschichte“, wenn die Länder ihren angedrohten Ausstieg aus dem gemeinsam getragenen Preußischen Kulturerbe wahr machen sollten: „Ich werde alles dafür tun, dass Bayern nicht aussteigt“, so Zehetmair (FAZ, 27. April 2002).

Museumsinsel: Wer zahlt?

Im Mai 2002 verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder die Kostenübernahme für den Ausbau der Berliner Museumsinsel durch den Bund. Der Bund zahlt in diesem und im nächsten Jahr seinen vertraglich vereinbarten Anteil. Berlin, das durch diverse Entlastungen durch den Bund statt der eigentlich vereinbarten 50 % nur 20 % ermäßigte Investitionskosten aufbringen muss, darf seine Zahlung ab 2003 einstellen. Bis 2005 läuft das Finanzierungsabkommen für die ‚Stiftung Preußischer Kulturbesitz‘. Damit

finanziert der Bund weiterhin 80 % (WELT, 21. Mai 2002).

Ein zügiges Engagement des Bundes für die Berliner Museumsinsel nach 2005 fordert Stiftungspräsident Klaus-Dieter Lehmann. Verhandlungen mit dem Bund müssten für die Jahre ab 2005 zügig aufgenommen werden, dann müsse eine neue Regelung gefunden werden. Die Bundesregierung, die die Übernahme der Landesverantwortung für den Museumskomplex ab 2003 zugesagt hatte, habe den auf 10 Jahre konzipierten Masterplan als Geschäftsgrundlage ausführlich genannt, als Vorentscheidung für das zusätzlich finanzierte Engagement des Bundes ab 2005: „Wer A sagt muss auch B sagen“.

Zu den Baukosten der Museumsinsel siehe auch die FAZ vom 17. Mai 2002.

Beginnen können in jedem Falle die Bauarbeiten am neuen Museum auf der Museumsinsel. Bis 2008 soll das Gebäude wiederhergestellt sein.

„Topographie des Terrors“: kein Geld

Im Sommer 2001 hatte Kulturstatsminister Nida-Rümelin zugesichert, der Bund werde die Hälfte der zuletzt auf 39 Millionen Euro festgesetzten Kosten für die „Topographie“ übernehmen. Die Insolvenz der Baufirma wurde aber offenbar zum Anlass genommen, für 2003 kein Geld in den Haushalt auszustellen. Auch in der bislang vorliegenden Investitionsplanung 2004 bis 2006 bleibt der Bau unberücksichtigt.

„Seht da, Herr Knauserig!“, kommentiert die FAZ vom 12. Juli 2002 den Vorgang (s. auch SZ vom 13.07.2002).

Stadtschloss: Endlich entschieden?

Am 04. Juli 2002 war es soweit: der deutsche Bundestag stimmte mit 384 gegen 133 Stimmen für die Rekonstruktion des Berliner Stadtschlusses mit der Barockfassade.

Auf dem Kreuzzug

Im April hatte die Schlossplatz-Kommission dem Regierenden Bürgermeister und Bundesbauminister Kurt Bodewig den Abschlussbericht übergeben. In der Fassadenfrage wurde aber weiter mit Kreuzzugseifer (SZ, 18. April 2002) gestritten.

Die WELT vom 22. Mai 2002 mokiert sich: „Das Jahr 2040 wird schön. Ein Jubiläum steht an: „50 Jahre Schlossplatzdebatte“.

Auch die ZEIT vom 23. Mai 2002 kann nur noch ironisch argumentieren: „Aus dem ganzen Schlamassel gibt es nur einen Ausweg: den historischen Themenpark „Berliner Stadtschloss“, darin wird in Echtzeit die authentische Baugeschichte des Schlosses nachgespielt. Die Vorteile dieser Lösung werden Wahlkämpfern, Kassenwarten, Historienfetischisten und interessierten Investoren, aber auch den Rekonstruktionsgegnern, sofort einleuchten.“

Der Streit zwischen Schlossenthusiasten und solchen, die ei-

ne eher moderne Bebauung präferieren, zieht sich natürlich auch durch die Feuilletons: die FAZ und die WELT dafür, die SZ eher dagegen.

Die FR vom 18. Mai 2002 versucht sich in folgender Erklärung: „Tatsächlich ist das Kanzleramt nicht das Bauwerk geworden, das Vertrauen in den Staatszweck zu wecken vermag. Und so darf man vermuten, ob nicht mit der verbissenen Sehnsucht nach dem Schloss der mentale Haushalt der Berliner Republik so etwas wie ein Kompensationsgeschäft abwickelt...“ Berlins Kultursenator Thomas Flierl blieb bei Ablehnung und für eine zeitgenössische Architekturlösung: „Die Vergangenheit kann nicht rekonstruiert werden. Auch ein Schloss sollte man nicht klonen.“ (WELT, 27. Mai 2002).

Jedenfalls wurde die für den 16. Mai 2002 geplante Bundestagsdebatte erst einmal kurzfristig abgesagt. Peter Conradi, Präsident der Bundesarchitektenkammer machte überall gegen den Wiederaufbau des Schlosses mobil und mit ihm wohl auch Teile der SPD-Bundestagsfraktion einen Architektenwettbewerb, der die Bebauung des Platzes mit einem „modernen“ Gebäude in den Vordergrund stellt. Eine aber nicht minder starke Gruppe um Bundestagspräsident Thierse an der Spitze plädiert dafür, das Votum der Expertenkommission umzusetzen, das Schloss in seiner historischen Gestalt neu zu errichten. Auch zwischen Schröder und Wowereit gibt es Dissens. Der

Kanzler würde sich getäuscht vorkommen, würde nur eine Fassade errichtet. Hingegen kann sich Wowereit allenfalls ein Gebäude in den äußeren Abmessungen des Schlosses vorstellen. Gregor Gysi ist für das Schloss, ebenso Antje Vollmer, das scheint auch mehrheitlich in der Grünen-Fraktion der Fall zu sein (WELT, 15. Mai 2002).

Bundeskulturminister Nida-Rümelin will hingegen eine Lösung, „die sich an der Grundform des alten Schlosses orientiert, auch an der kleinteiligen Fassadenstruktur, aber die erkennbar etwas Neues ist.“ (FAZ, 15. Mai 2002).

Thomas Flierl will das Wort „Schloss“ vermeiden, er spricht nur von einem neuen Gebäude, und will das Ganze dann Bürgerforum des Wissens und der Kultur nennen. Dazu die FAZ vom 27. Mai 2002: ... könnte man meinen, mit dem Wort ‚Bürgerforum des Wissens und der Kultur‘ sei der Gipfel an sinnleerer deutsch-deutscher Kulturhuberei endlich erreicht. Aber Thomas Flierl gelingt selbst da noch eine Steigerung. „Was denn, so fragte SPIEGEL online, solle in dem neuen Gebäude geschehen? Darauf der Kultursenator: „Die Menschen sollen sich hier begegnen und über ihre Zukunft diskutieren.“ (FAZ, 27. Mai 2002).

Die verschobene Debatte wurde dann am 06. Juni 2002 nachgeholt. Norbert Lammert sprach sich für das Schloss aus. Auch Günter Rexrodt (FDP) verlangte im Namen der Fraktion eine zügige Wiederherstellung des Schlossplatzes in seiner historischen Gestalt. Hingegen verlang-

ten die Grünen, auch moderne Architektur müsse ein Chance erhalten.

Inwieweit sich Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin auf die Schloss-Barockfassade zu bewegt hat, bleibt derzeit noch offen. Er wolle jedenfalls nicht ausschließen, „dass am Ende die Rekonstruktion der Barockfassaden die überzeugendste Lösung sein kann“. (FAZ, 08.06.2002).

Unklarheit bei der Finanzierung

Nach dieser Entscheidung kam sofort wieder der Streit um die Finanzierung des 700 Millionen Euro-Projekts. Bürgermeister Wowereit will den Bund in die Pflicht nehmen, zumal ihm der Palast der Republik gehört. Hingegen will Schlossinitiator Wilhelm von Boddien einen Bauverein gründen und 75 Millionen Euro für die Fassade sammeln. Eine Finanzierungs- und Nutzungslösung will Anfang 2003 eine von Kulturstaatsminister Nida-Rümelin geleitete Arbeitsgruppe vorlegen, die am 10. Juli 2002 zu arbeiten begann (FAZ 13.06.2002). Auf erste Spendenaufrufe sollen bereits 130.000 Euro eingegangen sein, 75 Millionen Euro für die Barockfassade sollen auf diese Weise finanziert werden.

Kulturpolitik in den Ländern

Föderalismus

Auf seiner Frühjahrstagung begrüßte das Kuratorium der Kulturstätten der Länder die Bemühungen von Bund und Ländern, die Kulturstiftung der Länder und die Kulturstiftung des Bundes zu einer von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Kulturstiftung zusammenzuführen. Der Kuratoriumsvorsitzende Rolf E. Breuer gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass von der Ministerpräsidentenkonferenz am 13. Juni deutliche Signale in diese Richtung gegeben würden.

Darauf scheint es tatsächlich zuzusteuern. Am 13. Juli 2002 berichten SZ und WELT, dass eine baldige Fusion beider Stiftungen wahrscheinlich sei: Generalsekretärin Karin von Welck gibt sich jedenfalls „sehr optimistisch“.

Eine Stellungnahme der Bundesstiftung liegt allerdings noch nicht vor, und Bayerns Kulturminister Zehetmair hat dem ganzen erst einmal eine Absage erteilt (FAZ, 17.07.2002). Die Länderstiftung verfügt derzeit über ein Fördervolumen von 16,36 Millionen Euro, von dem der Bund die Hälfte trägt.

Baden-Württemberg

Neues Internetportal „<http://kultur.baden-wuerttemberg.de>“

Medialen Zugang zu allen Kunst- und Kultureinrichtungen des Landes bietet das neue

Internetportal „<http://kultur.baden-wuerttemberg.de>“, das vom Wissenschafts- und Kunstministerium eingerichtet wurde. „Damit finden die Kulturinteressenten, ob breites Publikum oder Kulturschaffende, Fans von Theater, Musik oder Malerei, einen schnellen und bequemen Weg zur Information über das Kulturangebot des Landes“, teilte Michael Sieber, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, am 22. März 2002 in Stuttgart mit.

Die Website ist das Portal zu der neuen Broschüre „Kultur Baden-Württemberg“, die auf 100 Seiten die zum Teil weltweit renommierten Kulturstätten des Landes präsentiert, wie auch zu den Internetseiten der mit Kultur befassten Ministerien. Dadurch werden unter anderem auch die Studiengänge der Kunst- und Musikhochschulen, die Schlösser und Gärten in Baden-Württemberg oder die Bereiche Film und Medien vorgestellt. „Diese Informationen wollen wir in Zukunft ergänzen durch einen landesweiten Kulturkalender im Internet“, sagte Kunststaatssekretär Sieber. Dabei sollen neben einem aktuellen Veranstaltungsservice auch Informationen über Kulturereignisse und Künstler geboten werden.

Nordrhein-Westfalen

Zu einem Fachgespräch Kultur

und Politik, zu dem die Landes-CDU im Mai 2002 nach Düsseldorf eingeladen hatte, siehe den Bericht in der FAZ vom 31. Mai 2002.

Eine Kürzung der Kulturmittel in NRW um 15 Millionen Euro befürchteten die Theaterintendanten im April 2002. Dort wird vermutet, dass mit einem Teil der eingesparten Summe die geplante Ruhr-Triennale gefüttert werden soll (WELT, 05. April 2002). Ganz so schlimm scheint es aber doch nicht zu kommen.

Auswärtige Kulturpolitik

Auslandsschulen in Not

Die 117 deutschen Auslandsschulen mit ihren mehr als 100.000 Schülern sind nach Feststellung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages in Not. DIHK-Präsident Braun sagte im Mai 2002, gerade als exportstarke Nation sei man auf attraktive Auslandsschulen angewiesen, nur dann könne man Fachkräfte mit Familien für längere Auslandseinsätze gewinnen. Der DIHK schlägt die Gründung einer „Gesellschaft zur Förderung der deutschen internationalen Schulen“ vor, die die staatlichen und privat aufgebrachten Finanzmittel bündeln und für eine moderne Führung und inhaltliche Ausrichtung der Schulen sorgen sollten. Die Schulen haben – nach DIHK-Angaben – ein jährliches Budget von 550 Millionen Euro,

davon ein knappes Drittel vom Bund aufgebracht (FAZ, 17. Mai 2002).

Deutsche Welle: Gesetz verschoben

Zur Debatte über die Große Anfrage der Union über die Zukunft der Deutschen Welle bemerkt die FR vom 22.04.2002 über die Rolle des Intendanten der DW, Erik Bettermann: „Wie selbstverständlich nehmen sie (gemeint die Politiker) an, er könne die neuen Angebote aus dem schrumpfenden Etat begleichen. Deshalb hätte er gerne gehört, was nach Meinung der politisch Verantwortlichen die Zielgruppen sein könnten, und in welchen Teilen der Erde er sich besonders einsetzen soll ... Erst nach solchen Antworten möchte Bettermann über finanzielle Dinge reden. Die Politik hielt sich aber im allgemeinen... Die Debatte, welchen Auslandsfunk die Deutschen haben wollen, steht erst am Anfang. Die Regierungskoalition hat – entgegen früherer Ankündigungen – ein neues Deutsche-Welle-Gesetz verschoben.“

Beutekunst

Gute Atmosphäre

Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin will bei den nächsten deutsch-russischen Konsultationen im Mai 2002 die „gute Atmosphäre“ für weitere Fortschritte nutzen. Ein besonderes Anliegen sei die Rückführung des Nachlasses von Ferdinand Lassalle.

Personalien

Zu den ersten 100 Tagen von Berlins Kultursenator Flierl bemerkt die FR vom 27. April 2002: „Die ersten 3 Monate von Thomas Flierl aber haben einen fast schon kabarettistischen Wert. Er durchschritt sie im Krebsgang. Kein Berliner Kultursenator vor ihm, der einen solchen Schlingerkurs hingelegt hätte. Nur eines kann man ihm zugute halten: dass er Fehler einsieht und seine Entscheidung auch revidieren kann. Dagegen halten muss man ein Kalendarium der Widersprüche.“

Zitate

„Wir haben in Deutschland Umweltverträglichkeitsprüfungen und Sozialverträglichkeitsprüfungen. Ich bin der Meinung, wir brauchen auch eine Kulturverträglichkeitsprüfung.“
Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin über die Rhetorik der deutschen Politik, lt. WELT vom 26. März 2002.

„Eine Auferstehung des Stadtschlusses als gebauter Schlussstrich – das wäre ein absurder und wenig glaubhafter Ablasshandel. Dafür bin ich nicht zu haben.“
Berlins Kultursenator Thomas Flierl zur Zukunft des Berliner Stadtschlusses (WELT, 27. Mai 2002).

„Man hat mir vorgeworfen, dass ich in einem SPIEGEL-Gespräch über Literatur, die im Deutsch-Unterricht durchgenommen werden sollte, das Wort Barbarei verwendet habe. Ich habe gesagt, dass der Verzicht auf einen Kanon zu Willkür und Beliebigkeit führen und letztlich ein Rückfall in die Barbarei bedeuten würde. Ich bin wegen der Verwendung des Wortes Barbarei attackiert worden. Es hat nur einen Grund: es gibt Kollegen, denen Fremdworte große Schwierigkeiten bereiten. Im Brockhaus wird das Wort ‚Barbar‘ exakt erklärt: ‚roher, empfindungsloser, ungebildeter Mensch‘. In Deutschland gibt es viele rohe, empfindungslose und ungebildete Menschen.“

Marcel Reich-Ranicki im Gespräch mit der FAZ vom 24. Mai 2002.

„Er trinkt. Er trinkt wahnsinnig viel. Und das ist allgemein bekannt, denn er kann keine Veranstaltung, keine Lesung mehr machen, ohne dabei zu trinken, und – das Wichtigste – er macht ab und zu, wie wir alle, Lesungen um 11 Uhr vormittags, und schon da hat er eine Pulle Rotwein auf dem Tisch stehen. Um 11 Uhr vormittags, bitte! Der Alkohol hat auf ihn sehr gewirkt, das ist gar keine Frage.“

Marcel Reich-Ranicki über Martin Walser in einem fingierten Interview mit Bundeskanzler Schröder (Titanic 7/2002).

„Sollte sich Schröder in Profilierungsnöten befinden, hätte es sicher bessere Gesprächspartner gegeben.“

Bachmann-Preisträger Michael Lenz über das Treffen zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Martin Walser am 08. Mai 2002.

„Wir dürfen nicht vergessen, dass das was wir immer noch praktizieren, ein Relikt des 19. Jahrhunderts ist. Das klassische

Opernpublikum, das Bildungsbürgertum gibt es nicht mehr. Es kann also nicht mehr so weitergehen. Form und Inhalt müssen neu überdacht, mit der Realität von heute konfrontiert und definiert werden.“

Peter Mussbach, der neue Intendant der Wiener Staatsoper über die Zukunft der Oper, lt. WELT vom 29. Mai 2002.

Aus kulturpolitischen Beiträgen

Im Mai 2002 erschien, hg. vom Institut für Neue Musik und Musikerziehung in Darmstadt, der Band „Konzert – Klangkunst – Computer – Wandel der musikalischen Wirklichkeit“ einem Forum Musikpädagogik zum Musikunterricht an den Schulen (S. 69ff).

- „Kultur politik“, hg. vom Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler, Nr. 1/2002 (März 2002) bietet u.a. eine Vorschau auf die 10. Bundesdelegiertenversammlung des BBK im Mai 2002 in Dessau; die Ausgabe 2/Juni 2002 enthält einen Bericht über die Bundesdelegiertenversammlung in Dessau und einen Überblick über die Aktivitäten des Verbandes im Bereich der beruflichen Bedingungen von Künstlerinnen.

- Die Sonderausgabe der Zeitschrift „politik und kultur“, hg. vom Deutschen Kulturrat, enthält die Wahlprüfsteine des Kulturrats und die Antworten der im Bundestag vertretenen Parteien.

- Die „Informationen, Meinungen, Berichte“ Info I/2002, hg. vom Landesmusikrat Brandenburg, enthält eine Übersicht über musikpolitische Aktivitäten aus den einzelnen Bundesländern.

- Die Zeitschrift „Musik in Sachsen“ Nr. 2/2002, hg. vom Sächsischen Musikrat, enthält einen Bericht über die Mitgliederversammlung des Sächsischen Kulturrates am 02. März 2002.

Letzte Meldungen „Hauptstadtkultur“

Architektur

Nationale Stiftung für Baukultur

Beim 21. Architektur-Weltkongress kündigte die Bundesregierung eine nationale Stiftung für Baukultur an, die Anfang 2003 konstituiert werden soll (WELT, 26.07.2002).

Buch

Best Practice

Die Stadtbibliothek Reutlingen (Ba-Wü) ist nach dem von der Bertelsmann-Stiftung und dem Deutschen Bibliotheksverband bundesweit erhobenen Leistungsvergleich die öffentliche Bücherei in Städten über 100.000 Einwohnern, gefolgt von Heidelberg und Münster, Dresden und München (Welt, 23.07.2002).

Oper

Bayreuth gesichert

Der Bund wird schon im laufenden Jahr wieder seine vollen Beiträge zur vertraglich festgelegten Drittelfinanzierung leisten; die Zuschüsse waren auf dem Niveau von 1999 eingefroren worden, was heftigen Streit über die Rolle des Bundes hervorgerufen hatte (SZ, 27.07.2002).

Nur zu Erinnerung

Mehr als 300 Millionen Euro erhält die Berliner Kulturlandschaft durch den Bund, 10,4 Millionen Hauptstadtkulturfonds, 161,7 Millionen Stiftung Preussischer Kulturbesitz, die lang angekündigte Fusion der Berliner Festspiele, Berlinale, Martin Gropius-Bau und Haus der Kulturen wird mit 23 Millionen Euro zu Buche schlagen; einzurechnen sind die Baukosten von alter Staatsbibliothek und Museumsinsel (WELT, 19.07.2002).

Holocaust-Mahnmal

Die Arbeiten für die Errichtung des Holocaust-Mahnmals könnten nach Vorstellungen von Architekt Peter Eisenman Anfang September 2002 beginnen (WELT, 26.07.2002).

Urheberrecht

Ein Regierungsentwurf „Urheberrecht in der Informationsgesellschaft“ wurde im Kabinett verabschiedet, über das der Bundestag möglicherweise noch vor den Wahlen beraten soll. Erlaubt sind auch weiterhin private Kopien digitaler Inhalte (FAZ, 02.08.2002).

Pro Schröder

Auch Hannelore Hoyer und Will Quadflieg haben zur Unterstützung von Bundeskanzler Schröder aufgerufen (Welt, 23.07.2002).

Großbritannien: Besucherzahlen gestiegen

Nachdem der Eintritt seit Dezember 2001 umsonst ist, haben sich die Besucherzahlen in den staatlichen Museen und Kunstgalerien in Großbritannien um 62 % gesteigert (FR, 10.08.2002).

Zitat

„Sonst lasse ich mich in einer der Stelen einmauern.“

Peter Eisenman für den Fall, dass er den Kostenrahmen (27,6 Millionen Euro) beim Holocaust-Mahnmal überschreite, lt. Welt vom 10.08.2002.

Termine

Vom 5.-7. September 2002 findet im Reithaus Ludwigsburg der Kulturpolitische Kongress „Kulturelle Globalisierung und regionale Identität“ statt.

Veranstalter:

KulturRegion Stuttgart/Regionalgruppe Baden-Württemberg der Kulturpolitischen Gesellschaft.

e-Mail:

kontakt@kulturregion-stuttgart.de

HINWEIS DER REDAKTION

Da wir im Rahmen unserer Presseschau möglichst viele Zeitschriften, Presseerklärungen, Resolutionen etc. auswerten und aufnehmen wollen, bitten wir auch in dieser Nummer um entsprechende Zusendung.

Damit verbinden wir unseren herzlichen Dank für die gute Resonanz auf diese Bitte in der vorangegangenen Ausgabe.

Zugleich möchten wir betonen, daß Meldungen in der Presse nicht überprüft werden können und Berichte und Diskussionsbeiträge nicht mit der Redaktion oder der Stiftung zu identifizieren sind. Vielmehr ist es unser Ziel, die öffentliche Debatte und ihre Themen möglichst umfassend, freilich auch pointiert zu dokumentieren.